

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Der
1. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
1918 bis 1939, Teil 2**

Sonderheft Nr. 30



**Der
1. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
1918 bis 1939, Teil 2**

Sonderheft Nr. 30

1. Geheimkrieg, Teil 2

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Vorbemerkungen	2-3
Reparationszahlungen und Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem Ersten Weltkrieg	3-18
Pan-Europabewegung	18-19
Weltwirtschaftskrise	19-31
Die Wall Street fördert Adolf Hitlers Aufstieg	32-43
Papens Staatsstreich in Preußen	44-46
Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler	46-52
NS-Staatsstreich	52-66
Das NS-Regime und die katholische Kirche	66-86
Hitlers Außenpolitik und Reaktionen der Westalliierten	86-95
Hinweise für den Leser	96-98
Quellen- und Literaturnachweis	

Chronik der Geschichte des 1. Geheimkrieges der Westalliierten gegen die Deutschen von 1918 bis 1939, Teil 2

Geld regiert die Welt. <i>Sprichwort aus Deutschland</i>

Vorbemerkungen

Der Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden durch die Siegermächte des Ersten konsequent ausgeplündert und schließlich völlig ruiniert. Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vollständig zu liquidieren, setzten die Westalliierten von 1918 bis 1939 vor allem auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Niedergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterten Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft) gehörte sicherlich zu den erstaunlichsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war, wurde der ehemalige Österreicher mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und beendete mit 56 Jahren sein Leben in einem einzigartigen Chaos.

Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicherlich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen, und der gewaltsamen Errichtung der NS-Diktatur (Bildung eines "Verbrecherstaates").

Innerhalb von nur 12 Jahren zerstörte dieser größenwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.

Reparationszahlungen und Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem Ersten Weltkrieg

24.01.1921

Frankreich, Deutsches Reich: Während der Konferenz von Paris (24.-29.01.1921) fordern die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Neben-summe von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangt man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85).

Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagiert das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze (Gold war im Krieg draufgegangen) genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.

Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz (importierte also mehr als es exportieren konnte). Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?

Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.

Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...

1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:

Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.

Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:

1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<

20.04.1921

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung bittet die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen kann.

21.04.1921

USA: Die US-Regierung schlägt am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz (mit Beteiligung der USA) zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.

05.05.1921

Großbritannien: Nach zähen Verhandlungen senkt die Konferenz der Alliierten in London am 5. Mai 1921 die Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark (zahlbar in 37 Jahren). Diese Forderung übersteigt jedoch weiterhin die deutsche Zahlungskraft, so daß die deutsche Regierung trotz des Londoner Ultimatums (Besetzung des gesamten Ruhrgebietes, falls die Forderungen nicht anerkannt werden) zunächst ihre Zustimmung verweigert.

08.07.1922

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung ersucht die Reparationskommission am 8. Juli 1922 um einen Zahlungsaufschub.

29.08.1924

Deutsches Reich: Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1946) kritisiert am 29. August 1924 während einer offiziellen Kundgebung die deutsche Kriegsschuld gemäß § 231 des Versailler Vertrages (x034/232): >>... Die Reichsregierung erklärt, ... daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. ... (Das deutsche Volk müsse befreit werden) von der Bürde dieser falschen Anklage.<<

Der Reichsrat nimmt gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung am 29. August 1924 die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen.

Das Deutsche Reich soll bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhält das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten.

Der Dawes-Plan sieht vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren sind. Mit Hilfe des Dawes-Planes sollen die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden.

Das Deutsche Reich muß die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/44). Die deutsche Reichsbank wird außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhält für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.

Im "Dawes-Plan" von 1924 heißt es z.B. (x128/120-121): >>... Je mehr es gelingt, die Zahlungen automatisch, geregelt und unabhängig von den Schwankungen gegenüber der Reparationsfrage zu gestalten, um so weniger Reibungen werden entstehen und um so größer wird

die tatsächliche Stabilität des deutschen Staatshaushalts sein.

Letzten Endes ist die beste Sicherheit für die Zahlung das Interesse der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, ehrlich eine Last auf sich zu nehmen, von der die Welt überzeugt ist, daß sie die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit nicht übersteigt, und so rasch als möglich eine Last abzutragen, die schwer ist und schwer sein soll.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Dawes-Plan" (x051/109):
>>Dawes-Plan, Maßnahmenkatalog der Reparationskommission nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen (Festlegung 19.3.23 auf 226 Milliarden Goldmark) auf die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands abzustimmen.

Der Dawesplan beruhte auf einem Gutachten des amerikanischen Bankiers C. G. Dawes (1865-1951; Friedensnobelpreis 1925) vom 9.4.24, der als Voraussetzung weiterer deutscher Leistungen die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und unter Anspielung auf Frankreich die Einstellung der "Faustpfandpolitik" (Ruhrkampf) forderte.

Er sah jährliche deutsche Zahlungen von 1-1,75 Milliarden für eine Übergangszeit von vier Jahren und später von 2,5 Milliarden Goldmark vor; das Reich erhielt einen Stützungskredit von 800 Millionen Goldmark und verpfändete dafür seine Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern; Frankreich verpflichtete sich zur Räumung des Ruhrgebietes binnen zwölf Monaten.

Der am 16.8.24 in London geschlossene Vertrag passierte am 29.8.24 den Reichstag und trat zwei Tage später in Kraft. Die Folge war eine politisch-psychologische Entspannung in Deutschland und Europa, eine zunehmende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit amerikanischem Kapital und eine stetig wachsende Auslandsverschuldung.

1930 wurde der Dawesplan durch den von der NSDAP heftig bekämpften Youngplan ersetzt, der die Gesamthöhe der Reparationen auf 34,5 Milliarden Mark (zahlbar bis 1988) herabschraubte.<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen Bankiers Charles Dawes (1865-1951).

Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.

Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.

Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bangen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputttschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles

Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.

... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.

Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.

Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.

Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<

Herbert Ludwig berichtet später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzelite formiert sich

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.

Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, "*von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten.*" Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar

und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel.*

Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.

Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.

"Was an dem System nicht stimmte, war nur,

a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. *"Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt.

"Drei Häuser - *Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co* und *National City Company* - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

"Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

"Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht."

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

"Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab." 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.

Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter *"saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*

Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.

Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35 Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.

Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.

"Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."

Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. *"Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer (späteren) kriegerischen Konfrontation ... wieder niederzuwerfen."*

Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"böser Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/38-39): >>Das Netz der Dulles-Brüder

_ von Karel Meissner

Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler - bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.

Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makellosen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001.

Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.

Profitmaschine Versailles

Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel, Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.

John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J. P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen.

1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, daß US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer De-

mokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger - eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.

"Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen."

US-Botschafter Dodd

Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ihren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averell Harriman sowie die Investmentbanken J. P. Morgan und Goldman Sachs.

Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. "In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. ... Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen", faßt Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.

War das business as usual - oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines "unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich".

Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe, seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, daß John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt als "Kriegstreiber" beschimpfte.

Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und zwar auf Vermittlung von Konzernboß Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten - auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt geebnet hatte.

Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an - von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der New York Times: "Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten."

Der Putsch von Morgan & Co.

Dodds Rede über die Versuche einer "Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen", waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongreß-Ausschuß für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, daß einflußreiche Kreise mittels einer faschistischen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten.

Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N.

Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und - auch vom Präsidenten - unter den Teppich gekehrt. Roosevelt mußte sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des späteren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.

Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der pro-deutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits mußte den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen.<<

24.02.1928

USA: Am 24. Februar 1928 macht Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfiehlt eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

30.10.1928

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung verlangt am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

14.11.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann warnt am 14. November 1928 während einer Pressekonferenz vor den Folgen der zu hohen Auslandsverschuldung (x149/51): >>Ich möchte Sie bitten, bei Ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und auch der anderen hiermit zusammenhängenden Fragen den Gedanken zugrunde zu legen, daß wir in Deutschland in den letzten Jahren von gepumptem Gelde gelebt haben. Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da. ...<<

1928

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich geht es im Jahre 1928 ständig weiter aufwärts. Die deutschen Industriebetriebe orientieren sich konsequent nach nordamerikanischen Produktionsmethoden (Arbeitsteilung, Fließbandfertigung etc.) und werden zielstrebig modernisiert. Die deutsche Handelsflotte belegt nach England, Nordamerika und Norwegen schon wieder den 4. Platz (1914 = 5,5 Millionen BRT, 1918 = 0,67 Millionen BRT und 1930 = 4,2 Millionen BRT).

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich mit harter, unermüdlicher Arbeit und großem Fleiß viele verlorene deutsche Absatzmärkte zurück. Aufgrund ihrer hervorragenden Qualität erobert besonders die deutsche Exportindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Elektrogeräte und Chemierzeugnisse) schon bald wieder alle Erdteile.



Abb. 60 (x175/236): Daimler Benz: Wahlplakat des 1926 neu entstandenen Berliner Automobilkonzerns.

Trotz alledem erhöht sich die Verschuldung des deutschen Staates von Jahr zu Jahr. Die Kredite sind schließlich doppelt so hoch wie die gezahlten Reparationen (x069/149).

Angesichts der bereits geleisteten gewaltigen Reparationszahlungen sind die Leistungen der bisherigen Nachkriegsregierungen wahrhaftig erstaunlich. Ungeachtet der finanziellen Probleme und der großen sozialen Spannungen der zurückliegenden Jahre verfügt das Deutsche Reich wieder über ein erstaunlich gefestigtes und geordnetes Staatswesen.

Der Arbeitsfrieden ist gesichert. Die Wohlfahrtsämter und Sozialbehörden versorgen und unterstützen Millionen von Kriegsoptionen sowie mehr als 3,0 Millionen verarmte deutsche Staatsbürger (x059/60). Der Staat fördert den Wohnungsbau (in 10 Jahren werden rund 3,0 Millionen neue Wohnungen erstellt). Das Erziehungswesen und die deutschen Schulen gelten, auch nach internationalen Maßstäben, wieder als vorbildlich und richtungsweisend.

Berlin entwickelt sich in jener Zeit zum europäischen Mittelpunkt der Künste (Theater, Film, Rundfunk) und wird zum Treffpunkt für Künstler aus aller Welt.

07.06.1929

Frankreich: Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) werden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich soll danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

11.08.1929

Deutsches Reich: Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlicht am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418): >>Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß die erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2 Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3 Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldanerkenntnis beruhen.

Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die aufgrund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4 Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen.

§ 5 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.<<

31.08.1929

Niederlande: Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kommt es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach soll die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).

Das Rheinland soll bis zum 30. März 1930 von allen ausländischen Besatzungstruppen geräumt werden. Stresemanns Versuche, den polnischen Korridor zu beseitigen und eine Revision der oberschlesischen Grenzen zu erreichen, scheitern jedoch (x063/556).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Young-Plan" (x051/654-655): >>Young-Plan, am 7.6.29 unterzeichnetes Programm zur Regelung der Reparationen, die das Deutsche Reich aufgrund des Versailler Vertrages an seine ehemaligen Kriegsgegner zu leisten hatte.

Der den Dawesplan von 1924 ersetzende Youngplan, ausgearbeitet von einer am 9.2.29 in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Owen D. Young (1874-1962) eröffneten Sachverständigenkonferenz mit deutscher Beteiligung (Delegationsleiter Schacht), abschließend beraten auf zwei Konferenzen im Haag (6.-31.8.29 und 3.-20.1.30) und rückwirkend am 1.9.29 in Kraft getreten, legte die Gesamthöhe der Reparationen des Deutschen Reiches auf 34,5 Milliarden RM fest, zu bezahlen in 59 Jahresraten (d.h. bis 1988). Zur Abwicklung der Zahlungen wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich geschaffen.

Mit dem Youngplan waren die Aufhebung der alliierten Kontrollen der deutschen Wirtschaft und die vorzeitige Beendigung der Rheinland-Besetzung (bis 1930) verbunden. Nachdem das Deutsche Reich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise schon am 1.7.31 seine Reparationszahlungen einstellen mußte, wurde der Youngplan durch das Lausanner Abkommen vom

9.6.32 formell aufgehoben.

Wichtiger als die wirtschaftliche war so die innenpolitische Bedeutung des Youngplans: Das von der "nationalen Opposition" (NSDAP, DNVP und Stahlhelm) initiierte Volksbegehren gegen den Youngplan (mit 4,1 Millionen knapp erfolgreich) machte die NSDAP und Hitler in Deutschland einer breiten Öffentlichkeit bekannt, auch wenn der anschließende Volksentscheid am 22.12.30 (mit 5,8 Millionen Stimmen) scheiterte.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Young-Plan" (x068/216-219): >>... Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young.

Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".

Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interallierter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.

Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung (zugunsten Frankreichs), vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.

Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" (Werner Linke) fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".

Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien."

Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten" (Klaus Schwabe).

Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projiziert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte.

Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches (abzüglich der Überweisungen an die Länder) entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Dekkung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten

werden mußten.

Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichnete Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte.

Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflyer in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.

Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betragen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder (und immer wieder!) abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?

Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas.

"Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht" (H. Graml).

Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über den "Young-Plan" (x286/43-44): >>... 1929 einigt man sich auf einen weiteren Reparationsplan, den der US-Manager Owen Young (1874-1962) ausgeheckt hatte. Wieder gab es erstmal eine Anleihe, 300 Millionen \$ zu 5,5 %.

Danach sollte Deutschland weniger zahlen: 2 Milliarden Goldmark im Schnitt, und das länger gestreckt: auf 59 Jahre. Die letzte Rate wäre 1988 fällig gewesen.

Der Meister John Maynard Keynes meldete sich wieder zu Wort. Diesmal meinte er, Deutschland könne zahlen. Es müsse halt nur den Gürtel enger schnallen, Löhne kürzen, die Binnenkaufkraft vermindern. Dann würde genug übrig bleiben. Ein Exportüberschuß müßte automatisch entstehen, aus dem sich die Sieger bedienen könnten. Weder die Rückzahlung der Kredite noch die Bedienung der Reparationen sei dann noch ein Problem.

Was Keynes verzapfte, trat prompt ein. Deutschland schnallte (den Gürtel) enger und kriegte 6 Millionen Arbeitslose. Hitler kam und das Elend des Nationalsozialismus ...

Keynes hatte bewiesen, daß nichts leichter ist, als sich in wirtschaftlichen Debatten interessant zu machen. Dazu muß man nur alle paar Jahre das Gegenteil von dem behaupten, was man früher gesagt hat. Bekanntlich hat Keynes dann 1936 ein Buch zur Beschäftigungstheorie geschrieben, mit der er sich wieder einmal um 180 Grad drehte: Er favorisierte wieder Geldverplempern statt Gürtelschnallen und macht sich zum Anwalt von ausschweifender Staatsverschuldung, was genau das Gegenteil von Rückzahlung war. ...<<

02.09.1929

Deutsches Reich: Goebbels schreibt am 2. September 1929 in der NS-Zeitung "Angriff" über das Volksbegehren gegen den Young-Plan (x034/420): >>... Weg mit diesem Verrat an der deutschen Freiheit! Pflanz die Fahnen des Widerstands und des Aufruhrs auf! Die Straße frei!<<

16.10.1929

Deutsches Reich: Am 16. Oktober 1929 beginnt das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan. Bis zum 29. Oktober 1929 beteiligen sich 10,06 % bzw. 4.139.000 der Wahlberechtigten.

25.10.1929

Deutsches Reich: Im Verlauf der 2. Reichskonferenz in Weimar lehnt die KPD am 25. Oktober 1929 den Young-Plan entschieden ab (x034/428): >>Die Kommunistische Partei ruft und führt das gesamte werktätige Volk zum Widerstand, zur Durchbrechung, zum Kampf gegen den Young-Plan auf. ...<<

02.11.1929

Deutsches Reich: Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhält (notwendig sind 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), muß der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

29.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag verhandelt am 29. November 1929 erstmalig über den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes". Reichsaußenminister Julius Curtius (1877-1948), der sich für die Annahme des Young-Plans einsetzt, bezeichnet den Gesetzentwurf als "innenpolitisches Machtkampfmittel" der rechtsradikalen Parteien.

30.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

12.03.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt mit 270 gegen 192 Stimmen am 12. März 1930 für die Annahme des Young-Plans.

Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtet am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novemberverbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<

13.03.1930

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg erklärt am 13. März 1930 vor der Unterzeichnung des Young-Plans im Reichstag (x034/450): >>Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles.<<

21.03.1930

Deutsches Reich: Die NS-Jugendzeitschrift "Die Kommenden" schreibt am 21. März 1930 über die Anerkennung des Young-Plans (x034/453): >>Der Würfel ist gefallen und das Tisch-tuch zwischen Herrn von Hindenburg und der deutschen Jugend ist endgültig zerschnitten. ...<<

07.05.1931

Deutsches Reich: Gemäß einer Protokollnotiz vom 7. Mai 1931 über eine Besprechung in der Reichskanzlei schlägt Reichskanzler Brüning vor, eine Revision des Young-Plans vorzubereiten (x034/529): >>Brüning zeichnet ein düsteres Bild der Haushalts- und Wirtschaftslage, die seiner Meinung nach nur noch durch eine Erleichterung der Reparationszahlungen oder durch

neue Auslandsanleihen gebessert werden könne. ...<<

12.06.1931

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich besitzt am 12. Juni 1931 nur noch Gold und Devisen in Höhe von 1,7 Mrd. RM (Stand Juni 1930: 3,8 Mrd. RM).

20.06.1931

Deutsches Reich: Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bittet, läßt US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 (nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich) den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen (Zahlungsaufschub für 1 Jahr). Durch die große Massenarbeitslosigkeit (April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen) verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.

18.01.1932

Deutsches Reich: Die Reichsregierung veröffentlicht am 18. Januar 1932 die bisher gezahlten Reparationsleistungen.

Danach hat das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte erbracht (x034/573).

09.07.1932

Schweiz: Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erlassen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Während dieser Reparationskonferenz wird der berüchtigte Kriegsschuldparagraph jedoch nicht gestrichen.

Der Forderungserlaß der Siegermächte ist keine deutschfreundliche Geste, denn es handelt sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkennen die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen wird.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Reparationen" (x051/491):
>>Reparationen, 1918/19 eingeführte Bezeichnung für Wiedergutmachungsleistungen, die nach einem Krieg dem Verlierer auferlegt werden.

Aus der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, wie sie der Versailler Vertrag in Artikel 231 dem Deutschen Reich anlastete, folgerten die Siegermächte auch alleinige deutsche Verpflichtung zur Leistung von Reparationen für die alliierten Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationen waren zugleich als Bestrafung gedacht und sollten Deutschland empfindlich schwächen, damit es nicht wieder zu den Waffen greifen könnte.

Über die Höhe der Reparationen bestand selbst unter den Siegern keine Einigkeit: Zunächst wurde eine vorläufige Leistung von 20 Milliarden Goldmark für die Jahre 1919-21 festgelegt, auf einer Reihe von Konferenzen ergab sich dann eine Gesamtforderung von 226 Milliarden Goldmark (Januar 21), dem von deutscher Seite nur ein Angebot von 30 Milliarden gegenüberstand. Der Konflikt eskalierte im Ruhrkampf und konnte auch durch ein alliiertes Ultimatum vom 5.5.21 auf der 2. Londoner Konferenz (132 Milliarden Goldmark) nicht bereinigt werden.

Die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Überlastung (u.a. Inflation) wurden auch für die Siegermächte bedrohlich, so daß es 1924 zu einer besseren Anpassung der Reparationen an die deutsche Leistungsfähigkeit im Dawesplan kam.

Er wurde 1929 durch eine endgültige Regelung der Reparationen im Youngplan abgelöst (34,5 Milliarden RM in 59 Jahresraten), der aber schon bald von der Weltwirtschaftskrise ausgehöhlt wurde. Am 1.7.31 trat das einjährige sogenannte Hoover-Moratorium für alle in-teralliierten Kriegsschulden wie für die Reparationen in Kraft, die dann mit dem Lausanner

Abkommen vom 9.6.32 (Schlußzahlung von drei Milliarden RM) ganz gestrichen wurden. Nach deutschen Angaben hatte das Reich bis dahin Reparationsleistungen im Wert von 53 Milliarden Goldmark erbracht, ein Aderlaß, dessen politischer Preis eine wachsende Radikalisierung war. Die Reparationen als sichtbarste und schmerzhafteste Folge des Versailler Vertrages trugen damit wesentlich zur Ablehnung des republikanischen Systems in Deutschland bei und nährten insbesondere die nationalsozialistische Agitation.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schreibt später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war.

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlablieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung.

Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. ...<<

Pan-Europabewegung

Österreich: Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schreibt im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie warnt bereits im Jahre 1925 vor dem nächsten Krieg (x903/..., x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

>>Europäer! Europäerinnen!

In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu

zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab. Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.

Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden – das Bündnis sichert die Freiheit – die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<

Weltwirtschaftskrise

20.05.1928

Deutsches Reich: 17 Monate vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ist die NSDAP noch eine völlig bedeutungslose Partei. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erreicht die NSDAP lediglich 12 Mandate und erhält nur 2,4 % aller abgegebenen Stimmen (KPD = 54 Mandate und 11,0 %). Die radikalen Parteien lassen sich jedoch trotz aller Rückschläge nicht beirren und führen weiterhin publikumswirksame Aufmärsche, Massenkundgebungen und Parteitage durch.

25.10.1929

USA: Am 25. Oktober 1929 leitet der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verlieren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar). Am folgenden Tag müssen viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig sind. Danach beginnt die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

Ein Zeitzeuge berichtet am 25. Oktober 1929 über die Zustände an der Börse in New York (x191/48-49): >>Ständig waren die Kursmakler von Menschen umgeben, die darum kämpften, ihre Aktien zu verkaufen – und keiner dachte auch nur daran, welche zu kaufen. ... Ein chaotischer Anblick bot sich! Trotz Überlastung des Nachrichtenapparates kamen die Aufträge, Aktien zu verkaufen, ... schneller herein, als sie mit menschlichen Kräften erledigt werden konnten.<<

Volker Brennecke berichtet später über den Schwarzen Freitag in Nordamerika (x051/531): >>Schwarzer Freitag, Bezeichnung für den New Yorker Börsenkrach vom 25.10.29. Der Schwarze Freitag gilt als der Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 1929-32; er beendete eine jahrelange Wertpapier-Hausse in den USA, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung seit 1925 begründet und von einer hektischen Spekulation angeheizt worden war. Ein ungebremsster Optimismus sowie günstige Zinsen auf dem amerikanischen Geldmarkt hatten den Kauf von Aktien auf Kreditbasis ermöglicht.

Im Oktober 29 führten schon geringe Kursrückgänge zu panischen Verkäufen, deren Erlös zur Bezahlung von Kreditschulden unbedingt benötigt wurde. Die schlagartigen Kursverluste wirkten sich nicht nur verheerend auf die USA, sondern auch auf Europa und insbesondere Deutschland aus.<<

Die Weltwirtschaftskrise

Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren

mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.

In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.

Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

In einem nordamerikanischen Schulbuch erklärt man später die Gründe für den Ausbruch der US-Wirtschafts- und Finanzkrise folgendermaßen (x243/83): >> Erstens, die amerikanischen Farmer waren am Wirtschaftsaufschwung nicht beteiligt. Während des Krieges erhielten sie hohe Preise für Getreide und Vieh, weil für die Streitkräfte so viele Lebensmittel benötigt wurden. Die Farmer nahmen mehr Land unter den Pflug. Sie liehen Geld, um neue Maschinen zu kaufen.

Nach dem Kriege erzeugten sie mehr Weizen, Baumwolle und Fleisch, als sie verkaufen konnten. Ausländische Staaten, die amerikanischen Weizen gekauft hatten, waren jetzt nicht mehr in der Lage, amerikanische Produkte zu bezahlen. Die Erzeugerpreise sanken, und viele Farmer machten Bankrott. Banken, die den Farmern Geld geliehen hatten, gingen ebenfalls bankrott. ...

Zweitens, die Wirtschaft dehnte sich in den zwanziger Jahren außerordentlich rasch aus. Die Warenmenge, die die amerikanische Bevölkerung kaufen konnte, war aber begrenzt. Vor den zwanziger Jahren hatten die meisten Leute die Waren bar bezahlt, die sie kauften. Als nun das Bargeld knapp wurde, fingen die Kaufleute an, ihre Waren auf Kredit zu verkaufen. Sie vereinbarten monatliche Ratenzahlungen mit ihren Kunden.

Aber die Fabrikbesitzer konnten nicht abschätzen, wieviele Autos, Kühlschränke und Radios die Leute in der Lage sein würden zu kaufen. Die Geschäftsleute meinten, die Produkte der amerikanischen Industrie würden wie bisher immer so weiter gekauft werden. Die Fabriken liehen sich Geld und bauten neue Anlagen. Schon 1928 wurde es schwieriger, die Waren an den Mann zu bringen. Die Käufer hatten weniger Geld.

Drittens, die Kurse an der Aktienbörse stiegen zu stark, Leute mit wenig Geschäftserfahrung begannen, Aktien zu kaufen. ... Sie erwarteten, daß die Aktienkurse immer weiter steigen würden. Diese Leute waren zu optimistisch. Viele Firmen produzierten mehr, als sie verkaufen konnten. ...

Im Sommer 1929 begannen einige erfahrene Anleger, ihr Geld aus dem Aktienmarkt zurückzuziehen. Gegen Ende Oktober versuchten alle, ihre Aktien zu verkaufen. Die Kurse fielen so rasch, daß diejenigen, die ihre Aktien mit geliehenem Geld gekauft hatten, sie nicht schnell genug verkaufen konnten. ...

Die Leute hörten auf, Dinge zu kaufen, die sie sich nicht leisten konnten. Die Fabriken mußten Arbeiter entlassen, einige mußten ganz schließen. Banken, die ihre Guthaben nicht eintrei-

ben konnten, mußten ihre Schalter schließen. ...<<

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schreibt später über die "Weltwirtschaftskrise" (x051/636): >>Weltwirtschaftskrise, bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems (1929-33).

Kumulativ wirkende strukturelle und konjunkturelle Defekte in den verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft (Produktion, Kreditsystem, Welthandel) trafen bei Entstehung und Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Von ihr betroffen waren Agrar- wie Industrieländer. Das Ausmaß war unterschiedlich. Außer den USA litt Deutschland besonders stark unter der Krise (sechs Millionen Arbeitslose 1932).

In Anbetracht der politischen Labilität Deutschlands und des durch den verlorenen Krieg und die Inflation geringen allgemeinen Wohlstandsniveaus (wichtige Unterschiede zu den USA!) weitete sich die wirtschaftliche Krise schnell zu einer Gesamtkrise aus. Dies führte auf politischer Ebene zu den Präsidialkabinetten und schließlich zur Machtübernahme Hitlers.

Ausgelöst wurde die Weltwirtschaftskrise durch eine amerikanische Finanz- und Spekulationskrise (Schwarzer Freitag). Die in den folgenden Monaten einsetzenden massiven Kreditabzüge aus Deutschland (nicht zuletzt aufgrund der hohen Stimmengewinne der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen von 1930) führten schließlich auch zum Zusammenbruch deutscher Banken (Juli 31).

Gleichzeitig kam es zu einer großen Krise des Welthandels (Index der Welthandelswerte in laufenden Preisen: 1926 = 100, 1932 = 39,2). Eine Agrarüberproduktion führte zu einem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt.

Viele Agrarländer gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fielen als Abnehmer von Erzeugnissen aus den Industrieländern aus. Die deutsche Wirtschaft war jedoch in besonders hohem Ausmaße vom Export abhängig (Exportquote 1928: 21,0 %). Die zwischen 1926 und 28 vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie waren auf Exportsteigerung und Wirtschaftswachstum angelegt. Die Produktionskapazitäten waren jedoch schneller als die einkommensabhängigen Nachfrageströme angewachsen.

Der deutsche Export ging trotz der Versuche der Regierung Brüning, mittels Notverordnungen die Produktionskosten (v.a. die Löhne) zu senken, rapide zurück und lag 1932 unter der Hälfte des Wertes von 1928. Die deutsche Industrieproduktion sank – in Indexwerten ausgedrückt – von 100 (1928) auf 61,2 (1932).

Auch der Versuch der Regierung Brüning, die notleidende deutsche Landwirtschaft durch ein Hochschutzzollsystem sowie durch Subventionen (Osthilfe) vor den Folgen der Weltagrarüberproduktion zu schützen, schlug fehl. So erhielten jene Kräfte in Wirtschaft und Politik Auftrieb, die eine relative Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft (Autarkie) bzw. eine Verlagerung des deutschen Außenhandels v.a. nach Südosteuropa erstrebten.

Nach dem Scheitern der Deflationspolitik Brünings (Sturz der Regierung: Mai 32) schlugen die Regierung Papen und Schleicher den damals sehr umstrittenen Weg einer aktiven Konjunkturpolitik (deficit spending) ein (allerdings mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung). Doch erst durch die massive Aufrüstungspolitik, für die Hitler schon bei seinem Regierungsantritt grünes Licht gab (ungeachtet der zunächst verstärkt anlaufenden Programme zur Arbeitsbeschaffung), gelang es, auf zeit- und systemspezifische Weise die Krise und ihre Folgen zu "bewältigen".<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA.

Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.

Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...

Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache.

Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!

Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ... "In 18 Monaten ist Montgomery Ward von 132 auf 466 gestiegen; General Electric von 128 auf 396 ..."

Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast singulären (einzigartigen) Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.

Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober (in die Geschichte als Black Thursday eingegangen; in Europa wird der nächste Tag zum Schwarzen Freitag) stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...

Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.

Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft in der Beletage (Hauptgeschoß) und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf.

Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschafts-

krise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.

Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie ein erkaltetes Soufflé (leichte Eierspeise bzw. ein Auflauf).

Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.

Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.

Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431, 433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandskredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.

Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion) um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<

>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. Hier setzte sich die charismatische Anziehungskraft starker Persönlichkeiten durch, die reaktionäre Gesinnung propagierten und politische Ideologien formulierten: Mussolini in Italien, Franco in Spanien und Hitler in Deutschland. ...<<

26.10.1929

USA: Ein Zeitzeuge berichtet am 26. Oktober 1929 aus New York (x191/49-50): >>In den Büros der Börsenmakler löste eine aufregende Szene die andere ab. Zahlreiche Personen, besonders weibliche Spekulanten, fielen in Ohnmacht, als sie erfuhren, daß sie ihr Kapital verloren hatten. Verzweiflungs- und Wutausbrüche waren an der Tagesordnung.

Auch im Inseratenteil der Zeitungen machte sich bereits der Börsenzusammenbruch bemerkbar. Zahlreiche Luxusautomobile der teuersten ausländischen Marken und wertvoller Schmuck werden zum Verkauf angeboten von Leuten, die noch gestern Millionäre waren.

Die Pfandleiher in ganz New York machten so gute Geschäfte wie noch nie zuvor. ...<<

30.10.1929

Deutsches Reich: Ungeachtet der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise werben die deutschen Sparkassen und Banken am Weltspartag 1929 wie immer um ihre Sparer (x034/430):
>>Sparen das Gebot der Stunde.<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtet im Jahre 1930 über die "Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen" (x269/281-282): >>Eine Wirtschaftskrise hat die Welt befallen. Zehn bis zwölf Millionen Arbeitslose warten in den Industrieländern auf Beschäftigung. Allenthalben werden die Betriebe eingeschränkt oder geschlossen, die Produktion stockt, die Räder der Weltwirtschaft wollen sich nicht mehr drehen.

Pessimisten in allen Ländern glauben, daß es sich um einen Wirtschaftszusammenbruch von unabsehbaren Folgen handelt. Aber zu einer so trüben Auffassung liegt kein Grund vor. Weltwirtschaftskrisen ähnlicher Art hat es immer gegeben, seitdem wir eine hochentwickelte, eng miteinander verknüpfte Industrie- und Finanzwirtschaft haben. ...

Infolge der gewaltigen wirtschaftlichen Umschichtung, die der Krieg mit sich brachte, hat sich der Kreislauf der Konjunktur verschoben. Durch die Materialvorräte, die am Ende des Krieges, namentlich in Amerika, noch vorhanden waren, kam es in den ersten Jahren nach dem Kriege in den Siegerländern zu einer schweren Absatzkrise, die Millionen Menschen arbeitslos machte. ...

Seit 1922 aber schienen die Weltwirtschaftskrisen überwunden zu sein. Zwar gab es noch in einigen Ländern hartnäckige wirtschaftliche Depressionen; so in England, das seit Jahren dauernd ein Heer von anderthalb bis zwei Millionen Arbeitslosen unterhalten muß und zeitweise auch in Deutschland, das durch die Inflation und durch die Reparationsbelastung besonderen wirtschaftlichen Bedingungen unterlag und deshalb auch eine andere Konjunktorentwicklung durchmachte als die übrige Welt.

Die hoffnungsfreudigen Amerikaner meinten, daß nunmehr das Ende der Krisen überhaupt gekommen sei. Sie lebten in dem frohen Glauben, daß eine wissenschaftlich genaue Beobachtung der Wirtschaftsvorgänge Krisen und Rückschläge vermeidbar mache. Das Rezept schien sehr einfach zu sein. Man brauchte nur durch die Schaffung neuer Bedürfnisse und durch hohe Löhne den Absatz immer wieder ankurbeln, dann gäbe es keine Überproduktion und keine Stockungen. ...

Während die Statistik auf allen Gebieten des Lebens in Amerika aufs feinste ausgebildet wurde, verzichtete man merkwürdigerweise auf eine Arbeitslosenstatistik. Vorsichtige Beobachter befürchteten schon damals, daß die Amerikaner sich einer Selbsttäuschung hingaben. Aber der Erfolg sprach acht Jahre lang für die amerikanische Auffassung.<<

1930

Deutsches Reich: Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in größte Schwierigkeiten. Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite (ca. 4 Milliarden) wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen. Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.

Infolge der Auflösung des Reichstages vom 18. Juli 1930 und den vorgezogenen Reichstagswahlen war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst

der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.

Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlaß der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre.

Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerliche Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

13.07.1931

Deutsches Reich: Die deutschen Banken und Sparkassen werden am 13. Juli 1931 regelrecht gestürmt, so daß nicht alle Auszahlungswünsche der Kunden erfüllt werden können.

Infolge der aktuellen Banken- und Finanzkatastrophe schließt man am 13. Juli 1931 die Börsen.

14.07.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung ordnet am 14. Juli 1931 die vorübergehende Schließung aller Banken und Sparkassen an.

Der SPD-Parteivorstand weist am 14. Juli 1931 den Banken und der Schwerindustrie eine große Mitschuld an der aktuellen Finanzkatastrophe zu (x034/541): >>... Ein wesentlicher Teil dieses Unternehmertums hat den verhängnisvollen Wahlsieg der nationalsozialistischen Reaktion im September vorigen Jahres bezahlt und ihr kreditzerstörendes Treiben bis zum heutigen Tag mit allen Mitteln gefördert.<<

16.07.1931

Deutsches Reich: Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärt am 16. Juli 1931 vor Gewerkschaftsvertretern (x034/541): >>... Die Reichsregierung weiß, daß die SPD und die Gewerkschaften infolge ihrer Friedenspolitik der einzige solide Kreditfaktor sind. Einen Putsch von rechts fürchte ich nicht.<<

17.07.1931

Deutsches Reich: Die Banken und Sparkassen öffnen am 17. Juli 1931 zwar wieder, dürfen jedoch nur Zahlungen für Steuern, Löhne und Arbeitslosengelder durchführen.

31.10.1931

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich hat am 31. Oktober 1931 Auslandsschulden in Höhe von 11,2 Mrd. RM. Die Einlagen der Sparkassen betragen nur noch 10,2 Mrd. RM.

Am 31. Oktober 1931 sind im Deutschen Reich 4.623.000 Menschen arbeitslos. 21,5 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sind Kurzarbeiter (x034/559).

30.11.1931

Deutsches Reich: Die Einlagen der Sparkassen betragen am 30. November 1931 nur noch 9,9 Mrd. RM.

Die Arbeitslosigkeit steigt unentwegt weiter. Am 30. November 1931 sind im Deutschen

Reich 5.057.000 Menschen arbeitslos.

08.12.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung erläßt am 8. Dezember 1931 die 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens. Die 4. Notverordnung beinhaltet z.B. Lohn- und Gehaltskürzungen von 9 %, Preis- und Zinssenkungen sowie ein Uniformverbot für politische Vereinigungen.

31.12.1931

Deutsches Reich: Im Dezember 1931 verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise und am 31. Dezember 1931 beträgt die Massenarbeitslosigkeit 5.666.000 Menschen (x034/568). Das Deutsche Reich besitzt am 31. Dezember 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,156 Mrd. Reichsmark.

1931

Deutsches Reich: In Deutschland sind 1931 im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60).

Im Deutschen Reich vermindert sich die industrielle Produktion im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereignen sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite stehen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Aufgrund fehlender Mehrheiten regiert Reichskanzler Brüning fast nur noch mit Notverordnungen (Ausnahmezustand gemäß Artikel 48, Diktaturparagraph). Da der Staat zahlungsunfähig ist, muß die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern.

Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschen, werden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt. Im Winter 1931/32 richtet man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbringt Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßen die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragen sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollen. Spätestens jetzt verlieren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik sind danach gezählt.

Eine jüdische Ärztin berichtet später über ihre Erfahrungen mit Berliner Patienten während der Weltwirtschaftskrise (x067/93): >>Ein großer Teil meiner Patienten litt an psychischen und nervösen Störungen. Die Behandlung war deprimierend, weil die Ursachen nicht zu beseitigen waren.

Es war die Zeit der Inflation, in der das Geld wertlos wurde, bevor es vom Arbeitsplatz nach Hause gelangte. Es war die schwierige Jagd nach Lebensmitteln und Kleidung und dazu kamen die elenden Wohnverhältnisse. Es gab Familienzerrwürfnisse durch Arbeitslosigkeit erwachsener Kinder oder durch eigene Arbeitslosigkeit. Es gab die Folgen der Hungersnot und des dumpfen Hinbrütens in völliger Hilflosigkeit gegenüber einer Situation ohne Ausweg und Ziel.

Wie immer in Krisenzeiten wurde viel über den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunwilligkeit gesprochen. In den Krisenjahren war ich Stadtarzt (1928-1931) in einem proletarischen Bezirk (Neukölln) mit einer Einwohnerschaft von 300.000 und hatte daher reichlich Gelegenheit, mich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Wenn nach jahrelanger Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz gefunden wurde, wartete man meist vergebens auf einen Ausdruck von Freude. Statt dessen erschienen die Betroffenen oft beim Stadtarzt und gaben mannigfaltige Gründe an, warum sie die Arbeit nicht annehmen konnten. Dieselben Leute waren aber oft vorher gekommen und hatten um Arbeit gebettelt. Sie hatten die Arbeitslosigkeit als Unglück empfunden und waren ernstlich bemüht gewesen, einen Ar-

beitsplatz zu finden.

Die Zeit des erfolglosen Suchens war zu lang gewesen. Sie bekamen Unterstützung, die gerade dafür sorgte, daß sie nicht verhungerten und sie hatten sich psychisch und physisch auf eine Art Winterschlaf eingestellt. Wenn sie plötzlich zu Leben und Arbeit zurückgerufen wurden, waren sie oft selbst überrascht zu finden, daß sie nicht mehr dazu in der Lage waren. Es war kein moralisches Versagen, sondern ein psychisches.

Für die Volkswirtschaft und allgemeine Moral war aber dieser Kampf gegen den Arbeitsplatz schlimm, auch wenn er nur die Folge des langen, ergebnislosen Kampfes für den Arbeitsplatz war. Es wurde bei einer Erwerbslosenzahl von 6 Millionen ein Massenproblem. ...<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky (1890-1935, lebt ab 1924 in Paris und seit 1929 in Schweden, begeht Selbstmord) schreibt im Jahre 1931 über die Ursachen der Wirtschaftskrise (x149/61):

>>Für wen die Plakate und Reklamen?

Für wen die Autos und die Bilderrahmen?

Für wen die Krawatten, die gläsernen Schalen?

Eure Arbeiter können das nicht bezahlen! ...

Ihr sagt, die Wirtschaft müsse bestehen.

Eine schöne Wirtschaft!

Für wen? Für wen?

Das laufende Band, das sich weiterschiebt, liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.

Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug
sacht

Eure eigene Kundschaft kaputt gemacht.

Denn Deutschland besteht – Millionäre sind selten –
aus Arbeitern und aus Angestellten.<<

27.07.1932

Deutsches Reich: Hitler erklärt am 27. Juli 1932 während einer Wahlkampfrede in Eberswalde (x034/605): >>... Wir sind intolerant. Ich habe mir ein Ziel gestellt, nämlich diese dreißig Parteien aus Deutschland hinauszufegen!<<

Einige Tage vor den deutschen Reichstagswahlen steigt die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 5.392.000 Menschen an (Dezember 1932 = über 6,0 Millionen Arbeitslose). Mehrere Millionen Deutsche arbeiten außerdem täglich nur noch 4-5 Stunden (x059/65). Vor den Arbeitsämtern des Deutschen Reiches stehen endlose Reihen, denn die Arbeitslosenunterstützung muß noch wöchentlich abgeholt werden. Besonders unter den Langzeitarbeitslosen breitet sich zusehends Verzweiflung und Verbitterung aus, die von den radikalen Parteien naturgemäß hemmungslos ausgenutzt wird.

Erst mit Hilfe dieser "Riesenarmee" von verzweifelten Arbeitslosen, die um ihre Existenz kämpfen, schafft die NSDAP damals endgültig den Durchbruch zur deutschen Massenpartei.

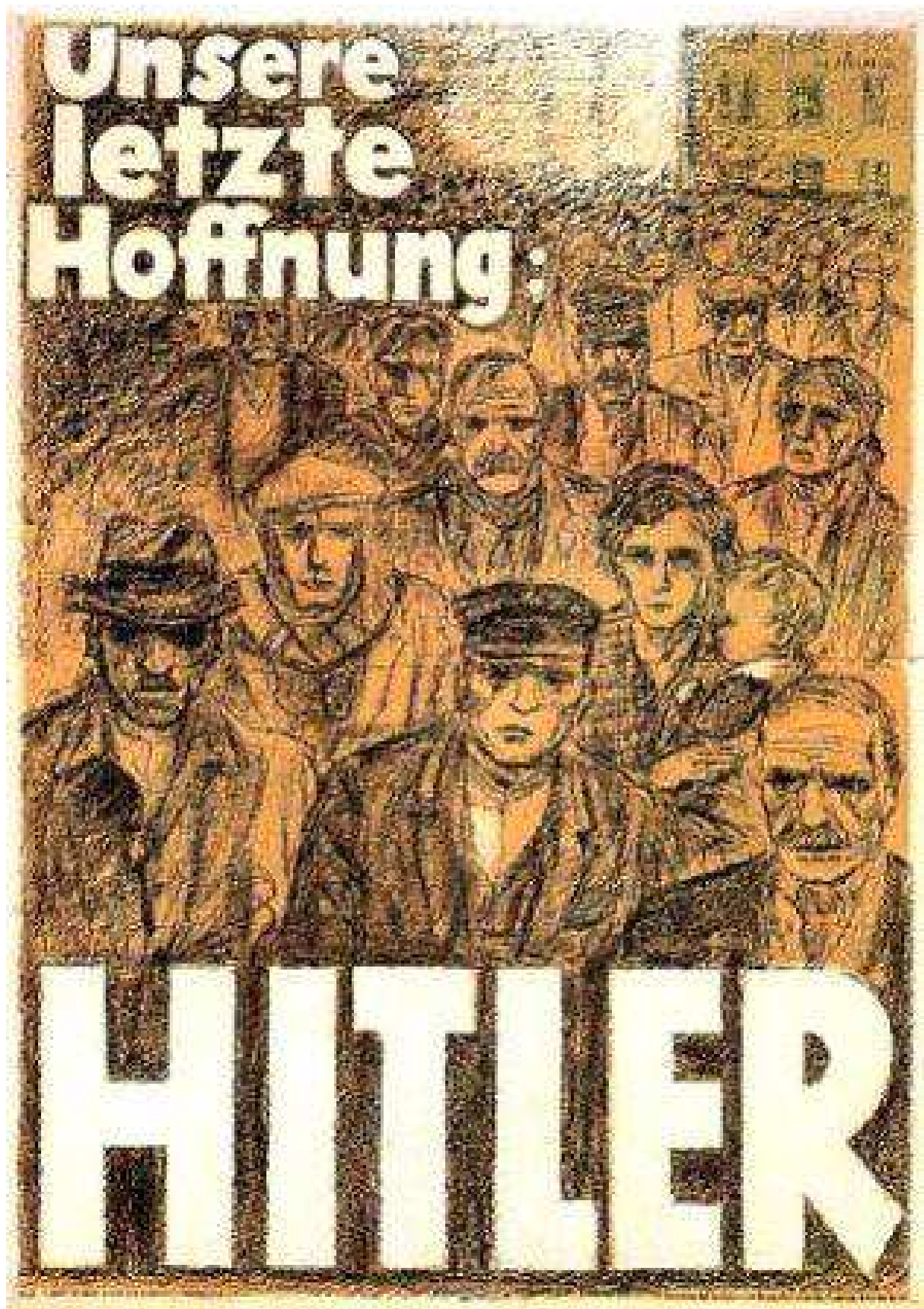


Abb. 62 (x065/379): Im Chaos der Weltwirtschaftskrise sahen die Verzweifelten und Enttäuschten im Jahre 1932 in Adolf Hitler ihre letzte Hoffnung.

1932

Deutsches Reich: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtet im Jahre 1932 über die Folgen der Weltwirtschaftskrise (x269/293): >>Schlimmer, als sie jemals an Mangel gelitten hat, leidet heute die Welt an Überfluß. Man nennt es Weltwirtschaftskrise.

Man spricht von Überproduktion. Es hat jedenfalls damit angefangen, daß die Erzeugung von Gütern aller Art vervielfacht wurde. Technisierung und Rationalisierung haben dabei die Hauptrollen gespielt. ...

Die Vereinigten Staaten und Afrika ersticken an ihrem Überfluß an Baumwolle. In Brasilien muß man Kaffe verheizen, in Argentinien werden die Maikolben verfeuert. Die großen Industriestaaten haben ihre technischen Anlagen in solchem Maß vergrößert, daß sie die Welt mit Fabrikaten überschwemmen können.

Aber inmitten all dieses Überflusses darben die Menschen in den Rohstoff- wie in den Industrieländern. Die Fabrikate sind unabsetzbar, Maschinen werden stillgelegt, die Fabrikation wird durch ungenügende Ausnützung der Fabrikanlagen verteuert. Dadurch wird die Konsumkraft geschwächt auch bei den Millionen, die noch Arbeit haben und die mit dem Ertrag ihrer Arbeit die Millionen von Arbeitslosen erhalten müssen.

Die Industrieländer können den Rohstoffländern deren Erzeugnisse nicht abnehmen und infolge Verarmung der Rohstoffländer die eigenen Erzeugnisse nicht dahin verkaufen. Zustände, aus denen dringend ein Ausweg gefunden werden muß.<<

In Deutschland sind 1932 im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtet im Jahre 1932 aus Berlin über die Familie des arbeitslosen Max, der wöchentlich 15,85 Reichsmark Arbeitslosenunterstützung erhält (x149/62): >>Zuallererst, bevor ich ans Essen denke, muß ich 85 Pfennige vorne weg nehmen, die Max in der Woche für Tabak kriegt. Für die Miete müssen wir drei Mark wöchentlich zahlen; Gas 70 Pfennig; 50 Pfennig in der Woche Ratenzahlung für den Sweater von Max und 30 Pfennig in der Woche Handtuchmiete; 1 Mark 30 für Zeitungen und 1 Mark Parteibeitrag. Das macht 6 Mark 80, übrig bleiben 8 Mark 20, und davon müssen 7 Menschen essen. ...<<

Junge Arbeitslose berichten im Jahre 1932 über ihre Situation (x149/62): >>Schlimmer wie Arbeit und Zwang ist die Arbeitslosigkeit. Diese furchtbare Arbeitslosigkeit bringt den Menschen um. Da hat man gelernt und liegt nachher auf der Straße, keine Aussicht auf Besserung, keine Aussicht auf Weiterbildung, man hat das schreckliche Gefühl des Überflüssigseins.<<

Hamburger Volksschüler einer Abschlußklasse schreiben im Jahre 1932 über ihre Zukunftsaussichten (x067/100): >>Mein Vater sagt, wenn das neunte Schuljahr kommt, soll ich noch bis 1933 zur Schule gehen; im nächsten Jahre könnte die wirtschaftliche Lage schon viel besser sein. ...<<

>>... Mein Vater ist schon fast zweieinhalb Jahre arbeitslos. Er glaubt, daß ich keine Stelle mehr bekommen werde, weil allein 700.000 junge Leute in Deutschland stellungslos sind. Das ist eine schreckliche Zahl; man könnte mit diesen Menschen 7 Großstädte bevölkern.<<

>>Meine Hoffnung, in der Fabrik in der Süderstraße als Mechanikerlehrling eingestellt zu werden, hat sich leider zerschlagen. Statt meiner tritt dort ein Abiturient als Volontär ein. Der Meister sagt, er hätte mehr Nutzen davon. ...<<

>>Ich bin manchmal ganz wirr im Kopf vom Vorstellen. Ich bin jeden Tag auf jede Anzeige losgewesen, aber immer war es schon besetzt. ...<<

>>Meine verheiratete Schwester sagte neulich: Wie war es früher doch besser; bei uns gab es höchstens ein oder zwei Mädchen, die keine Stelle hatten, und jetzt? ... In der Mädchenschule nebenan haben von 30 Mädchen erst 2 eine Lehrstelle! Wie wird es da mit mir werden? ...<<

>>Ich bin sehr froh, daß ich bei unserem Bäcker in die Lehre komme, weil meinem Vater zum 1. April gekündigt ist und ich nun schon mithelfen kann zu verdienen. Eigentlich wollte ich ja

Kaufmann werden. ...<<

Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schreibt später über die "Arbeitslosigkeit" vor der NS-Machtergreifung (x051/35-36): >>Arbeitslosigkeit ... Zum Zeitpunkt der Machtergreifung gab es im Deutschen Reich 6.013.612 Arbeitslose. Das entsprach einer Quote von rund 19 %. Damit hatte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt vom Jahr 1932 (Jahresgipfel: 6,2 Millionen, Durchschnitt: 5,5 Millionen) bereits überschritten.

Die wirtschaftliche Depression und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit waren durch die Weltwirtschaftskrise verursacht, die neben den USA vor allem Deutschland besonders hart getroffen hatte. Insbesondere kaufmännische Angestellte, ungelernete Arbeiter, Arbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung sowie Baufacharbeiter litten unter der Krise.

In den Statistiken tauchten nur die bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf, so daß die Zahlen in Wirklichkeit weit höher lagen. Wegen der geringen Vermittlungschancen meldeten sich im Lauf der Krise immer weniger Arbeitslose. Unter diesen "unsichtbaren" Arbeitslosen waren vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer. Rechnet man sie hinzu, dann lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 33 bei ca. 7,8 Millionen.

Seit Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 galt in der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip. Ursprünglich war der Bezug von Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen begrenzt, in Zeiten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit war eine sogenannte Krisenunterstützung vorgesehen. Höchstbezugsdauer für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für Arbeiter unter 40 Jahren 58 Wochen, sonst 71 Wochen.

Im Verlauf der Krise war eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt worden, die nach sechs Wochen einsetzte. Nach Ablauf dieser Fristen bezogen die Arbeitslosen die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die den Belastungen durch die ständige Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen bald nicht mehr gewachsen waren. Im November 32 wurde die Aussteuerung aus der Krisenunterstützung aufgehoben. Diese Regelung wurde von den Nationalsozialisten beibehalten.

Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit waren im Lauf der Krise mehrfach gekürzt worden. Sie errechneten sich nach dem vorhergehenden Lohn, der Ortsklasse und der Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen. Für einen großstädtischen ledigen Arbeitslosen betrug die wöchentliche Unterstützung 5,10 RM, der Höchstsatz in dieser Klasse lag bei 11,70 RM. Auch die Wohlfahrtsunterstützung war laufend gekürzt worden. Die Sätze, die knapp über dem Existenzminimum lagen, wurden von den Nationalsozialisten übernommen. ...

Die Verelendung weiter Kreise durch die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte viel zur Radikalisierung des politischen Spektrums beigetragen und insbesondere der NSDAP den entscheidenden Zulauf gebracht. ...<<

Von den 77 im Deutschen Reich gefällten Todesurteilen wird im Jahre 1932 kein Urteil vollstreckt. Im Jahre 1933 wird man bereits 75 % aller Todesurteile vollziehen.

Die Hitlerjugend (HJ) zählt Ende 1932 etwa 100.000 Mitglieder (x067/115).

Ein Sturmführer der SA berichtet später über die Zeit vor der "NS-Machtergreifung" (x067/-130): >>Unsere Demonstrationen in der Studenten-Sau verliefen nach dem Muster der Sturmabteilungen aus der Kampfzeit. Wir marschierten in soldatischen Formationen durch die Straßen und wollten damit ein Bekennterum zur nationalsozialistischen Bewegung zeigen. Wir waren also diejenigen, die glaubten, die richtige Weltanschauung zu besitzen, um aus dem immer mehr dahinsiechenden deutschen Vaterland aufzubrechen in eine neue Zeit.

Wir trugen die gleichen Stiefel, die gleichen Hemden, die gleichen Koppel und fühlten uns gleichermaßen in treuer Pflichterfüllung zum Dienst für Deutschland verpflichtet.

Und ich muß hier eines sagen, mich hat die SA immer kolossal beeindruckt als soziale Inte-

grationskraft. Da war der Sohn des Pfarrers, der Sohn des Rektors, der Sohn des Postbeamten, der Sohn des Arztes und der Sohn des Schlossers sowie des Arbeitslosen. ...

Das war mit eines der mächtigsten Triebfedern, daß ich gesagt habe, das kann nicht so sein, daß der Arbeiter gegen den sogenannten Kapitalisten und der "Arbeiter der Stirn" gegen den "Arbeiter der Faust" kämpft, der Landwirt gegen den Gutsherrn und der Gutsherr gegen den Landwirt.

Die Integrierung aller Volksteile, nicht im Sinne einer Vermassung, sondern als Teil einer Volksgemeinschaft, bestehend aus den verschiedenartigsten Gliedern, aber nach außen als einheitlicher Block, war unser Ziel. Wir wollten Tugenden pflegen, die im Aussterben begriffen waren. ...

Nun war für uns junge Idealisten innerhalb der SA die rote Hochburg der Kommunisten und Sozialdemokraten in Mannheim ein begehrtes Angriffsziel. Wir trugen unsere Parteiabzeichen, wir marschierten mit einem "Sturm" oder einem "Sturmbann", der aus 4 Stürmern bestand, singend durch die Straßen, und natürlich gab es immer Tumulte, weil wir uns eben die Gegenden ausgesucht hatten, die "rot" waren.

Wir demonstrierten offen Bekennterum, anders als der normale Bürger, der, wie wir spotteten – feige im Keller saß und sich die Politik vom Leibe hielt, während wir uns sagten, wenn wir schon Änderungen wollen, dann müssen wir uns auch dazu bekennen. ...<<

Otto Riethmüller (1889-1938, Beamter, Pastor und Liederdichter) verfaßt im Jahre 1932 den Text des Kirchenliedes "Herr, wir stehen Hand in Hand ..." (x198/527):

>>1. Herr, wir stehen Hand in Hand,
die dein Hand und Ruf verband,
steh'n in deinem großen Heer
aller Himmel, Erd' und Meer.

2. Wetter leuchten allerwärts,
schenke uns das feste Herz;
deine Fahnen zieh'n voran,
führ' auch uns nach deinem Plan.

3. Welten steh'n um dich im Krieg,
gib uns teil an deinem Sieg.
Mitten in der Höllen Nacht
hast du ihn am Kreuz vollbracht.

4. In die Wirrnis dieser Zeit
fahre, Strahl der Ewigkeit.
Zeig den Kämpfern Platz und Pfad
und das Ziel der Gottesstadt.

5. Mach in unsrer kleinen Schar,
Herzen rein und Augen klar.
Wart zur Tat und Waffen blank,
Tag und Weg voll Trost und Dank.

6. Herr, wir gehen Hand in Hand,
Wand'rer nach dem Vaterland:
Laß dein Antlitz mit uns geh'n,
bis wir ganz im Lichte steh'n.<<

Die Wall Street fördert Adolf Hitlers Aufstieg 1929

Deutsches Reich: Seit Ende 1929 herrschen im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickeln sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere). Vor allem die Schlägertruppen der SA und der Rotfrontkämpferbund liefern sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gibt.

Reichsinnenminister Carl Severing berichtet im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.

Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten und äußersten Linken getrieben wird. ...<<

>>... Dieser ... Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<

US-Banken fördern spätestens seit 1929 Hitlers Machtübernahme



Abb. 61 (x905/...): Wall Street, Straße in New York City.

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn,

Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert werden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist.

Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität

insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüstete. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Stras-

ser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage".

Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegen-

heit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.

Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.

Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische" Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gesprekken met Hitler door Sidney Warburg".

Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.

Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<

Herbert Ludwig berichtet später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, "wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß

das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauf folgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>Hitlers Logenbruder

_ von Guido Grandt

Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinettstisch. Er hatte die Nazis von An-

fang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.

Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgeben.

"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."

Hjalmar Schacht

Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.

In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Rublee-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.

Lob für die Nürnberger Gesetze

Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße ... die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.

Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die gesetzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.

Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.

Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.

Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.

Christopher Kopper schreibt in seinem Buch *Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier*: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu

verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."

1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel *76 Jahre meines Lebens*, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist, spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.

Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.

Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist *Tom Goeller*

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch *Freimaurer - Aufklärung eines Mythos* hält er fest: "Unabhängig von den gerichtlichen Freisprüchen hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen.

Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im *Völkischen Beobachter* "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."

Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen"

umgewandelt.

Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später (im Jahre 2021) im COMPACT-Geschichte Nr. 9 über die Finanzierung Hitlers und das dunkle Geheimnis der Wall Street nach dem Ersten Weltkrieg (x361/12,16-19): >>**Die Guten, die Bösen und die Unsichtbaren**

Seit Jahrzehnten fetzt sich die Geschichtswissenschaft wegen der Finanzierung der NSDAP durch das Großkapital. Linke und bürgerliche Historiker stehen sich in erbitterter Feindschaft gegenüber - und keine der beiden Parteien will über den Elefanten sprechen, in dessen mächtigem Schatten die Kontroverse steht. ...



Bereits vor 1933 wurde die Schuldfrage plakativ instrumentalisiert. Hier erscheint nicht mehr Hitler selbst, sondern die Großindustrie als hauptverantwortlich. Foto: picture-alliance/akg-images

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen wie den westlichen Historikern fehlt.

Ihre Bücher *Wall Street und der Aufstieg Hitlers* (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009, Auszug auf Seite 50. ff.) beziehungsweise *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen?* (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen, Auszug auf Seite 38 ff.) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch *Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten* (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantierte - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in *Mein Kampf* vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern. Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern. Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

"Ein fabelhafter Demagoge."

Truman Smith über Hitler

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte (siehe Seite 60 ff.). Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch *Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung* weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922: "Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe... Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford. 1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geld-

beträge für Hitler angewiesen hatte.

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in München. "Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen (Hitlers) ist die Tatsache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken", schreibt Walter Görlitz in *Geldgeber der Macht* (Düsseldorf/Wien, 1976).

...

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill: "Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschütten, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento (Wiederauferstehen) geleistet hatten."

Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten (in dieser COMPACT-Ausgabe ab Seite 76) und resümiert: "Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein. Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen.

Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP. Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Ver-

schiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet.

Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstützung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.

Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. "Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz", berichtete ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg.

Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten" vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber". ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über den Niedergang der Weimarer Republik (x063/560-561): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen.

Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.

Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Hitlers Weg zur Machtübernahme (x192/433): >>... Nach 1928 schien Hitler mit seinem kleinen Anhang kaum mehr zu repräsentieren als eine jener sektiererischen Splitterparteien, die das Weimarer Parteiengefüge zwar belasteten, aber nicht ernsthaft gefährdeten.

Die einschneidende Wende brachte die Weltwirtschaftskrise 1929. Im Jahr darauf waren nicht weniger als 40 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer ohne Arbeit, und Hitlers Schlagwort-Programm fand nun breite Unterstützung. Sein Versprechen, Deutschland von den Fesseln des Versailler Friedensvertrages zu befreien, appellierte an den Nationalstolz.

Die "linken" Thesen des Parteiprogramms sollten die Arbeiterschaft beeindrucken (Brechung der "Zinsknechtschaft", Verstaatlichung der Großunternehmen, der extreme Nationalismus das Bürgertum und das Militär, und das Zerrbild des Juden als Verkörperung von Kommunismus und Kapitalismus lieferte einen bequemen Sündenbock, dem alle Schuld am wirtschaftlichen und politischen Chaos der Zeit zugeschoben werden konnte.

Der radikale Einbruch erfolgte 1930, als sich die Nazis (wie die Partei allgemein genannt wurde) mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen 107 Reichsmandate sichern konnten. Bereits zwei Jahre später, bei den Neuwahlen im Juli 1932, erweiterte sich diese parlamentarische Machtbasis auf 230 Sitze. Nachdem andere rechtsgerichtete Politiker sich nicht hatten durchsetzen können, wurde Adolf Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. ...<<

Papens Staatsstreich in Preußen

01.06.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969, Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) zum neuen deutschen Reichskanzler. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wird ("Kabinett der Barone"), regiert zwangsläufig nur noch mit Notverordnungen.

20.07.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen) führt am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen läßt.

Der Staatsstreich in Preußen

Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden). Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen (Polizei und Verwaltung) wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.

Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.

Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.

Der SPD-Parteivorstand verkündet am 20. Juli 1932 (x034/604): >>Es ist beim deutschen Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der NSDAP entstanden ist.

Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten! Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli!

Freiheit!<<

Joseph Goebbels berichtet am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Preußenschlag" (x051/455-456): >>Preußenschlag, Bezeichnung für die Amtsenthebung der preußischen Regierung unter Ministerpräsident O. Braun (SPD) durch den Reichskanzler Papen am 20.7.32.

Bei den Landtagswahlen am 24.4.32 hatte die Weimarer Koalition (aus SPD, Zentrum und Staatspartei) die Mehrheit im preußischen Landtag verloren. Dennoch blieb die seit dem 6.4.25 amtierende, aus Ministern dieser Parteien gebildete Regierung Braun als geschäftsfüh-

rend im Amt.

Mit der Begründung, in Preußen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die bürgerkriegsartigen Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten - ihr Höhepunkt: der Altonaer Blutsonntag am 17.7.32 - gefährdet, enthob Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten am 20.7. alle preußischen Minister (Braun selbst befand sich aus Krankheitsgründen seit dem 6.6. nicht mehr im Amt), den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg ihrer Ämter, machte sich selbst zum Reichskommissar in Preußen, den Essener Oberbürgermeister Bracht zu seinem Stellvertreter und zum Innenminister und übertrug diesem die Regierungsgewalt in Preußen.

Der Staatsstreich in Preußen war eine "Vorleistung" Papens für Hitler, mit der er diesen und die NSDAP zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen hoffte. Er beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der wichtigsten und letzten Bollwerke der Republik und ebnete so der NSDAP den Weg zur Machtergreifung.

Statt sich dem Preußenschlag mit Gewalt zu widersetzen, rief die preußische Regierung nur den Staatsgerichtshof an, der zwar am 25.10.32 feststellte, die Regierung Braun befinde sich weiter im Amt und könne Preußen im Reichsrat vertreten, ansonsten aber den Preußenschlag für rechtmäßig erklärte; endgültige Absetzung Brauns am 6.2.33 durch Verordnung des Reichspräsidenten.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

Franz von Papen trat am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.

18.11.1932

Deutsches Reich: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 18. November 1932 (x034/622): >>Papen ist gestern abend zurückgetreten mit dem gesamten Kabinett. Endlich! Dieser ewig lächelnde, leichtsinnige Dilettant hat in sechs Monaten mehr Un-

heil angerichtet als in so kurzer Zeit irgendein Kanzler vor ihm.<<

Dr. Reinhard Barth schreibt später über Franz von Papen (x051/436): >>Papen, Franz von, geboren in Werl (Westfalen) 29.10.1879, gestorben in Obersasbach (Baden) 2.5.1969, deutscher Politiker; zunächst Offizierslaufbahn, im 1. Weltkrieg Militärattaché in Mexiko und den USA, später bei den deutschen Streitkräften in der Türkei und Stabschef der 4. türkischen Armee in Palästina; 1920-32 für die Zentrumspartei im preußischen Landtag.

Auf dem äußersten rechten Flügel angesiedelt, Monarchist und Mitglied im exklusiven Herrenklub mit guten Beziehungen zur Industrie (durch Heirat mit einer Erbin der saarländischen Porzellanfirma Villeroy & Boch), geriet Papen bei der Präsidentenwahl 1925 in Gegensatz zu seiner Partei, als er Hindenburg statt des Zentrumskandidaten Marx unterstützte. 1932 war der Bruch vollständig: Reichspräsident Hindenburg hatte den Zentrumsmann Brüning entlassen und Papen am 1.6.32 zum neuen Reichskanzler ernannt.

Papens "Kabinett der nationalen Konzentration", wegen der vielen adligen Mitglieder auch als "Kabinett der Barone" verspottet, schlug, allein gestützt auf Notverordnungen des Reichspräsidenten, einen autoritären Kurs ein (u.a. Aufhebung des Verbots von SA und SS, Preußenschlag gegen die sozialdemokratische Minderheitsregierung Braun), der in der Auflösung des Reichstages nach Abstimmungsniederlage am 12.9.32 gipfelte. Da Neuwahlen im November 32 keine Mehrheit für ihn brachten und Hindenburg diktatorische Vollmachten versagte, trat Papen am 17.11.32 zurück und beteiligte sich fortan am Intrigenspiel, das schließlich Hitler zur Macht brachte.

Papen verabredete sich mit dem Führer der NSDAP bei einem Treffen im Hause des Bankiers Schröder (4.1.33) zum Sturz seines Nachfolgers Schleicher und zu einer gemeinsamen Kabinettsbildung. Seine Rechnung, vom Posten des Vizekanzlers (ab 30.1.33) aus den Kanzler Hitler zu "zähmen", ging nicht auf; im Gegenteil bewirkte Papens und der anderen konservativen Minister Anwesenheit in der Regierung Hitler eine Aufwertung des Nationalsozialismus. Von großem Nutzen für Hitler war auch das von Papen vermittelte Konkordat mit der katholischen Kirche.

Papens Kampfansage an die radikalen Kräfte in der NSDAP (Marburger Rede 17.6.34) beschleunigte Hitlers Abrechnung mit der SA-Führung (Röhm-Affäre) und brachte den Vizekanzler zeitweilig selbst in Lebensgefahr, mehrere seiner Mitarbeiter, u.a. E. Jung, wurden ermordet. Im Juli 34 ging Papen als Botschafter nach Wien, wo er Juliabkommen und Anschluß vorbereiten half. 1939-44 war er Botschafter in Ankara.

1946 sprach ihn der Nürnberger Militärgerichtshof im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher frei, eine deutsche Spruchkammer dagegen verurteilte ihn 1949 zu acht Jahren Arbeitslager, die allerdings durch vorherige Haft als verbüßt galten.

Seine Autobiographie "Der Wahrheit eine Gasse" (1952) zeigte keinerlei Einsicht in die verhängnisvolle Rolle, die er bei der Liquidierung der Weimarer Republik und der Etablierung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates gespielt hatte.<<

Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler

31.07.1932

Deutsches Reich: Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD erringt 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnt den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nennt, jedoch weiterhin entschieden ab.

10.08.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg lehnt am 10. August 1932 Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ab.

Das amtliche Schreiben an Hitler lautet (x256/112): >>... Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten konnte.<<

06.11.1932

Deutsches Reich: Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endet die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verliert über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhält nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.

Joseph Goebbels berichtet am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<

21.11.1932

Deutsches Reich: Hitler wird am 21. November 1932 durch Hindenburg empfangen. Im Verlauf der Sondierungsgespräche fordert Hitler die Ernennung zum Reichskanzler.

Der greise Reichspräsident verabschiedet Hitler mit den Worten (x034/622): >>Welches Ende unsere Verhandlungen auch nehmen, meine Tür wird Ihnen immer offen sein.<<

Während einer SPD-Versammlung am 21. November 1932 fragt der verzweifelte Wilhelm Hoegner (x034/622-623): >>Gibt es denn keinen Mann des Bürgertums mehr, der dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Wahrheit ins Gesicht schreit. Der Tag, an dem ein Adolf Hitler Reichskanzler wird, ist der Tag von Deutschlands tiefster Schmach und Erniedrigung. Das Reich von Weimar ist uns endgültig an dem Tage verloren, an dem ein Hitler zum Kanzler des Deutschen Reiches werden kann. ...<<

25.11.1932

Deutsches Reich: Die "Kölnische Zeitung" berichtet am 25. November 1932 über die Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler (x129/30): >>... In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalt und ohne vorherige Feststellung der Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und er befürchten mußte, daß ein von Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.<<

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung teilt am 25. November 1932 mit, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht ist.

30.11.1932

Deutsches Reich: Hitler weigert sich am 30. November 1932, weitere politische Sondierungsgespräche mit Reichspräsident Hindenburg zu führen.

02.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg spricht sich gegen Franz von Papen aus und beauftragt am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.

03.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt Generalmajor Kurt von Schleicher (1882-1934, ein erfolgreicher, skrupelloser Intrigant mit guten Beziehungen), der nach

Reichskanzler Brüning auch den unerwartet reaktionären Reichskanzler Papen zu Fall bringen kann, am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.

Franz von Papen berichtet später über seine gescheiterte Kanzlerschaft (x243/38): >>... (Hindenburg) beruft am 1. Dezember (1932) ... den General von Schleicher und mich (Reichskanzler von Papen) zu einer Aussprache. ...

Ich führe aus: Der Versuch, die Nationalsozialisten verantwortlich in die Regierung einzuschalten, sei zweimal mißlungen. Hitler lehne auch jene Koalition mit anderen Parteien ab. ... Die Maßlosigkeit und Demagogie der NS-Bewegung in den letzten Monaten hätten das Vertrauen in die staatsmännischen Fähigkeiten Hitlers ... nicht erhöht. ... (So) bestehe offensichtlich heute ein Staatsnotstand, der außerordentliche Maßnahmen erfordere. ...

Ich schlug daher vor, ... es müsse während einer kurzen Periode der Reichstag ausgeschaltet werden. Die Verfassungsreform müsse einem Referendum oder einer neu zu berufenen Nationalversammlung zur Billigung vorgelegt werden. ... Die Lage sei so ernst, daß der Staatsnotstand ein Abweichen von der Verfassung rechtfertige. ...

Herr von Schleicher ... führte aus, er sehe eine Möglichkeit, die es dem Reichspräsidenten ersparen würde, den Eid auf die Verfassung zu brechen. ...

Sein Gedanke sei, in diesem neugewählten Reichstage dennoch eine parlamentarische Mehrheit herzustellen – und zwar durch eine Spaltung der NSDAP. ... Er glaubte, daß es ihm gelinge, unter Führung von Strasser einige 60 Abgeordnete von Hitler zu trennen. Strasser und seine Leute wollte er an der Regierung beteiligen und mit ihrer Hilfe eine "Gewerkschafts-Achse" durch alle bürgerlichen Parteien und die SPD bilden. ...<<

06.12.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 6. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/625): >>Die Lage im Reich ist katastrophal. In Thüringen haben wir seit dem 31. Juli nahezu 40 Prozent Verlust erlitten.<<

23.12.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 23. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/627): >>Das Jahr 1932 war eine ewige Pechsträhne. Man muß es in Scherben schlagen. ... Die Vergangenheit war schwer, und die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten und Hoffnungen vollends verschwunden. ...<<

04.01.1933

Deutsches Reich: Papen trifft sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um den Sturz Schleichers und eine gemeinsame Kabinettsbildung (Kabinett der nationalen Konzentration: Vizekanzler von Papen) mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP = Interessenvertretung von Großgrundbesitz und Bürgertum) zu verabreden (x054/209).

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über Franz von Papen (x1.001/7): >>... Tatsächlich übertrug der Nachfolger Pius' XII., Johannes XXIII. (1881-1963), am 24. Juli des Jahres 1959 seinem persönlichen Freund Franz von Papen (1879-1969) den Ehrentitel eines päpstlichen Geheimkämmerers (*Finanzbeamten*). Dieser Mann war während des ersten Weltkrieges Spion in den Vereinigten Staaten und einer der Verantwortlichen für Hitlers Diktatur und den "Anschluß". Man muß unter einer seltsamen Art von Blindheit leiden um solche klaren Fakten nicht zu sehen. ...<<

20.01.1933

Deutsches Reich: Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtet am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<

21.01.1933

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<

22.01.1933

Deutsches Reich: Hitler führt am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.

23.01.1933

Deutsches Reich: Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebt, kann die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigert.

24.01.1933

Deutsches Reich: Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung) fordert seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen. Schleicher lehnt jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen will. Er weigert sich außerdem weiterhin sinnlos, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen ist.

26.01.1933

Deutsches Reich: Alfred Hugenberg (Unternehmer und Vorsitzender der DNVP) verharmlost am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

27.01.1933

Deutsches Reich: Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1944, General und Chef der Heeresleitung) warnt Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.

Der Reichspräsident beruhigt damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

28.01.1933

Deutsches Reich: Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheitern, tritt Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.

Der "letzte Reichskanzler" Kurt von Schleicher wird später mit seiner Frau beim sogenannten "Röhm-Putsch" ermordet.

Im Abschlußbericht der zurückgetretenen Reichsregierung vom 28. Januar 1933 heißt es (x034/633-634): >>Reichskanzler von Schleicher erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstag ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Herr Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle.

Reichspräsident von Hindenburg erklärte, diesem Vorschlag bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können.

Reichskanzler von Schleicher erklärte hierauf den Gesamtrücktritt der Reichsregierung, den der Herr Reichspräsident unter Beauftragung des Kabinetts mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennahm.

Der Herr Reichspräsident sprach dem Reichskanzler wie den Mitgliedern der Reichsregierung seinen Dank für die dem Vaterlande in schwerer Zeit geleisteten treuen Dienste aus.<<

Die Gewerkschaften warnen Reichskanzler Hindenburg am 28. Januar 1933 telegrafisch, Hitler mit der Regierung zu betrauen (x034/634): >>... daß die Berufung einer sozialreaktionären

und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden müßte.<<

Joseph Goebbels berichtet am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

29.01.1933

Deutsches Reich: Von Papen, Oskar von Hindenburg (1883-1960, Sohn und persönlicher Mitarbeiter des Reichspräsidenten) und Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, Chef der Reichskanzlei) "bearbeiten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, ist ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertritt damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kennt, macht er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen.

Nach stundenlangen Gesprächen wird der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärt damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

30.01.1933

Deutsches Reich: Der "Völkische Beobachter" schreibt am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<

Trotz aller Warnungen ernennt der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (so genannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

Während der Vereidigung zum Reichskanzler gibt sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigt sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobt feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.

Für Hindenburg ist Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" ist fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen kann.

Der greise Volksheld Hindenburg leitet mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verliert das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.

Hindenburg bekennt damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<

Goebbels jubelt nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintrifft, erklärt er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<

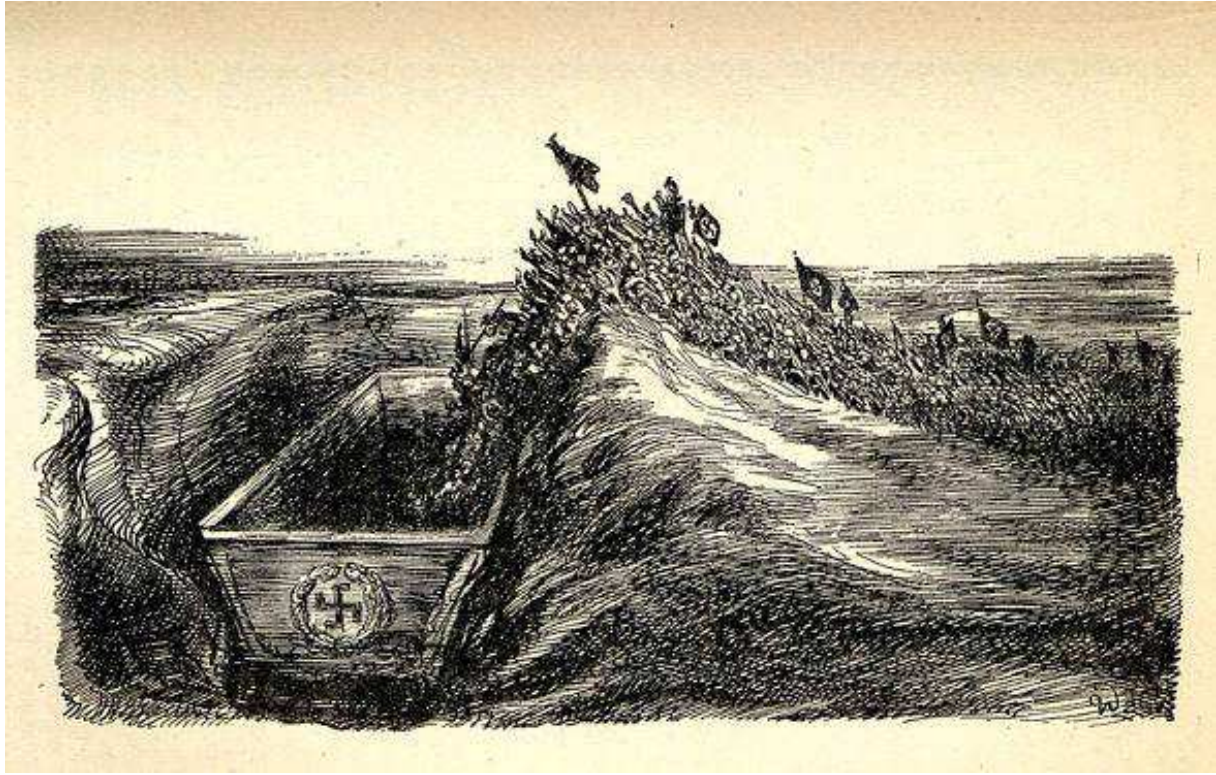


Abb. 64 (x062/461): "Hitler, ein deutsches Verhängnis", Paul Weber im Januar 1933.

Der "Vorwärts" schreibt am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Berlin ist heute nacht in einer reinen Faschingsstimmung.<<

Der DDP-Politiker Theodor Heuss erklärt am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden.<<

Richard Coudenhove-Kalergi (Begründer der Pan-Europabewegung) hält am 30. Januar 1933 einen Vortrag über "Deutschlands europäische Sendung".

Goebbels kommentiert am Abend des 30. Januar 1933 den Berliner Fackelumzug der Nationalsozialisten im Rundfunk (x243/42): >>Das, was wir unten erleben, diese Tausende und Tausende und Zehntausende und Zehntausende von Menschen, die in einem sinnlosen Taumel von Jubel und Begeisterung der neuen Staatsführung entgegenrufen, das ist wirklich die Erfüllung unseres geheimsten Wunsches. Das ist die Krönung unserer Arbeit.

Man kann mit Fug und Recht sagen: Deutschland ist im Erwachen! ...<<

Eine Schülerin (später BDM-Führerin) schreibt über den Tag der "Machtergreifung" am 30. Januar 1933 (x073/138-139, x105/212-213): >>Am Abend des 30. Januar nahmen meine Eltern uns Kinder ... mit in das Stadtzentrum. Dort erlebten wir den Fackelzug, mit dem die Nationalsozialisten ihren Sieg feierten. Etwas Unheimliches ist mir von dieser Nacht her gegenwärtig geblieben. Das Hämmern der Schritte, die düstere Feierlichkeit roter und schwarzer Fahnen, zuckender Widerschein der Fackeln auf den Gesichtern und Lieder, deren Melodie aufpeitschend und sentimental zugleich klangen.

Stundenlang marschierten die Kolonnen vorüber, unter ihnen immer wieder Gruppen von Jungen und Mädchen, die kaum älter waren als wir. In ihren Gesichtern und in ihrer Haltung lag ein Ernst, der mich beschämte. Was war ich, die ich nur am Straßenrand stand und zusehen durfte, mit diesem Kältegefühl im Rücken, das von der Reserviertheit der Eltern ausgestrahlt

wurde? Kaum mehr als ein zufälliger Zeuge, ein Kind, das noch Jungmädchenbücher zu Weihnachten geschenkt bekam. Und ich brannte doch darauf, mich in diesen Strom zu werfen, in ihm unterzugehen und mitgetragen zu werden. ...

Irgendwann sprang plötzlich jemand aus der Marschkolonne und schlug auf einen Mann ein, der nur wenige Schritte von uns entfernt gestanden hatte. Vielleicht hatte er eine feindselige Bemerkung gemacht. Ich sah ihn mit blutüberströmtem Gesicht zu Boden fallen. Eilig zogen uns die Eltern fort aus dem Getümmel, aber sie hatten nicht verhindern können, daß wir den Blutenden sahen. Sein Bild verfolgte mich tagelang. In dem Grauen, das es mir einflößte, war eine winzige Zutat von berauscher Lust:

"Für die Fahne wollen wir sterben", hatten die Fackelträger gesungen. Es ging um Leben und Tod. Nicht um Kleider oder Essen oder Schulaufsätze, sondern um Tod und Leben, Für wen? Auch für mich? Ich weiß nicht, ob ich mir diese Frage damals gestellt habe, aber ich weiß, daß mich ein brennendes Verlangen erfüllte, zu denen zu gehören, für die es um Leben und Tod ging. ...<<

>>... Wenn ich den Gründen nachforsche, die es mir verlockend machten, in die Hitler-Jugend einzutreten, so stoße ich auf diesen: Ich wollte aus meinem kindlichen, engen Leben heraus und wollte mich an etwas binden, das groß und wesentlich war. Dieses Verlangen teilte ich mit unzähligen Altersgenossen.

Ich glaubte den Versprechungen der Nationalsozialisten, daß sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not von 6 Millionen Menschen beseitigen würden. Ich glaubte ihnen, daß sie das deutsche Volk aus der Zersplitterung von mehr als 40 politischen Parteien zu einer Einheit zusammenführen und daß sie die Folgen des Versailler Diktates überwinden würden. ...

Die im Bürgertum heranwachsende Generation, die bei der Machtergreifung Hitlers auf der Schwelle zwischen Kindheit und Jugend stand, war in einer verhängnisvollen Weise darauf vorbereitet, ein Opfer seiner "Ideen" zu werden; auch wenn die Eltern dieser Generation dem Nationalsozialismus feindlich gesonnen waren.<<

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schreibt später über die NS-Massenaufmärsche in Berlin (x115/239): >>Dann aber kam auf den Straßen diese Unruhe. Es wurde doch sehr massiv in Berlin. Große Gruppen von Menschen lärmten auf den Straßen. Sie haben die Arme ausgestreckt und "Heil" gerufen. Immer so in Dreier-Reihen "Heil-Heil-Heil", daß es knallte. Welch eine Ironie des Schicksals: Gerade in dem Land, wo am meisten "Heil" gerufen wurde, ist am wenigsten Heil geblieben.

Ich kann sagen, ich habe gezittert, mir war es furchtbar unangenehm. Ich habe richtige Angst gehabt. Ich dachte, um Gottes willen, wie wird das enden. Wenn ich natürlich damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, - daß das alles nur Mitläufer waren, dann hätte man doch nicht gezittert. Aber das ahnte man noch nicht. Das hat doch kein Mensch damals gesagt. ...<<

Max Liebermann (1847-1935, Maler und Graphiker) meint beim Betrachten des Fackelzuges am 30. Januar 1933 (x844/...): >>Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.<<

NS-Staatsstreich

27.02.1933

Deutsches Reich: Der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe setzt am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand.

Hitler nutzt den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag werden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Reichstagsbrand" (x051/-485-486): >>Reichstagsbrand, Vernichtung großer Teile, insbesondere des Plenarsaals, des

Reichstagsgebäudes in Berlin durch Feuer am Abend des 27.2.33.

Der niederländische Anarchist van der Lubbe war kurz nach 21 Uhr ins Parlamentsgebäude eingedrungen und hatte mit Kohlenanzündern mehrere Brände gelegt, die er mit Stoffackeln weitertrug. Als er um 21.27 Uhr gestellt werden konnte, ließ sich der Plenarsaal trotz massiven Feuerwehreinsatzes nicht mehr retten, da die Kuppel geborsten war und ein sogenannter Schlot-Effekt entstand.

Hitler und die nationalsozialistische Führung, die unmittelbar danach am Tatort erschienen, bezeichneten den Reichstagsbrand sofort als "kommunistisches Fanal" für einen Aufstand gegen die neue Regierung der "nationalen Erhebung" und nutzten die Gelegenheit zu einer schlagartigen Massenverhaftung (ca. 4.000) kommunistischer und auch einiger SPD-Funktionäre nach vorbereiteten Listen. Am Tag darauf setzte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Grundrechte außer Kraft, der kommunistische Wahlkampf für die Reichstagswahl am 5.3.33 wurde unterbunden, der sozialdemokratische schwer behindert (Zeitungs-, Versammlungsverbote u.a.).

Nach der klassischen Frage "cui bono", wem der Reichstagsbrand genutzt habe, entstand unmittelbar nach dieser planvollen Reaktion der Regierung der Verdacht, der Brand sei von den Nationalsozialisten gelegt worden. Dazu trug bei, daß vom Palais des Reichstagspräsidenten Göring ein unterirdischer Gang in das Reichstagsgebäude führte, der ein idealer Fluchtweg für die Brandstifter hätte sein können, die Lubbe nur mißbraucht hätten. Zudem schien es schwer vorstellbar, daß ein Einzelner das Riesenbauwerk in Flammen gesetzt hatte.

Doch weder die Kommunisten mit ihrem Braunbuch noch die Nationalsozialisten, die außer Lubbe noch den KPD-Fraktionsführer Torgler, der am Abend als Letzter den Reichstag verlassen hatte, sowie die in Berlin weilenden Komintern-Funktionäre Dimitrow, Popoff und Tanneff im Reichstagsbrandprozeß anklagen ließen, konnten ihre Version beweisen.

Auch eine Historiker-Kommission nach dem Krieg unter Leitung des Schweizer Professors Walter Hofer vermochte Lubbes hartnäckige Behauptung von seiner Alleintäterschaft nicht zu erschüttern.<<

Joseph Goebbels berichtet am 27. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ganz groß in Fahrt. Der Führer verliert nicht einen Augenblick seine Ruhe. ...

Sofort verbietet Göring die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse. Die kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht dingfest gemacht. Die SA wird alarmiert.

...

Mitten in der Nacht noch erscheint Oberregierungsrat Diels vom preußischen Innenministerium und gibt mir eingehend Bericht über die bisherigen Maßnahmen. Die Verhaftungen sind reibungslos verlaufen. ...

Wenn Widerstand geleistet wird, dann Straße frei für die SA. ...<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 27. Februar 1933 über den Reichstagsbrand (x032/22): >>Ein historischer Tag ersten Ranges. Das geplante Attentat hat heute stattgefunden, aber nicht auf Hitler, sondern auf das Reichstagsgebäude.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Marinus van der Lubbe (x051/-62): >>Lubbe, Marinus van der, geboren in Leiden 13.1.1909, gestorben Leipzig 10.1.1934, niederländischer Maurergeselle, nach Bau-Unfall arbeitsunfähig; Wanderungen durch mehrere europäische Länder; Anschluß an die Rade-(=Räte)-Kommunisten (anarchistische Splittergruppe).

Anfang Februar 33 beschloß Lubbe, den deutschen Kommunisten und Sozialisten im Kampf gegen die Nationalsozialisten beizustehen, und wanderte nach Berlin, das er am 18.2. erreichte. Er erkannte schnell die gelähmte Widerstandskraft der deutschen Linken und faßte den Plan, sie durch ein Fanal aufzurütteln.

Nach fehlgeschlagenen Brandstiftungen im Neuköllner Wohlfahrtsamt, im Rathaus und im Berliner Schloß am 25.2. brach Lubbe am 27.2. kurz nach 21 Uhr ins Reichstagsgebäude ein und konnte mit Kohle-Anzündern so viele Brände legen, daß trotz seiner Festnahme schon um 21.27 Uhr der Plenarsaal nicht mehr zu retten war.

Im Reichstagsbrandprozeß blieb er bei seiner Version der Alleintäterschaft, die die Nationalsozialisten aus antikommunistischen und die Kommunisten aus antifaschistischen Gründen vergeblich zu erschüttern suchten.

Lubbe wurde am 23.12.33 nach der Lex van der Lubbe zum Tod verurteilt und mit dem Fallbeil hingerichtet.<<

An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.

Im Jahre 1946 erklärt Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anlässlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<

28.02.1933

Deutsches Reich: Am 28. Februar 1933 genehmigt Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat).

In dieser völlig ungerechtfertigten "Reichstagsbrandverordnung" zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte heißt es (x058/348): >>Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte verordnet:

§ 1 Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen zu Haussuchungen (Unverletzlichkeit der Wohnung) und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen sind zulässig.

§ 2 Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen. ...<<

Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzt wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprecheheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Mit Hilfe der "Reichstagsbrandverordnung" kann das NS-Regime die Weimarer Republik zwar vermeintlich "legal" liquidieren, aber diese "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" ist nicht durch Artikel 48 gedeckt und deshalb ungesetzlich, weil sie nicht vorübergehend erlassen wird. Die "Reichstagsbrandverordnung" (Abschaffung des demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates bzw. Legalisierung der NS-Diktatur) wird zunächst auf 4 Jahre begrenzt und danach dreimal durch das NS-Regime verlängert, so daß sie schließlich bis zum Zusammenbruch des NS-Staates in Kraft bleibt.

Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängt Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltet bereits indirekt das Parlament aus und übernimmt im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten werden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486): >>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.

Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde.

"Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" (so die Präambel) setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befugnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.

Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. V.a. aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<

Die amtliche Mitteilung des preußischen Pressedienstes vom 28. Februar 1933 über den Reichstagsbrand lautet (x191/58): >>Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland.

Unter den Hunderten von Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses (der KPD) entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster. Hiernach sollen Regierungsgebäude, Museen, Schlösser und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden. ... Der Brand des Reichstages (sollte) das Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg sein.<<

Goebbels berichtet am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" wird am 28. Februar 1933 durch das NS-Regime verboten.

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die SPD-Zeitung "Vorwärts" (x051/614-615): >>Vorwärts (Untertitel: "Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands"), 1891 in Berlin gegründete Zeitung, Herausgeber bis 1900 Wilhelm Liebknecht, dann ein Kollektivgremium; erschien ab 1902 im gleichnamigen Verlag; Auflage 1914: 154.000.

Nach der 1916 erfolgten Spaltung der SPD war Stampfer mit kurzer Unterbrechung 1919 bis 33 Chefredakteur des "Vorwärts". Ab 1.10.22 trug der "Vorwärts" eine Zeitlang den Untertitel: "Zentrales Organ der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", ab 29.6.32 das Emblem der Eisernen Front (drei schwarze Pfeile auf weißem Grund) im Titelkopf. Auflage Ende 1918: 400.000, 1933: 100.000.

Der "Vorwärts" wurde durch die Reichstagsbrandverordnung zunächst auf vier Wochen verboten, dann endgültig unterdrückt. Letzte gedruckte, nicht mehr ausgelieferte Nummer in Preußen: 28.3.33.

Als Exilzeitung der SPD erschien ab 18.6.33 in Prag der "Neue Vorwärts". Chefredakteur war

wieder Stampfer, 1935-40 Curt Geyer zusammen mit Stampfer und Hilferding als führende regelmäßige Mitarbeiter; Auflage 1935: 10.000. Die vom 29.10.33 bis März 38 erscheinende illegale Verbreitung in Deutschland erhielt den Titel: "Sozialistische Aktion". Chefredakteur war Paul Hertz, Auflage 1934/35: 10.000-25.000. Ab 1938 erschien der "Neue Vorwärts" vierzehntägig in Paris, Auflage: ca. 5.000. Nach der deutschen Besetzung mußte er 1940 sein Erscheinen einstellen. Letzte Nummer: 12.5.40.<<

05.03.1933

Deutsches Reich: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhält die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreicht.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschen (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählt die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Joseph Goebbels berichtet am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun flieht bereits am 5. März 1933 ins Exil in die Schweiz.

15.03.1933

Deutsches Reich: Goebbels berichtet am 15. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Ich spreche zum ersten Mal vor der Pressekonferenz. Entwickle die Richtlinien einer neuen, modernen Zeitungspolitik. Auch hier muß gründlich aufgeräumt werden. Viele von denen, die hier sitzen, um öffentliche Meinung zu machen, sind dazu gänzlich ungeeignet. Ich werde sie bald ausmerzen.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Presse" während des NS-Regimes (x051/454-455): >>Presse, im Dritten Reich Herrschaftsmittel und Indoktrinationsinstrument der Staatsführung zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele und Interessen, nicht mehr freier Träger öffentlicher Meinung.

Pressefreiheit wurde als liberalistische Verirrung diffamiert, Journalisten (Schriftleiter-)tätigkeit als Aufgabe im Dienst von Volk und Staat definiert, die Ausübung des Verlegerberufs an Zuverlässigkeit und Eignung im Sinne des Nationalsozialismus geknüpft.

Ziel der nationalsozialistischen Pressepolitik war es, sämtliche publizistische Produkte und ihre Produzenten politisch und möglichst auch ökonomisch in die zentrale Abhängigkeit des Staates zu bringen und so die Öffentlichkeit zu beherrschen. Nach der endgültigen Suspendierung des in der Endphase der Weimarer Republik schon durch Notverordnungen eingeschränkten Grundrechts der Pressefreiheit durch die Reichstagsbrandverordnung und Unterdrückung der Links-Presse wurden Presselenkung und -kontrolle von der Presseabteilung im Propagandaministerium organisiert und koordiniert.

Unter Staatssekretär Funk, 1938 unter dessen Nachfolger O. Dietrich, beide in Personalunion zugleich Pressechefs der Reichsregierung, Dietrich auch Reichspressechef der NSDAP, wurde sie seit 29.5.33 - März 36 von Kurt Jahncke, 1936 - November 38 von Alfred-Ingemar Berndt, dann von Fritzsche und von November 42 an von Erich Fischer geleitet.

Nachrichtenmaterial mußte vom Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) und der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz (NSK) bezogen werden. Mündlich instruiert wurden die großen deutschen Tageszeitungen auf der Berliner Pressekonferenz, Presseanweisungen an die Provinzblätter erfolgten über die Reichspropaganda-Ämter.

Außerdem gab es Zeitschriftenkonferenzen, Kultur- und Wirtschaftspressekonferenzen und

Sonderkonferenzen bei besonderen Anlässen; unverkennbar ist bereits vor dem Krieg die Entwicklung zu einer immer mehr ins Einzelne gehenden Reglementierung. Für die Anweisung von Zeitschriften wurde 1939 der Zeitschriftendienst organisiert. Mit dem 26.8.39 kam die Einführung der militärischen Zensur.

Das Schriftleitergesetz band die leitenden Redakteure an die staatlich verfügte Pressepolitik. Die berufsständische Zwangsorganisation von Journalisten und Verlegern war innerhalb der Reichskulturkammer die Reichspressekammer. Im ökonomischen Bereich wurde schrittweise die Konzentration fast aller Presseverlage in der Hand der NSDAP erreicht.

Entschädigungslos zu Gunsten der Parteipresse enteignet wurden die Presseunternehmungen von SPD, KPD und Gewerkschaften, die bürgerlichen aber anfangs noch in gewissem Umfang toleriert, da die von radikalen Parteigruppen geforderte sofortige Ablösung durch die Parteipresse noch nicht zu leisten war und außen- wie innenpolitische Rücksichten, z.B. auf die deutsch-nationalen Interessen, mitspielten. Es folgten die Sanierung und Reorganisation der Parteipresse und 1935 die Errichtung der Reichspresseschule in Berlin zur Ausbildung des journalistischen Nachwuchses.

Mittel zur systematischen Liquidierung noch konkurrierender Privatverlage der katholischen Presse und der Provinzpresse sowie der Konzerne der Generalanzeiger-Presse wie Huck, Girardet und Leonhardt waren dann die Amann-Verordnungen vom 24.4.35. Sie ermöglichten Zwangsschließungen und kaschierten Aufkäufe über scheinbar neutrale Holding- und Finanzierungsgesellschaften, die Amanns Stabsleiter R. Rienhardt und M. Winkler organisierten. Nur Teile des Hugenberg-Konzerns blieben bis 1944 bestehen.

Drei teils politische, teils kriegsbedingte Zeitungsstillegungsaktionen (Mai 41, Februar/April 43, Juli/August 44) reduzierten schließlich den Anteil privateigener Zeitungen an der Reichsaufgabe Oktober 44 auf 17,5 %. Auch die wenigen Wochenzeitungen und Illustrierten, die es 1944 noch gab, befanden sich sämtlich in Parteibesitz. Die Zeitschriften wurden bis auf einen geringen Rest eliminiert (Oktober 44 auf 10 % des Bestands von 1939).

Schwächen der Presselenkung waren begründet im charakteristischen Strukturprinzip des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Funktionen bis zur Unüberschaubarkeit aufzusplittern und auf allen Ebenen die Personalunion von Partei- und Staatsfunktionären herzustellen. Die Folge waren Kompetenzüberschneidungen und Rivalitäten, so v.a. zwischen Goebbels, Amann und Dietrich oder zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt. Im Wesentlichen aber wurde das Ziel einer gleichgeschalteten Öffentlichkeit ungeachtet des Widerstands kleiner Gruppen auf dem Pressesektor erreicht.

Das Ergebnis war eine schon früh von Goebbels selbst beklagte Uniformität der Presse in Aussage und Aufmachung, die vor 1939 zur Leserflucht aus den reglementierten Presseorganen führte; erst das erhöhte Informationsbedürfnis im Krieg ergab wieder Auflagensteigerungen.

Um einzelne Bevölkerungsgruppen und das Ausland zu gewinnen, wurde deshalb in streng fixierten Grenzen offiziell zum Zweck der Manipulation ein gewisser "Meinungspluralismus" geduldet. Differenziertere Äußerungsweisen der Presse zu aktuellen Fragen und politischen Situationen sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Ein Spiel mit verteilten Rollen wurde inszeniert, in dem noch verbliebene bürgerliche Presseorgane wie die "Frankfurter Zeitung" oder nationalsozialistische Neugründungen wie "Das Reich" ebenso eingeplant waren wie "Der Stürmer" und "Das Schwarze Korps".<<

17.03.1933

Deutsches Reich: Hitler läßt am 17. März 1933 zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen.

Es handelt sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Leibstandarte-SS Adolf Hitler" (x051/349): >>Leibstandarte-SS Adolf Hitler (LAH), am 17.3.33 aus 120 Mann der ehemaligen Münchener Leibwache Hitlers gebildete bewaffnete SS-Truppe, zunächst unter der Bezeichnung SS-Stabswache Berlin, dann Wachbataillon Berlin und ab September 33 Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", kaserniert in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde.

In erster Linie für den persönlichen Schutz Hitlers zuständig, übernahm die LAH unter ihrem Kommandeur Josef ("Sepp") Dietrich (bis Juli 43) auch Sicherungsaufgaben und diente als Repräsentationsgarde des Dritten Reiches (u.a. Innendienst in der Reichskanzlei). Sie wurde am 9.11.33 auf Hitler persönlich vereidigt und so gegen die Verfassungsbestimmungen Privatarmee des Reichskanzlers.

Mit Unterstützung der Reichswehr übernahm sie in der Röh-Affäre die Hauptaufgaben bei der Verhaftung und Liquidierung der SA-Führer in Bayern und Berlin. Ihr "Erfolg" bei dieser polizeistaatlichen Aktion führte zum Zusammenschluß mit den Politischen Bereitschaften zur SS-Verfügungstruppe, in deren Rahmen die LAH bis 1938 auf die Stärke eines motorisierten Infanterieregiments gebracht wurde.

Nach dem Polenfeldzug in die Waffen-SS eingegliedert, wurde die LAH 1940 Brigade und 1941 Division (9.9.42 SS-Panzer Grenadierdivision, Februar 44 1. SS-Panzerdivision). Sie galt in der Waffen-SS als Elitetruppe und machte durch oft überharte Kampfführung auf allen Kriegsschauplätzen von sich reden. Ihr Ende kam im April 45 in Österreich.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Joseph Dietrich (x051/127-128): >>Dietrich, Joseph ("Sepp"), geboren in Hawangen (Oberbayern) 28.5.1892, gestorben in Ludwigsburg 24.4.1966, deutscher SS-Obergruppenführer (1.8.44); Fleischerlehrling, 1911 Eintritt ins bayerische Heer, im 1. Weltkrieg Feldwebel, danach Wachtmeister im Polizeidienst.

Dietrich, der 1923 zur SA stieß, wurde nach dem Hitlerputsch entlassen, übernahm Gelegenheitsarbeiten und trat 1928 der NSDAP bei. Nach dem überraschend hohen Wahlerfolg vom 14.9.30 kam er für Niederbayern in den Reichstag, wurde 1931 SS-Brigadeführer und stellte am 17.3.33 die SS-Stabswache Berlin auf, Kern der im September 33 etablierten Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" (LAH), deren Kommandeur Dietrich bis Juli 43 blieb. Für seine Verdienste um die "Bereinigung" der Röh-Affäre, als er in München die Erschießung hoher SA-Führer leitete, wurde er zum SS-Obergruppenführer befördert. Hitler sprach anerkennend von seiner "Mischung von Schlaueit und von Rücksichtslosigkeit und Härte".

Mit seiner LAH zog Dietrich im Rahmen der Waffen-SS in den Krieg, konnte aber seine militärischen Führungsmängel nur unvollkommen durch mitreißende Popularität ausgleichen. Als Kommandierender General des I. SS-Panzerkorps (27.7.43 - 24.10.44) erhielt er die Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern. Als Oberbefehlshaber der 6. SS-Panzerarmee (Oktober 44 - Kriegsende) trug Dietrich Mitverantwortung für das Massaker an US-Kriegsgefangenen während der Ardennenoffensive und wurde dafür im Malmedy-Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt.

Verfahrensmängel führten zur Herabsetzung des Strafmaßes auf 25 Jahre 1950 und zur Begnadigung am 22.10.55. Am 14.5.57 erneut zu 18 Monaten Haft wegen Totschlags während der Röh-Affäre verurteilt, kam Dietrich im Februar 59 endgültig frei.<<

18.03.1933

Deutsches Reich: Goebbels erläutert am 18. März 1933 die künftigen Aufgaben der Presse (x239/56): >>Meine Herren!

Sie werden auch einen Idealzustand darin sehen, daß die Presse so fein organisiert ist, daß sie in der Hand der Regierung sozusagen ein Klavier ist, auf dem die Regierung spielen kann, daß sie ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument ist, dessen

sich die Regierung bedienen kann. ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Presseanweisungen" des NS-Regimes (x051/455): >>Presseanweisungen, verbindliche, streng vertrauliche, staatliche Direktiven und Sprachregelungen, die der deutschen Tagespresse für die Aufnahme, Gestaltung und Platzierung von Nachrichten und Kommentaren ab Juli 33 täglich auf der Berliner Pressekonferenz von der Presseabteilung des Propagandaministeriums übermittelt wurden.

Sie stellten die Zusammenfassung der in Vorkonferenzen ermittelten sachlichen und politischen Forderungen betroffener Behördenstellen dar. Anweisungen an Provinzpresse und Zeitschriften erfolgten fernschriftlich über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter), für Zeitschriften auch auf Reichszeitungskonferenzen und ab 9.5.39 durch den Zeitschriftendienst. Unbedingt zu übernehmende Themen wurden hier doppelt umrandet, zu übernehmende Texte erhielten das Kennwort "Ausrichtung".

Anstelle der Einzelanweisungen wurde ab November 40 für die Tagespresse die "Tagesparole des Reichspressechefs" diktiert und durch mündliche Informationen und weitere Sprachregelungen ergänzt.<<

20.03.1933

Deutsches Reich: Am 20. März 1933 läßt Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.

21.03.1933

Deutsches Reich: Am 21. März 1933, 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Reichstages des "Zweiten Deutschen Reiches" im Jahre 1871, eröffnet das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Deutschen Reiches".



Abb. 65 (x296/129): Hitler begrüßt Hindenburg am 21.03.1933 bei einem Staatsakt in Potsdam.

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterten Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt erst am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das

New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

23.03.1933

Deutsches Reich: Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legt Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen kann, läßt Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), läßt Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmen die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt ist und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchert und massiv bedroht.

Vor dem Berliner Reichstag schreien am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76):
>>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Hitler erklärt am 23. März 1933 bei der Vorlage des Ermächtigungsgesetzes im Deutschen Reichstag (x243/44): >>... Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen, ... wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln. ...

Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag ... aufzuheben; ... sie behält sich vor, ... wenn zweckmäßig, seine Zustimmung einzuholen. ...

Weder die Existenz des Reichstages noch des Reichsrates soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt. ... Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert.

Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz Zuflucht zu nehmen, an sich eine begrenzte. Um so mehr besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. ...

Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ... Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen.

Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg. ...<<

Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels ist zwar kein mitreißender Redner und unerschrockener Kämpfer, wie es z.B. die Politiker Rathenau und Stresemann waren, aber er hält am 23. März 1933 trotz der massiven persönlichen Bedrohung die letzte "freie Rede" im Deutschen Reichstag (x105/214-215): >>Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat,

wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt.

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als 2 Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist

(Lachen bei den Nationalsozialisten)

und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. ...

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrung nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. ...

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten - Lachen bei den Nationalsozialisten).<<

Im Verlauf dieser Rede unterbricht "Reichskanzler" Hitler mehrfach die Rede des SPD-Politikers und schreit drohend (x059/75): >>Ich brauche Ihre Stimme nicht. Deutschland wird frei sein, aber nicht durch Sie. ... Deutschlands Stern ist im Aufsteigen, der Ihre im Untergehen. Ihre Stunde hat geschlagen! ...<<

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnen, stimmt das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöst, zu. Am 23. März 1933 wird das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gibt es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.

Die gesetzlosen NS-Terroristen beenden ihren erfolgreichen Staatsstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102):

>>Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen,

SA marschiert mit ruhig festem Schritt.

Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen,

Marschier'n im Geist in unsern Reihen mit. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Horst-Wessel-Lied" (x051/271): >>Horst-Wessel-Lied, von Goebbels geprägte Bezeichnung für die Verse des SA-Sturmführers Wessel, die "Der Angriff" am 23.9.29 veröffentlichte: "Die Fahne hoch ...".

Der Text wurde nach dem Tod des zum Märtyrer stilisierten Autors (23.2.30) zum offiziellen Parteilied der NSDAP und umrahmte - oft im Arrangement des Komponisten Hermann Blume: "Kamerad Horst Wessel" - Feierstunden und Parteitage.

Als Melodie hatte schon Wessel ein altes Matrosenlied herangezogen: "Zum letzten Mal wird zum Appell geblasen ..."

Nach 1933 wurde das Horst-Wessel-Lied zur zweiten Nationalhymne des Deutschen Reiches, die regelmäßig nach dem Deutschlandlied erklang. In der nationalsozialistischen Musiktheorie hieß es von dem dröhnenden Marsch-Gesang, das Horst-Wessel-Lied sei ein "aus dem Herzen der Nation geborenes Bekenntnislied".<<

Der NS-Staatsstreich

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentrationslagern etc.).

In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft.

Die meisten Deutschen wollten jedoch lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhält von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Der britische Botschafter Horace Rumbold (1869-1941) schreibt später an Außenminister John Simon über den NS-Staatsstreich (x092/866): >>Die Revolution hat sich im ganzen milde vollzogen. Obwohl zweifellos viele Menschen ermordet, eingekerkert oder mißhandelt wurden und Deutschlands guter Namen im Ausland ernsthaft gelitten hat, so hätte der Übergang doch blutiger sein können.

Die meisten Revolutionen sind von einer Terrorherrschaft begleitet, besonders wenn ein großer Teil des Volkes den Versuch unternimmt, auf seinem Kurs zu verharren. Im gegenwärtigen Fall bestand eine derartige Opposition nicht, und die Revolution hätte sich ganz friedlich und ohne alles Blutvergießen vollziehen können, wenn ihre Urheber entsprechend gesonnen gewesen wären. Dies war, wie wir wissen nicht der Fall.

Desungeachtet muß zugebilligt werden, wenn wir uns die Drohungen der Nationalsozialisten vor ein oder zwei Jahren ins Gedächtnis zurückrufen, daß die Opposition verhältnismäßig glimpflich davongekommen ist. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Ermächtigungsgesetz" (x051/157-158):
>>Ermächtigungsgesetz, am 23.3.33 unter der Bezeichnung "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom Reichstag mit 444 gegen 94 Stimmen beschlossenes und tags darauf in Kraft getretenes Reichsgesetz.

Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte nur die SPD. Es gab der Reichsregierung das Recht, Gesetze, inklusive Haushaltsgesetze, zu beschließen (Art. 1). Sie konnten von der Weimarer Verfassung abweichen (Art. 2) und statt vom Reichspräsidenten vom Reichskanzler ausgefertigt werden (Art. 3). Verträge des Reiches mit anderen Staaten bedurften nicht mehr der Ratifizierung durch das Parlament (Art. 4).

Das zunächst bis zum 1.4.37 befristete, 1937 (bis 1.4.41) und 1939 (bis 10.5.43) durch Beschluß des Reichstages, 1943 durch Führererlaß auf unbestimmte Zeit verlängerte Ermächtigungsgesetz setzte grundlegende Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates außer Kraft (Gesetzgebungsrecht des Parlaments, Gebot der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen) und schränkte die Rechte des Reichspräsidenten ein. Zusätzlich mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33 bildete es die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und legalisierte diese.

Zwar wurde das Ermächtigungsgesetz mit der vorgeschriebenen 2/3-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Reichstagsabgeordneten verabschiedet, in Wirklichkeit aber war nicht nur sein Inhalt, sondern auch das Zustandekommen verfassungswidrig:

Schon die Wahlen (5.3.) zum Reichstag waren nur noch bedingt frei,

Verhaftungen und andere Schikanen hielten zudem alle 81 KPD- und 26 der 120 SPD-Abgeordneten von der Sitzung am 23.3. fern,

bewaffnete SA- und SS-Wachen waren zur Einschüchterung potentieller Gegner des Ermächtigungsgesetzes im Saal aufgezogen.

So lehnte nur die SPD das Ermächtigungsgesetz ab, während das Zentrum (73 Sitze) erst nach langem Zögern zustimmte, nachdem Hitler (mündlich) Zusagen hinsichtlich einer nur beschränkten Anwendung des Ermächtigungsgesetzes (u.a. Sicherung der Rechte von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident sowie der Kirchen) gemacht hatte, die er aber nie einlöste.<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schreibt später über den Terror des NS-Regimes im März 1933 (x129/35-36): >>Das Wahlergebnis vom 5. März bildete den Ausgangspunkt für die binnen einer Woche durchgeführte Gleichschaltung derjenigen Länder, die bisher noch nicht unter nationalsozialistischer Führung standen.

Die Ausschaltung des föderativen Gegengewichts gegen die in Berlin etablierte Hitler-Regierung war indessen auf dem Ordnungswege allein, selbst unter Bezug auf die Reichstagsbrand-Verordnung, schwerlich in Kürze zu erreichen. Hier zum erstenmal bedurfte es in entscheidendem Maße des Druckes der nationalsozialistischen Bewegung von unten.

Damit aber kam im März 1933 rasch eine terroristisch-revolutionäre Bewegung in Gang, die bald auf der ganzen Linie die der NSDAP durch die Regierungsbildung vom 30. Januar noch gezogene Machtgrenze durchbrach und die Entwicklung zur nationalsozialistischen Alleinherrschaft zunächst auf der Straße weitgehend usurpierte, ehe diese dann auch formell legalisiert wurde.

Unterstützt durch die ihnen nun auch außerhalb Preußens zugewiesenen hilfspolizeilichen Befugnisse, besetzten SA- und SS-Kommandos Rathäuser, Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftsbüros, Konsumgenossenschaften, aber auch Finanzämter, Banken und Gerichte u.a.m., beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände und erzwangen die Absetzung oder Festnahme "unzuverlässiger" oder jüdischer Amtspersonen. Unter dem Druck des öffentlichen Um-

schwungs, des Straßenterrors und der ultimativen Forderungen der nationalsozialistischen Verbände setzte in nahezu allen Behörden eine Welle von Zwangsbeurlaubungen und kommissarischen Neubesetzungen ein.

War der durch die Reichstagsbrand-Verordnung geschaffene Ausnahmezustand zunächst vor allem in Preußen fühlbar geworden, wo SA- und SS-Hilfspolizei schon in der Woche vor der Reichstagswahl vielfach auf eigene Faust Jagd auf Kommunisten und andere Gegner gemacht hatte und zahlreiche weitere Personalveränderungen vor allem in leitenden Positionen der Polizei erzwungen worden waren, so kam es jetzt überall zu ähnlichen Erscheinungen. Die Personalunion zwischen der Führung der lokalen Kampfverbände der NSDAP und der Führung der staatlichen Polizei pervertierte die "Ordnungsaufgabe" der Polizeigewalt mehr und mehr zum terroristischen Instrument der Partei.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtet später über Hitlers "Nationale Revolution" (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.

Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.

Man sagt oft, die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarzweiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.

Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag (die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert) das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...

Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte.

Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete phy-

sische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.

Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Errichtung der NS-Diktatur (x057/231-232): >>Die eigentliche "nationale Revolution" begann erst nach den Reichstagswahlen vom März 1933. Sie brachte der Koalition eine knappe Mehrheit von 52 Prozent. Nach einem Staatsakt in Potsdam folgte das Ermächtigungsgesetz. Mit großer Mehrheit (444 gegen 94 Stimmen der SPD – die KPD war nach dem Reichstagsbrand ausgeschaltet -) erteilte der Reichstag dem Reichskanzler die Vollmacht, Gesetze auch ohne Reichstag und Reichspräsidenten zu erlassen. ...

Nun begann schlagartig der Aufbau der Diktatur, begleitet von Verboten, Verfolgungen und Auflösungen (Judenboykott, Auflösungen der Gewerkschaften und Parteien). Darauf folgte das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und das Reichsstatthaltergesetz.

Damit war ein Einheitsstaat geschaffen, nachdem später auch die Landtage und der Reichsrat aufgelöst wurden. Das "Führerprinzip" des "Führers und Reichskanzlers", wie nunmehr der offizielle Titel lautete, war somit von der Partei auf den staatlichen Sektor übertragen worden (Einheit von Staat und Partei). Die NSDAP blieb als einzige Partei bestehen und sollte mit ihren zahlreichen Gliederungen, die schließlich alle Berufe und Gruppen des deutschen Volkes umfaßte, die "den Staat tragende Säule" bilden.

Eine Geheime Staatspolizei (Gestapo) und ein Sicherheitsdienst der Partei (SD) sollten die Sicherheit des Staates garantieren. Es begann im Laufe der Jahre eine Welle von Verhaftungen und Verfolgungen und Überwachung Andersdenkender mit den berüchtigten Konzentrationslagern (KZ) bis zu der grauensvollen Vernichtung der Juden, die seit den "Nürnberger Gesetzen" unter Ausnahmerecht gestellt waren. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Errichtung der totalitären NS-Diktatur (x051/-368): >>(Machtergreifung) ... Der 30.1.33, von der NSDAP als "nationale Erhebung" und Beginn der "nationalsozialistischen Revolution" gefeiert, war in Wirklichkeit erst der Anfang der Machtergreifung: In den folgenden Monaten wurde in Deutschland die Demokratie endgültig beseitigt und in mehreren Etappen eine totalitäre Diktatur errichtet:

1. Schon im Februar begann unter Leitung Görings und mit Hilfe von SA und SS (ab 11.2. in Preußen "Hilfspolizei") die Ersetzung demokratischer durch nationalsozialistische Beamte, abgesichert durch das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.

2. Der Reichstagsbrand am 27.2. lieferte den Vorwand zum Verbot der kommunistischen und z.T. auch der sozialdemokratischen Presse und für die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2., die wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Tatsächliche und angebliche Gegner des Nationalsozialismus wurden in "Schutzhaft" genommen. Dies und die gleichzeitige Errichtung der ersten KZ sowie der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4. markierten den Beginn des nationalsozialistischen Terrorsystems.

3. Schon am 1.2. war, aufgrund einer Vereinbarung bei Bildung der Regierung Hitler, der Reichstag aufgelöst worden. Obwohl der folgende Wahlkampf die Grundsätze einer freien Wahl verletzte (KPD faktisch verboten, Wahlwerbung insbesondere der SPD erheblich eingeschränkt), gewann die NSDAP "nur" 288 Sitze (von 647) und 43,9 %, so daß es zur absoluten Mehrheit nur zusätzlich mit der DNVP (52 Sitze) reichte. Am "Tag von Potsdam" am 21.3. wurde der neue Reichstag im Beisein des Reichspräsidenten feierlich und mit großem Pomp, der die Verbindung des alten (preußisch-monarchischen) mit dem neuen (nationalsozialistischen) Deutschland symbolisieren sollte, in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet.

4. Mit der Einsetzung von nationalsozialistischen Reichskommissaren als Leiter der Exekutive in den Ländern zwischen 5. und 10.3. begann deren Gleichschaltung. Das Deutsche Reich

wurde Einheitsstaat.

5. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3. beseitigte endgültig den Rechtsstaat.

6. Am 2.5. wurden die Gewerkschaften verboten, am 10.5. Arbeitnehmer und -geber in der Deutschen Arbeitsfront zwangsvereinigt.

7. Im Juni und Juli 33 wurden die noch bestehenden Parteien verboten oder lösten sich unter nationalsozialistischem Druck auf; die Neubildung von Parteien verbot das Gesetz vom 14.7. Das Deutsche Reich war ein Einparteienstaat geworden, durch Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" am 1.12.33 legalisiert.

8. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. und das Schriftleitergesetz vom 4.10. leiteten die kulturelle Gleichschaltung ein.

9. Schon vorher war auch die Reichsregierung faktisch gleichgeschaltet worden: Die nicht der NSDAP angehörenden Minister waren ausgeschieden und durch Nationalsozialisten ersetzt worden, als neues Ministerium kam das Propagandaministerium hinzu.

10. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der SA ließ Hitler zwischen 30.6. und 2.7.34 Röhm und weitere SA-Führer sowie andere Mißliebige ermorden und schaltete so die SA als selbständigen Machtfaktor aus (Röhm-Affäre). An ihrer Stelle wurde die SS zur wichtigsten Stütze des Regimes.

10. Nach dem Tod Hindenburgs am 2.8.34 wurden noch am gleichen Tag per Gesetz die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers als dem "Führer und Reichskanzler" vereinigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur war abgeschlossen.<<

Das NS-Regime und die katholische Kirche

März 1933

NS-Regime: Hitler erläutert im März 1933 das Zusammenleben zwischen Kirche und der "NS-Regierung" (x149/82): >>... Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat. Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens.<<

NS-Kirchenpolitik

Viele Pfarrer glaubten zunächst fest daran, daß Hitler die Kirchen unterstützen würde, denn der Nationalsozialismus war schließlich der Todfeind der christen- und religionsfeindlichen Kommunisten. Beide großen Kirchen schätzten den Nationalsozialismus deshalb zunächst als Bollwerk gegen den gottlosen Kommunismus.

Hitler, der sich in den ersten Wochen nach der "Machtergreifung" betont christlich gab, versicherte zwar, daß er das "positive, lebensbejahende Christentum" fördern wollte, aber im totalitären NS-Staat hatten unabhängige Kirchen zwangsläufig keinen Platz. Die Grundlehren des Christentums und die antichristlichen Absichten des NS-Regimes (Schaffung eines "germanischen Neuheidentums") waren unvereinbar.

Hitlers Absichtserklärungen dienten nur der Verschleierung, denn die NS-Kirchenpolitik kannte nur ein Ziel: Zerstörung der Verankerung der Kirchen im Volk, um das Volk von den hemmenden Fesseln der christlichen Moral zu entwöhnen ("das christliche Kreuz sollte dem Hakenkreuz weichen"). Nicht umsonst wurden in der HJ-Ausbildung antichristlichen Erziehungsmaßnahmen großgeschrieben (Reinigung des Liedgutes etc.), denn der NS-Staat beabsichtigte, die kirchliche Jugenderziehung systematisch auszuschalten.

Da Hitler den unberechenbaren Widerstand der Kirchengemeinden bzw. die mächtigen Kirchenorganisationen fürchtete, wagt er es jedoch nie, die Kirchen aufzulösen und erteilte bis zum Schluß auch keine offiziellen Kampfansagen an die Kirchen.

NS-Reichsleiter Martin Bormann (1900-1945) verkündet später in einem Geheimerlaß das Ziel der NS-Kirchenpolitik (x256/126): >>Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar. Die christlichen Kirchen bauen auf der Unwissenheit der Menschen auf und sind bemüht, die Unwissenheit möglichst weiter Teile der Bevölkerung zu erhalten; denn nur so können die christlichen Kirchen ihre Macht bewahren. Demgegenüber beruht der Nationalsozialismus auf wissenschaftlichen Fundamenten. ...

Wenn unsere Jugend einmal von diesem Christentum, dessen Lehren weit unter den unseren stehen, nichts mehr erfährt, wird das Christentum von selbst verschwinden. ... Ebenso wie die schädlichen Einflüsse der Astrologen, Wahrsager und sonstigen Schwindler ausgeschaltet und durch den Staat unterdrückt werden, muß auch die Einflußmöglichkeit der Kirchen restlos beseitigt werden.<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über das Verhältnis zwischen der römisch-katholischen Kirche und der NSDAP im März 1933 (x1.001/7-8): >>... "Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. ...

Ganz deutsch und ganz katholisch, in diesem Sinne will sie die Beziehungen und Begegnungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus prüfen, fördern und die Wege zu einem fruchtbaren Zusammenwirken zeigen, wie es sich in der grundlegenden Tatsache des Reichskonkordates abzeichnet. ... Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wichtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. ...

Der Nationalsozialismus stellt die Idee des aus Blut und Boden, Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volkes in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung. ... Ein vorläufiges allgemeines Ja auf die Frage muß jeder Katholik geben, der sich an die Weisung der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten deutschen Bischöfe vom 28. März 1933 hält. ...

Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung ... (Michael Schmaus, 1897-1993, "Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung" ... 1933)." ...<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über die Rolle des Jesuitenordens nach dem Ersten Weltkrieg (x1.001/95-108): >>... **Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg**

Die bitteren Früchte ihrer verbrecherischen Politik ernteten die Söhne Loyolas 1919. Frankreich hatte sich der "völligen Ausblutung" nicht ergeben. Das apostolische (vom Papst beauftragte) Reich der Habsburger, die von ihnen ermutigt worden waren, "die Serben zu bestrafen", war zerfallen und hatte so die orthodoxen Slawen vom Joch Roms befreit. Rußland war, statt in die römische Gemeinde zurückzukehren, marxistisch, kirchenfeindlich und offiziell atheistisch geworden. Und das unbesiegbare Deutschland, es versank im Chaos.

Eine Sünde aber zu bekennen, würde der stolzen Natur der Kompanie nie in den Sinn kommen. Als Benedikt XV. 1922 starb, war sie bereit, auf neuer Basis neu zu beginnen. War sie nicht in Rom allmächtig?

Lesen wir Pierre Dominique: "Der neue Papst Pius XI. (1857-1939), der, wie einige sagen, Jesuit sei, versucht, die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Er bittet den Jesuitenpater d'Herbigny (1880-1957), nach Rußland zu gehen, in dem Versuch, alles zu sammeln, was vom Katholizismus übriggeblieben sei und vor allem zu schauen, was getan werden könne. Eine vage und große Hoffnung: die verfolgte orthodoxe Welt um den Pontifex zu sammeln.

In Rom gibt es neununddreißig kirchliche Hochschulen, deren Gründung die Zeitpunkte gro-

ber Gegenangriffe markiert; die meisten dieser Gegenangriffe waren in ihrer Wirkungsweise und Ausrichtung jesuitisch: Deutsch-Ungarisches Kolleg (1552), Englisch (1578), Irisches (1628, wiedergegründet 1826), Schottisches (1600), Nordamerikanisches (1859), Kanadisches (1888), Äthiopisches (1919, wiedereingerichtet 1930).

Pius XI. begründet das Russische Kolleg (päpstliches russisches Kolleg zur Hl. Theresia vom Jesuskind) und gibt es unter die Obhut der Jesuiten. Diese betreuen außerdem noch das Orientalische Institut, das Johannes-Damascenus-Institut, das Polnische und später das Litauische Kolleg. Sind dies Erinnerungen an Pater Possevin, Iwan den Schrecklichen und den falschen Dimitri? Das zweite der drei großen Ziele aus der Zeit des Ignatius rückt vor auf Platz eins. Einmal mehr sind die inspirierenden Agenten und Darsteller jenes großen Unternehmens die Jesuiten."

In ihrer gerade erlittenen Niederlage wird für die Söhne Loyolas der Ansatz eines Hoffnungs-schimmers erkennbar. Hatte nicht die Russische Revolution durch die Beseitigung des Zaren, des Beschützers der orthodoxen Kirche, dem großen Rivalen den Kopf abgehauen und der römischen Kirche geholfen, einzudringen? Man soll das Eisen schmieden solange es heiß ist! Das berühmte "Russicum" wird gegründet und die frohe Botschaft von seinen heimlichen Missionaren in dieses schismatische Land gebracht.

Ein Jahrhundert nach ihrer Ausweisung durch Zar Alexander den Ersten (1777-1825) werden sich die Jesuiten erneut an die Eroberung der slawischen Welt machen. Ihr General war seit 1915 Halke von Ledochowski (1868-1942).

Und wieder Pierre Dominique: "Mancher mag sagen, ich sehe überall Jesuiten! Aber ich fühle mich gedrungen, ihre Anwesenheit und Aktivitäten zu betonen; zu sagen, daß sie hinter der Monarchie Alfons des XIII. König von Spanien, 1886-1941) standen, dessen Beichtvater Pater López war; daß, als die spanische Monarchie beendet und ihre Klöster und Kollegien niedergebrannt wurden, sie wiederum hinter Gil Robles Quinones (spanischer Politiker, 1898-1980) zu finden waren, später, als es zum Bürgerkrieg kam, hinter Franco. In Portugal unterstützten sie Salazar (António Oliveira Salazar; Politiker, 1889-1976) ...

In Österreich und Ungarn Kaiser Karl, der dreimal abgesetzt wurde (Welche Rolle haben sie gespielt bei jenen Versuchen, die ungarische Krone wiederzuerlangen? Wer weiß!) ...

Dollfuß (Engelbert Dollfuß; österreichischer Politiker, 1892-1934) und Schuschnigg (Kurt von Schuschnigg; österreichischer Politiker, 1897-1977) kommen aus ihren Reihen. Eine Zeitlang träumt man von einem Großdeutschland mit katholischer Mehrheit, zu dem notwendigerweise auch die Österreicher gehören würden: eine moderne Version der alten Allianz des 16. Jahrhunderts zwischen den Wittelsbachern und Habsburgern.

In Italien unterstützen sie zunächst Don Sturzo (Luigi Sturzo; katholischer Theologe und italienischer Politiker, 1871-1959), den Gründer der Volkspartei (der 1926 aufgelöst, ein klassenübergreifendes Reformprogramm auf der Basis der katholischen Soziallehre vertretenden italienischen Volkspartei Partito Popolare Italiano), dann Mussolini. ... Der Jesuitenpater Tacchi Venturi (1861-1956), Generalsekretär (oberster Geschäftsführer) der Kompanie, fungierte als Mittelsmann zwischen Pius XI., dessen Beichtväter die Patres Alissardi und Celebrano (Jesuiten) sind, und Mussolini.

Im Februar 1929, um die Zeit des Lateranvertrages (Abschluß der dreiteiligen Übereinkunft der nach ihrem Abschlußort, dem ehemaligen römischen Papstpalast Lateran, benannten Lateranverträge zum Zwecke der Lösung des Konflikts zwischen Kurie und italienischer Regierung), wird Mussolini vom Papst als "der Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", bezeichnet. Rom verurteilt, was gemeinhin der "Überfall auf Äthiopien" genannt wird, nicht und Mussolinis aufrichtiger Freund ist der Vatikan auch 1940 noch.

In ihm haben die Jesuiten ihren geheimen Aufenthaltsort. Von dort aus inspizieren sie die allumfassende Kirche mit dem kalten und berechnenden Auge des Politikers."

Das ist die perfekte Zusammenfassung der Jesuitentätigkeit zwischen den zwei Weltkriegen. Der "geheime Aufenthaltsort" der Söhne Loyolas ist das politische Gehirn des Vatikans. Die Beichtväter Pius' XI. sind Jesuiten; jene seines Nachfolgers, Pius des XII., werden ebenfalls Jesuiten sein und in nicht geringem Maße Deutsche. Egal ob so die Verschwörung offensichtlich wird: alles ist, wie es scheint, bereit zur Revanche.

Unter dem Pontifikat Pius' XI. aber läuft die Phase der Vorbereitung. Noch liegt das Schwert des besiegt wordenen deutschen "weltlichen Arms" am Boden. Darauf wartend, es wieder aufzunehmen, wird in Europa der seiner künftigen Großtaten würdige Boden bereitet und vor allem das bedrohliche Emporkommen der Demokratie zum Stillstand gebracht.

Erstes Betätigungsfeld wird Italien sein. Dort gibt es einen lautstarken Sozialistenführer, der Veteranen um sich schart. Dieser Mann verkündet eine offensichtlich kompromißlose Lehre, ist aber soweit ambitioniert und Herr der Lage, sich trotz seiner maßlosen Großtuerei seiner gefährvollen Position bewußt zu werden. In Kürze wird er sich von der jesuitischen Diplomatie gewinnen lassen.

François Charles-Roux (1909-1999) vom Institut, der damals unser (d.h. französischer) Botschafter beim Vatikan war, sagt: "Zu der Zeit, als der spätere Duce noch ein einfacher Abgeordneter war, hatte Staatssekretär Kardinal Gasparri eine geheime Unterredung mit ihm. ... Der Faschistenführer hatte sich unverzüglich damit eins gemacht, daß der Papst über einen Teil Roms eine weltliche Herrschaft ausüben solle. ..."

Mir von jener Unterredung berichtend, folgerte Kardinal Gasparri: "Mit dieser Zusage war mir klar - käme dieser Mann an die Macht, so wäre der Erfolg unser."

Von dem Bericht über die Verhandlungen zwischen den Geheimagenten Pius' XI. und Mussolini ganz zu schweigen. ..."

Besagte Geheimagenten - deren wichtigster der Jesuitenpater Tacchi Venturi - erfüllten ihre Mission außerordentlich gut. Dies verwundert nicht, wenn man weiß, daß er der Sekretär der Societas Jesu und zur gleichen Zeit Mussolinis Beichtvater war. In diese "Liebedienerei" des Faschistenführers wurde er letztlich vom General seines Ordens, Halke von Ledochowski, "hineingeleitet", wie uns Gaston Gaillard berichtet.

"Die im Jahre 1921 im Zeichen des nationalen Blocks gewählte Kammer sollte dann am 16. November 1922 mit dreihundertsechs gegen hundertsechzehn Stimmen Mussolini ihr Vertrauen aussprechen, und man erlebte bei dieser Sitzung, daß die Fraktion der katholischen Volkspartei (von Don Sturzo), die sich als christliche Demokratie ausgab, einstimmig für die erste faschistische Regierung stimmte."

Zehn Jahre später führte das gleiche Manöver zu einem ähnlichen Ergebnis in Deutschland. Die massive Stimmabgabe der katholischen Zentrumspartei von Monsignore Kaas (Ludwig Kaas, 1881-1952) sorgte für die Sicherstellung der Diktatur des Nationalsozialismus.

Im Grunde war Italien 1922 Versuchsfeld für die neue Formel des autoritären Konservatismus (autoritären, am Hergebrachten Festhaltenden, das sich nur ungern auf Neuerungen einläßt): bei Bedarf mit einem Schuß Pseudsozialismus verfeinerter Faschismus (nach dem Führerprinzip organisierter, nationalistischer, antidemokratischer, rechtsradikaler Regierungsstil) - je nach örtlicher Gegebenheit. Ab sofort richteten sich sämtliche Anstrengungen der Vatikanjesuiten auf die europaweite Verbreitung dieser neuen in ihrer Zweideutigkeit jesuitentypischen "Lehre".

Noch heute sind aus Sicht der italienischen Christdemokraten weder der Zusammenbruch des Mussoliniregimes, noch die Niederlage, noch die Ruinen hinreichend genug, den ihrem Lande vom Vatikan aufgezwungenen größtenwahnsinnigen Diktator in Zweifel zu ziehen. Allein äußerlich verstoßen, bleibt in den Herzen der Geistlichen sein Ansehen unbeschadet. Folgendes konnte man in der Presse lesen:

"Wir haben uns entschieden: zu den Olympischen Spielen 1960 nach Rom kommende Besu-

cher werden erleben können, wie der von Benito Mussolini zu seinen eigenen Ehren errichtete marmorne Obelisk vom Tiberufer aus das Olympiastadion dominiert. Dieses dreiunddreißig Meter hohe Denkmal trägt die Inschrift "Mussolini Dux" und wird geschmückt von - den Faschismus lobpreisenden - Mosaiken. Mehr als einhundertmal wird der Satz "Hoch lebe der Duce!" wiederholt und ebenfalls mehrere Male die Losung "Viel Feind, viel Ehr!"

Das Monument hat auf jeder Seite Marmorblöcke, die der wichtigsten Ereignisse des Faschismus gedenken, von der Gründung der Zeitschrift "Popolo d'Italia" durch Mussolini bis hin zur Errichtung des kurzlebigen faschistischen Staates und einschließlich des Krieges in Äthiopien. Als Krönung des Obeliskens war ein gigantisches, Mussolini als fast einhundert Meter hohen nackten Athleten darstellendes Standbild geplant. Bevor aber dieses merkwürdige Projekt seine Realisierung erfuhr, brach das Regime zusammen.

Nach einjähriger Kontroverse hat die Regierung Segni (Antonio Segni, 1891-1972) 1959 beschlossen, der Duce-Obelisk solle stehen bleiben."

Ungeachtet des Krieges, des Blutes, das in Strömen floß, der Tränen, der Ruinen. Sind es doch nur Kleinigkeiten, kleine Flecken an dem Monument, errichtet zu Ehren desjenigen, den Pius XI. als den "Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", beschreibt.

Kein Irren, Versagen oder Verbrechen, das dieses vordergründigste Verdienst auszulöschen vermag: die Tatsache nämlich, daß er die weltliche Macht des Papstes wiederherstellte, den römischen Katholizismus zur Staatsreligion erklärte und mittels Gesetzen, die immer noch in Kraft sind, dem Klerus die absolute Macht über das Leben der Nation verlieh.

Auf daß dies bezeugt würde, hatte Mussolinis Obelisk im Herzen von Rom Stand zu nehmen, zu Gunsten der ihn bewundernd oder ironisch betrachtenden Touristen und in der Hoffnung auf bessere Zeiten, in denen es schließlich möglich sein würde, ihn zu errichten - den einhundert Meter hohen "nackten Athleten" und symbolischen Vatikanverfechter.

Der Lateranvertrag, mit dem Mussolini dem Papsttum seine Dankbarkeit zeigte, brachte dem Heiligen Stuhl außer der Zahlung von 750 Millionen Lire (d.h. € 20.000.000 im Jahre 2006) auch die weltliche Herrschaft über das Gebiet der Vatikanstadt. Die Signifikanz dieses Ereignisses erklärt Monsignore Cristiani, Prälat Seiner Heiligkeit:

"Es steht außer Frage - für die Etablierung des Papsttums als politische Macht war die Gründung der Vatikanstadt eine Angelegenheit von vorderster Wichtigkeit."

Wir sparen uns die Zeit für den Versuch, dieses eindeutige Bekenntnis mit dem derart oft gehörten Satz "Die Kirche betätigt sich nicht in der Politik." in Einklang zu bringen. Betonen werden wir die einzigartige Weltstellung eines sowohl säkularen als auch geistlichen und somit in seinem Wesen doppeldeutigen Staates und die sich aus dieser Stellung ergebenden Folgen.

Welches sind die schlaunen jesuitischen Kunstgriffe, eingesetzt von dieser Macht, die, um von sämtlichen durch internationale Gesetze festgelegten Regelungen ausgenommen zu sein, je nach den Umständen, in ihrer säkularen oder geistlichen Gestalt auftritt?

Bis zum heutigen Tage haben die Nationen ihrerseits dieser Trickserei die Hand gereicht und ihm so für das Eindringen in ihre Mitte Tür und Tor geöffnet - dem Trojanischen Pferd des Klerikalismus (des Bestrebens der katholischen Kirche, das gesamte öffentliche Leben zu beeinflussen).

"Zu sehr schien der Papst sich mit den Diktatoren zu identifizieren", schrieb der französische Botschafter beim Vatikan, François Charles-Roux. Aber wie hätte es anders sein können, wo der Heilige Stuhl diese Männer doch selbst erst an die Macht gebracht hatte?

Von jener Reihe der Männer der "Vorsehung", dieser Schwertträger, die die Revanche für 1918 vorbereiten würden, war Prototyp (Vorbild) Mussolini der Inaugurator (Wegbereiter). Von Italien aus, wo der Faschismus unter Pater Tacchi Venturi und seinen Helfershelfern derart gut gedieh, sollte er alsbald nach Deutschland exportiert werden. "Hitler erhält seinen An-

stoß von Mussolini; das Ideal der Nazis ist dasselbe wie das in Italien. ... Berlin werden sämtliche Sympathien zuteil, weil Mussolini an der Spitze steht, ... Der Nationalsozialismus des letzteren und der Faschismus gehen 1923 zusammen. Mussolini wird Hitlers Freund und versorgt diesen mit Waffen und Geld."

Zu jener Zeit ist Monsignore Pacelli, späterer Pius XII. und damaliger bester Diplomat der Kurie, Nuntius in München, der Hauptstadt des katholischen Bayern. Von dort aus beginnt der Stern des kommenden deutschen Diktators seinen Aufstieg; er ist katholisch wie die meisten seiner wichtigsten Vertrauten. Von jenem Lande ... des Nazismus läßt uns Maurice Laporte wissen: "Seine zwei Feinde heißen Protestantismus und Demokratie."

Preußens Besorgtheit ist somit verständlich.

"Welche Art besonderer Fürsorge der Vatikan Bayern angeeignet läßt, das ihm mit seinem Hitlerschen Nationalsozialismus die stärksten Kontingente rekrutiert, ist leicht zu erraten."

Das "ketzerische" Preußen der Lenkung des "weltlichen Armes" entledigen und sie dem katholischen Bayern übertragen; was für ein Traum! Um ihn zu verwirklichen, tut Monsignore Pacelli in Zusammenarbeit mit dem Oberhaupt der Societas Jesu alles in seiner Macht Stehende.

Nach dem letzten Krieg (1914-1918) hatte sich Jesuitengeneral Halke von Ledochowski einen gewaltigen Plan zurechtgelegt: ... die Schaffung einer Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa, mit oder ohne Habsburgerkaiser: Österreich, Slowakei, Böhmen, Polen, Ungarn, Kroatien und natürlich Bayern.

"Dieses neue Reich der Mitte hätte an zwei Fronten kämpfen müssen, im Osten gegen die Sowjetunion, im Westen gegen Preußen, das protestantische Großbritannien und das republikanische Frankreich. Monsignore Pacelli, späterer Pius XII., war damals Nuntius in München, danach in Berlin, und war enger Freund von Kardinal Faulhaber, von Ledochowskis wichtigstem Mitarbeiter. Der Ledochowskiplan war Pius' XII. Jugendtraum."

War es aber nur ein Jugendtraum? Abgesehen von dem Vorhandensein der nicht allzu gefährlichen Minderheit des lutherischen Preußens und den anerkannten Einflußzonen, die - vorübergehend vielleicht - zu Italien gehört hätten, kam das "Mitteleuropa", das Hitler zu organisieren versuchte, jenem Plan sehr nahe. Angepaßt an die Erfordernisse der Zeit, war es in der Tat der Ledochowskiplan, den der Führer unter der Schirmherrschaft des Heiligen Stuhls, mit Hilfe des päpstlichen Geheimkammerers Franz von Papen und des Münchner, später Berliner, Nuntius Monsignore Pacelli, soeben versuchte, zu verwirklichen.

François Charles-Roux schreibt: "Während der Neuzeit hat die Weltpolitik das katholische Eingreifen nie stärker zu spüren bekommen wie in der Amtsperiode Monsignore Pacellis."

Und von Joseph Rovani: "Das katholische Bayern ... macht sich also daran, all jene, die Unfrieden säen, sowie die Komplizen und Mörder der heiligen Feme (der heiligen geheimen, über die Ermordung politischer Gegner und Verräter in den eigenen Reihen entscheidenden Gerichtsversammlung) aufzunehmen und zu schützen."

Unter all diesen Agitatoren (Aufklärern) wird die Wahl für Deutschlands "Wohltäter" auf Hitler fallen, der dazu bestimmt ist, unter der Standarte des Heiligen Vaters den Sieg über die "demokratischen Irrtümer" zu erringen. Wie seine wichtigsten Mitarbeiter, ist er selbstverständlich katholisch.

"Das NS-Regime gleicht einer Wiederholung der Regierung Süddeutschlands. Name und Herkunft seiner führenden Köpfe beweisen es. Hitler ist sogar Österreicher, Göring (Hermann Göring; Politiker, 1893-1946) Bayer, Goebbels (Paul Joseph Goebbels; Politiker, 1897-1945) Rheinländer und so weiter und so fort."

1924 unterzeichnet der Heilige Stuhl ein Konkordat mit Bayern. 1927 können wir in der "Gazette de Cologne" lesen: "Pius XI. ist gewiß "der deutscheste" Papst, der je auf dem Stuhl Petri gesessen hat."

Sein Amtsnachfolger Pius XII. wird ihm diese Siegeslorbeeren abringen. Doch widmet sich jener fürs erste seiner Diplomaten- oder vielmehr politischen Laufbahn in diesem Deutschland, für das er, wie er Ribbentrop (Joachim von Ribbentrop; Diplomat und Politiker, 1883-1946) später wissen läßt, "immer eine besondere Zuneigung haben würde".

Zum Nuntius von Berlin aufgestiegen, arbeitet er mit Franz von Papen an der Zerstörung der Weimarer Republik. Am 20. Juli 1932 ruft man in Berlin den Belagerungszustand aus und vertreibt "manu militari" die Minister. Ein erster Schritt somit in Richtung Hitlerdiktatur. Man bereitet Neuwahlen vor, die den Erfolg der Nazis begründen werden.

"Unter Zustimmung Hitlers traten Göring und Strasser (Gregor Strasser; Politiker, 1892-1934) mit Monsignore Kaas, dem Chef der katholischen Zentrumspartei, in Verbindung."

Kardinal Bertram (Adolf Johannes Bertram, 1859-1945), Erzbischof von Breslau und Metropolit von Ostdeutschland (und Vorsteher der Kirchprovinz Ostdeutschland), erklärte: "Wir als Christen und Katholiken schauen weder auf Religion noch Rasse. ...". Mit vielen anderen Bischöfen versuchte er die Gläubigen vor "dem heidnischen Ideal der Nazis" zu warnen. Offensichtlich hatte dieser Prälat die päpstliche Politik nicht verstanden, doch sollte er alsbald belehrt werden.

1934 brachte der "Mercure de France" eine hervorragende Studie: "Den deutschen Katholiken war 1932 nicht klar, daß sie die Sache verloren hatten. Ihre Oberhäupter waren sich im Frühjahr anscheinend etwas unschlüssig. Sie hatten erfahren, daß der Papst Hitler persönlich zugehen wäre."

Daß Pius XI. mit Hitler sympathisierte, sollte uns nicht überraschen. ... Für ihn hätte Europa nur über eine Vorherrschaft Deutschlands wieder zur Ruhe kommen können. ... Schon seit langem dachte der Vatikan an eine Verlagerung des Reichsschwerpunktes mit Hilfe des "Anschlusses", und die Societas Jesu arbeitete jetzt öffentlich, insbesondere in Österreich, auf dieses Ziel (Ledochowskis Plan) hin.

Wir wissen, wie Pius XI. auf Österreich baute, um, was er seine Politik nannte, zum Siege zu führen. Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte ... galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten. ...

"Im März 1933 nutzten die in Fulda zusammenkommenden deutschen Bischöfe die Rede, die Hitler in Potsdam hielt, um zu erklären: Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird.

...

Von Papen begibt sich nach Rom. Dieser Mann, dessen Vergangenheit derart himmelschreiend ist, wird zum frommen Pilger in der Mission, ein Konkordat (für ganz Deutschland) mit dem Papst abschließen. Und im Angebote machen an den Letzteren wird er Mussolini hinterher eifern."

Im Grunde geschieht in beiden Ländern das Gleiche: In Italien ist es die katholische Partei von Don Sturzo, die Mussolinis Machtübernahme absichert; in Deutschland tut dies für Hitler das "Zentrum" von Monsignore Kaas, und in beiden Fällen besiegelt den Pakt ein Konkordat.

Dies gibt Joseph Rovani wie folgt zu: "Dank von Papen, 1920 Zentrumsabgeordneter und Inhaber des Parteiorgans "Germania", kam Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht. ... Um Hitler am 26. März 1933 zu ermächtigen, wurde dieser nicht Christdemokrat, sondern der deutsche politische Katholizismus geschaffen. ... Sollte die Abstimmung zu Gunsten der Ermächtigung ausfallen, so bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit und war, um letztere zu erlangen,

das "Zentrum" unverzichtbar." Selbiger Autor fährt fort: "Was wir in den Korrespondenzen und Erklärungen der kirchlichen Würdenträger unter dem NS-Regime stets finden werden, ist die inbrünstige Zustimmung der Bischöfe."

Diese Inbrunst ist unschwer erklärt, lesen wir im Folgenden von Papen:

"Zwischen dem Vatikan und dem Reich hatte es seit den Tagen der Reformation kein Konkordat mehr gegeben. Einige Länder mit überwiegend katholischer Bevölkerung hatten Länderkonkordate geschlossen, wie beispielsweise Bayern. Das überwiegend protestantische Preußen hatte trotz aller Bemühungen des Nuntius nur ein ziemlich dürftiges Abkommen mit dem Hl. Stuhl. Während der Weimarer Periode hatte das Zentrum wiederholt gesucht, zu einer Verständigung zu gelangen.

Die enge Partnerschaft und Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie hatten diese Bemühungen immer an der Schulfrage scheitern lassen. Die neue Lage in Deutschland schien nun günstig für die endgültige Regelung der kulturellen Frage. Gleichartige Abmachungen mit der evangelischen Kirche sollten folgen. ...

Das Kernproblem christlicher Erziehung, die Schulfrage, war nun einheitlich geregelt, die Bekenntnisschule gewährleistet und den geistlichen Orden das Recht zur Führung von Privatschulen zuerkannt. Diese Rechtstitel, seit Jahrhunderten heiß umstritten, mußten für die christliche Regeneration der europäischen Mitte von besonderer Bedeutung sein." und "Er (Hitler) beauftragte mich, dem Kardinalstaatssekretär (Pacelli) zu versichern, er würde alle Übergriffe rigoros unterbinden."

Das war kein leeres Versprechen. Neben dem antijüdischen Gemetzel und von Nazis begangenen Attentaten gab es in jenem Jahr (1933) in Deutschland bereits 45 Konzentrationslager mit 40.000 Gefangenen unterschiedlicher politischer Auffassungen, die meisten aber Liberale. Der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen hat die tiefere Bedeutung des Paktes zwischen dem Vatikan und Hitler treffend charakterisiert - mit diesem Satz, den man sich merken sollte: "Der Nationalsozialismus ist eine christliche Gegenbewegung zu 1789."

Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit werden von Pius XI. 1937 die Rassentheorien als unvereinbar mit den katholischen Ansichten und Grundsätzen "verdammt", unter denen seine Apologeten amüsanterweise die "erbärmliche" Enzyklika "Mit brennender Sorge" nennen. Der NS-Rassismus wird verdammt, sein Führer Hitler hingegen nicht: "Distinguo." ("Ich unterscheide"). Und sorgsam unterläßt es der Vatikan, das vier Jahre zuvor mit dem faschistischen Deutschen Reich abgeschlossene "günstige" Konkordat zu denunzieren.

Während in Deutschland das Kreuz Christi und das Hakenkreuz gerade zusammenarbeiteten, machte sich Benito Mussolini mit dem Segen des Heiligen Vaters an die leichte Eroberung Äthiopiens.

"... Der Oberhirte verdammt Mussolinis Politik nicht und ermöglichte dem italienischen Klerus, völlig ungehindert mit der faschistischen Regierung zu kooperieren. ... Die Geistlichen, vom schlichten Gemeindepriester bis zum Kardinal, waren für den Krieg. ...

Eines der bemerkenswertesten Beispiele kam vom Kardinal-Erzbischof von Mailand, Alfredo Ildefonso Schuster (Jesuit, 1880-1954), der diesen Feldzug gar "einen katholischen Kreuzzug" nannte.

Kardinal Schusters Leidenschaft ist verständlich, da der Societas Jesu in Abessinien das gleiche Schicksal wie in den europäischen Ländern zuteil wurde. Mithilfe des Kaisers Seged (um 1571-1632), den sie bekehrt und auf den Thron gebracht hatten, versuchten die Söhne Loyolas durch das Hervorrufen von Aufständen und blutigen Repressionen landesweit den Katholizismus durchzusetzen, werden aber schließlich von Negus (König) Basilides (1609-1667) vertrieben.

Übrigens, Schuster war auch Rektor der merkwürdigen Institution mit dem Namen "Mystische Schule des Faschismus" (Mussolinische Kaderschmiede).

"Aufgrund der drängenden Erfordernis einer Expansion", so Pius des XI. Klarstellung, "hält Italien diesen Krieg für gerechtfertigt. ..."

Zehn Tage später brachte Pius XI. in einer vor einem Veteranenpublikum gehaltenen Rede den Wunsch zum Ausdruck, daß den berechtigten Ansprüchen einer großen und edlen Nation, der er, wie er jene erinnerte, selbst entstamme, Genüge getan würde."

Des gleichen "Verständnisses" erfreute sich die faschistische (nach dem Führerprinzip organisierte, nationalistische, antidemokratische, rechtsradikale) Aggression gegen Albanien am Karfreitag 1939, wie uns Camille Cianfarra (Korrespondent der New York Times) berichtet: "Die italienische Besetzung Albanien war für die Kirche sehr vorteilhaft. ...

Von den eine Million zählenden Albanern, die italienische Untertanen wurden, waren 68 % moslemisch, 20 % griechisch-orthodox und nur 12 % römisch-katholisch. ... Vom politischen Standpunkt betrachtet, konnte die Annexion des Landes durch eine katholische Macht die Position der Kirche und, bitteschön, des Vatikans nur verbessern."

In Spanien hatte die Gründung der Republik nach wie vor nicht aufgehört, von der römischen Kurie als persönlicher Angriff übelgenommen zu werden. "Ich hätte es nie gewagt, Pius dem XI. gegenüber die spanische Frage auch nur zu erwähnen.", schrieb François Charles-Roux. "Er würde mich wohl sonst nur daran erinnert haben, daß die kirchlichen Interessen in jenem großen und historischen Land Spanien einzig und allein Sache des Papsttums wären."

Und also wurde diesem "geschützten Jagdrevier" in Bälde eine Diktatur verabreicht, ähnlich jenen, die es bereits mit Erfolg in Italien und Deutschland waren. Das Abenteuer General Franco aber fand erst Mitte Juli 1936 seinen Anfang, am 21. März 1924 bereits kam es zur Besiegelung des "Pakts von Rom" zwischen Mussolini und den Chefs der spanischen reaktionären Parteien, darunter Goicoechea (Antonio Goicoechea, 1876-1953), Chef der "Renovación Espanola" ("Spanische Erneuerung").

Durch diesen Pakt verpflichtete sich die italienische faschistische Partei, die Rebellen mit Geld, Kriegsmaterial, Waffen und Munition zu versorgen. Wir wissen, daß sie sogar noch mehr, als sie versprochen hatten, taten, und daß Mussolini und Hitler nicht davon abließen, den spanischen Aufstand mit Material, Flugtechnik und "Freiwilligen" "aufzutanken".

Der Vatikan - sich seiner höchstgelegenen Grundsätze, daß die Gläubigen die bestehende Regierung zu respektieren hätten, bewußt - setzte seinerseits Spanien mit Drohungen unter Druck.

"Der Papst exkommunizierte (verhängte den Ausschluß aus der katholischen Kirche über) die Oberhäupter der Spanischen Republik und erklärte zwischen dem Heiligen Stuhl und Madrid den geistlichen Krieg. Daran anschließend verfaßte er die Enzyklika "Dilectissima nobis" (Enzyklika gegen die Anerkennung und antiklerikale Gesetzgebung der sozialistischen-bürgerlichen Zweiten Republik ...)

... Erzbischof Gomá (Isidro Gomá Tomás, 1869-1940), neuer Primas (oberster katholischer Bischof) von Spanien, rief den Bürgerkrieg aus."

Voller Freude akzeptierten die Prälaten Seiner Heiligkeit die Schrecken dieses brudermörderischen Konflikts und voller Bewunderung interpretiert Monsignore Gómara (Miguel de los Santos Diaz y Gómara, 1885-1949), Bischof von Cartagena, ihre apostolische (päpstliche) Gesinnung, wenn er spricht: "Gesegnet die Kanonen, in deren Breschen, die sie schlagen, das Evangelium blüht!"

Zwanzig Monate vor Bürgerkriegsende, am 3. August 1937, ward die Franco-Regierung gar vom Vatikan anerkannt.

Und um Belgien kümmerte sich die Katholische Aktion (eng an den hierarchischen Klerus angebundene und dessen Leitung unterstellte katholische Laienbewegung zur Zurückdrängung des zunehmenden Atheismus) - diese Bewegung war in ihrem Wesen natürlich durch und durch ultramontan und jesuitisch. Es galt, dem bevorstehenden Einmarsch der Hitlertruppen den Boden zu bereiten! Also wurde dort unter dem Vorwand "geistlicher Erneuerung" von

Monsignore Picard, Jesuit, Pater Arendt, Jesuit, Pater Foucart, Jesuit usw. gewissenhaft das Adolf-Hitler-Evangelium gepredigt. Ein junger Belgier, der, gleichsam vielen anderen, ihr Opfer wurde, bestätigt dies:

"Zu jener Zeit waren wir bereits alle von einer Art Faschismus besessen. ... Die Katholische Aktion, zu der ich gehörte, stand dem italienischen Faschismus sehr nahe. ... Monsignore Picard verkündete es laut und breit der Öffentlichkeit, Mussolini sei ein Genie und brenne darauf, Diktator zu werden. ... Um Kontakte mit Italien und dem Faschismus zu fördern, organisierte man Wallfahrten. Als ich mit dreihundert Studenten nach Italien ging, salutierten alle auf dem Rückweg nach römischer Art und sangen die Giovinezza (italienische Faschistenhymne).

Von einem anderen Zeugen: "Nach 1928 arbeitete die Gruppe Léon Degrelles (belgischer Politiker, 1906-1994) regelmäßig mit Monsignore Picard zusammen. ... Degrelle wurde von Picard für die Unterstützung in einer besonders wichtigen Mission gewonnen: der Leitung eines neuen Verlagshauses in der Zentralstelle der Katholischen Aktion. Nicht lange und der Name des Verlages sollte berühmt werden - er lautete "Rex" (vollständiger Name: "Christus Rex" - "Christus König"). ...

"Immer zahlreicher wurden die Rufe nach einer neuen Regierungsform ... Mit großem Interesse verfolgte man in Deutschland die Ergebnisse dieser Propaganda. Im Oktober 1933 erinnerte uns ein Artikel im "Vlan" (Brüssler Anzeigenblatt), daß 1919 die Nazis gerade mal sieben ausgemacht hätten und die ganze Aussteuer, die ihnen Hitler wenige Jahre später mitbrachte, in seinem Agitationstalent bestanden habe ...

Auf der Grundlage ähnlicher Prinzipien starteten die "rexistischen" (belgisch-faschistischen) Mannen ein landesweites aktives Propagandaprogramm. Zu ihren Treffen zog es alsbald einige Hunderte, später Tausende von Zuhörern".

Natürlich hatte Hitler für den neugeborenen Nationalsozialismus, genauso wie Mussolini für den Faschismus, mehr als sein Agitationstalent mitgebracht: - die Unterstützung durch das Papsttum!

Dieselbe Unterstützung genoß auch der nur blasse Schatten dieser beiden und "Christus Rex-Chef" (Leiter des Christus Rex-Verlags) Léon Degrelle - allerdings für einen deutlich anderen Zweck. Seine Aufgabe war es, den Invasoren das Land zu öffnen.

Raymond de Becker (1912-1969) sagt: "Ich war Mitarbeiter bei der "Avant-Garde" gewesen. ... Das Ziel dieser (von Monsignore Picard herausgegebenen) Zeitschrift bestand darin, die Belgien, Frankreich und England einenden Verbindungen abubrechen."

Wie rasch die deutschen Armeen die von der kirchlichen Fünften Kolonne (kirchlich-faschistische pro-deutsche Kolonne) betrogene belgische Abwehr besiegten, ist bekannt. Und vielleicht entsinnen wir uns auch, daß sich der die deutsche Uniform anziehende "Christus Rex-Apostel" unter großem Rummel aufmachte, um "im Rahmen der Waffen-SS an der Ostfront zu kämpfen" - an der Spitze seiner sich vor allem aus der Jugend der Katholischen Aktion rekrutierenden "Wallonischen Legion". Nachdem er seine "patriotischen" Gefühle noch ein letztes Mal so richtig zum Ausdruck gebracht hatte, kam ihm ein baldiger Rückzug gerade recht und ließ ihn nach Spanien gelangen.

Maurice de Béhaut schreibt: "Vor 10 Jahren (1944) war der Hafen von Antwerpen - der dritt-wichtigste der Welt - nahezu unversehrt in die Hände der britischen Truppen gefallen. ... In dem Moment, wo die Bevölkerung gerade begann, für ihre Not und Entbehrungen ein Ende zu sehn, da gingen die teuflischsten Erfindungen auf sie nieder: die fliegenden Bomben V1 und V2.

Dieses Bombardement, das längste in der Geschichte, da es sechs Monate, Tag und Nacht, andauerte, wurde auf Anordnung der Alliierten Kommandantur sorgsam geheimgehalten. Das ist der Grund, warum sich das Martyrium der Städte Antwerpen und Lüttich bis auf den heuti-

gen Tag unserem Bewußtsein entzieht.

Am Vorabend des ersten Bombardements (am 12. Oktober) hörten einige auf Radio Berlin die erschreckenden Äußerungen des "rexistischen" Verräters Léon Degrelle: "Ich habe meinen Führer", kreischte er, "um zwanzigtausend fliegende Bomben gebeten. Züchtigen werden diese ein hirnverbranntes Volk. Ich verspreche Ihnen, sie werden Antwerpen in eine Stadt ohne Hafen oder einen Hafen ohne Stadt verwandeln."

... Von jenem Tage an sollte sich der Rhythmus der Katastrophen und Elend furchtbarster Art bringenden Bombardements intensivieren, während auf Radio Berlin Verräter Degrelle brüllend versprach, daß noch Schlimmeres kommen werde."

So sah es aus - das letzte Lebewohl dieser Ausgeburt der Katholischen Aktion an die Heimat. Der "Christus Rex-Chef" und ergebene Schüler des Jesuiten Monsignore Picard, des Jesuiten Pater Arendt usw. hielt sich strikt an die päpstlichen Regeln.

"Würden die Männer der Katholischen Aktion", schrieb Pius XI., "weil es die Situation erlaubt, aufhören in dem Versuch, die Politik ihrer Provinz und ihres Landes zu leiten, so wäre dies Pflichtverletzung."

Léon Degrelle erfüllte diese Pflicht auf jeden Fall und zeitigte - wie man erleben konnte - Ergebnisse, die seinem Eifer in nichts nachstanden.

In Raymond de Beckers Buch lesen wir: "In Belgien hatte die Katholische Aktion außergewöhnliche Männer gefunden, die zur Musik dieser Organisation spielten, wie z.B. Monsignore Picard (der wichtigste), ... Kanonikus (der Kirchenbezirksgeistliche) Cardijn (1882-1967), Gründer der belgischen CAJ-Bewegung (Bewegung der "Christlichen Arbeiterjugend" zur Zurückgewinnung der Arbeiter für Religion und Kirche), ein verdrießlicher, mürrischer und eingebildeter Mann. ..."

Am 29. Mai 1940, dem Tag nach der Kapitulation, beschrieb Kardinal van Roey den Einmarsch als eine Art Himmels Geschenk:

"Machen Sie sich bewußt", schrieb er den Gläubigen, "daß wir soeben Zeugen eines außergewöhnlichen Eingreifens der göttlichen Vorsehung sind, die im Begriffe ist, durch große Ereignisse ihre Macht zu erweisen."

Nach alledem schien also Hitler nichts weniger als ein das belgische Volk züchtigendes Läuterungswerkzeug der Vorsehung zu sein."

Etwas sehr ähnliches geschah gleichzeitig in unserem eigenen Lande (Frankreich). "Nützlicher als Siegen ist Kapitulieren" - behauptete man, uns fortwährend daran erinnernd, genau wie vor 1914, als Frankreich eine läuternde "völlige Ausblutung" zugebracht wurde.

Näher beleuchtet wird in jenen in die tiefste Versenkung verschwundenen - oder vielmehr verbannten Memoiren auch der "belgische Bauernbund - der große katholische, politische und finanzielle Motor Kardinal van Roey's, der beträchtliche Summen in den flämischen Teil der Uni Löwen pumpte. ..."

"Die Druckerei "Standaard" arbeitete ohne Unterlaß, denn sie druckte die kollaborationistischsten Aufrufe des FNV (Flämischen Nationalverbandes). Und schwamm nicht lange danach im Geld. ... Zu kollaborieren wäre den "Standaard-Leitern", diesen zweihundertprozentigen Katholiken und Stützpfählern der Kirche Flanderns, nie in den Sinn gekommen, hätte nicht zuvor der Kardinal klar und deutlich seinen Segen gegeben.

Das Gleiche sagte man von der katholischen Presse überhaupt. ..."

Alle diese Anstrengungen galten damals keinem geringeren Ziele, als Belgiens Zusammenbruch, wie uns ein weiterer katholischer Autor, Gaston Gaillard, erinnert:

"Die flämischsprachigen Katholiken wie auch die autonomistischen (nach Autonomie strebenden) elsässischen Katholiken rechtfertigten ihre Haltung mit ihrer stillschweigenden Unterstützung, die sie über den Heiligen Stuhl allezeit der deutschsprachigen Propaganda ange-deihen ließen.

Als sie auf das denkwürdige, von Pius XI. am 26. Juni 1923 an seinen Staatssekretär Kardinal Gasparri gesandte Schreiben bezug nahmen, konnten sie sich leicht davon überzeugen, daß sie Roms Wohlwollen hatten und Rom natürlich nichts tat, sie umzustimmen.

Hatte nicht Nuntius Pacelli (späterer Pius XII.) deutsche Nationalisten kompetent unterstützt und der sogenannten "unterdrückten" Bevölkerung Oberschlesiens Mut gemacht? War nicht den autonomistischen Verschwörungen in Elsaß, Eupen-Malmedy und Schlesien die nicht immer unauffällige kirchliche Zustimmung zuteilgeworden? Für die Flamen war es damals leicht, ihr Vorgehen gegen Belgiens Einheit hinter den römischen Anweisungen zu verstecken. ..."

Auch bat 1942 Papst Pius XII. seine Berliner Nuntiatur (diplomatische Vertretung), Paris seine Kondolenz zum Tode Kardinal Baudrillarts zu übermitteln und zeigte dieserart an, daß sie die Annexion Nordfrankreichs durch Deutschland als Tatsache betrachte. Womit sie wieder einmal mehr die der deutschen Expansion allezeit durch den Heiligen Stuhl und insbesondere Pius den XII. gewährte "stillschweigende Unterstützung" nur bekräftigte.

Voll Verachtung kann man heutzutage nur darüber lachen, wenn man sieht, wie die Jesuiten Seiner Heiligkeit derart Offensichtliches abstreiten und sämtliche Mittäterschaft mit der von ihnen doch selbst erst organisierten Fünften Kolonne (faschistische pro-deutsche Kolonne) und vor allem mit Degrelle von sich weisen. Letzterer - abgeschirmt in seiner Zuflucht lebend, denn er weiß zu viel - kann in Ruhe auf Ovids berühmte Verse zurückgreifen: "Solange du glücklich bist, zählst du viele Freunde. Sind die Zeiten bewölkt, bist du allein".

Lächerlich auch, was Hw. P. Fessard (Jesuit, 1897-1978) schreibt: "Mit derart großer Ungeduld warteten wir 1916 und 1917 auf die amerikanischen Verstärkungen! Mit Schmerz erlebten wir 1939 daß, als der Krieg sogar schon erklärt worden war, Hitler von einem Großteil der Amerikaner mit Wohlwollen betrachtet wurde, noch dazu und vor allem von Katholiken! 1941 und 1942 standen wir wieder vor der Frage: Würden die Amerikaner eingreifen oder nicht."

Dem Schein nach also erfüllten den guten Pater die durch seine eigenen jesuitischen Brüder in Amerika erreichten Resultate "Mit Schmerz"! Denn, und das ist eine historische Tatsache, die "Christliche Front", eine sich gegen die US-Intervention stellende katholische Bewegung, wurde von dem Jesuitenpater Coughlin (Charles Edward Coughlin, 1891-1979), einem notorischen Hitlersympathisanten, geleitet.

"Diese fromme Organisation war bestens ausgestattet und bekam aus Berlin vom Goebbels-Ministerium vorbereitetes Propagandamaterial in Hülle und Fülle. Über sein Blatt "Social Justice" ("Soziale Gerechtigkeit") und Rundfunksendungen erreichte Hakenkreuzapostel und Jesuitenpater Coughlin eine breite Öffentlichkeit. In den wichtigsten städtischen Ballungszentren betreute er außerdem geheime, nach den Methoden der Söhne Loyolas geführte und von Naziagenten ausgebildete "Kommandozellen"."

Ein geheimes Dokument der Wilhelmstraße erklärt Folgendes: "Presse und amtliche Berichterstattung aus Nordamerika melden laufend von antijüdischen Kundgebungen der Bevölkerung. Es ist vielleicht symptomatisch für die innenpolitische Entwicklung in USA, daß die Hörerschaft des bekannten antijüdisch eingestellten "Radiopriesters" Coughlin auf über 20 Millionen angewachsen ist." ...<<

20.07.1933

Vatikan: Die katholische Kirche ist bis zur Machtübernahme Hitlers zwar ein entschiedener Gegner der NS-Bewegung, aber die Katholiken zeigen sich schon bald kompromißbereit. Am 20. Juli 1933 schließen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag mit der katholischen Kirche garantiert der NS-Staat "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über das Abkommen zwischen dem Vatikan und der NSDAP vom 20. Juli 1933 (x1.001/7): >>... Joseph Rovin (1918-2004, französischer Historiker und Journalist) ... kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem faschistischen (nach dem Führerprinzip organisierten, nationalistischen, antidemokratischen, rechtsradikal regierten) Deutschen Reich am 20. Juli 1933:

"Das Konkordat (staatliches Abkommen mit dem Vatikan) brachte der, fast überall als aus Usurpatoren ("Thronräubern"), wenn nicht gar Banditen bestehend angesehenen, nationalsozialistischen Regierung die Zustimmung zu einem Vertrag mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan). In gewisser Weise war es die Entsprechung einer Urkunde über internationale Ehrenhaftigkeit (... Der politische Katholizismus in Deutschland, Paris 1956, S. 231 ...)."

Somit unterstützte der Papst, nicht zufrieden mit seiner "persönlichen" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise moralisch auch das faschistische Deutsche Reich!

Zur gleichen Zeit, als jenseits des Rheins der Terror zu regieren begann und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Personen in KZs gesteckt. Die Pogrome vermehrten sich, während der Nazimarsch: "Und wenn das Blut von den Messern spritzt, fühl' ich mich noch mal so gut." (Horst-Wessel-Lied) erklang.

In den folgenden Jahren sah Papst Pius XII. noch schlechter, ohne beunruhigt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Oberhäupter Deutschlands in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime miteinander wetteiferten, ermutigt wie sie durch ihren römischen "Meister" waren. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Konkordat" zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche (x051/323-324): >>Konkordat (Reichskonkordat), Vertrag zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl vom 20.7.33.

Das Konkordat kam nach mehreren vergeblichen Anläufen in der Weimarer Republik durch seit April 33 zwischen Papen, Prälat Kaas und dem Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius XII.) laufende Verhandlungen zustande.

Das am 10.9.33 in Kraft getretene und die bestehenden Länderkonkordate (1924 Bayern, 1929 Preußen, 1932 Baden) weiter garantierende Vertragswerk sah u.a. vor:

Gewährleistung der "Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion" (Artikel 1), Garantien für das freie Besetzungsrecht der Kirche für alle Kirchenämter und Benefizien (Artikel 14), für Orden und Religionsgemeinschaften (Artikel 15), für das kirchliche Eigentum (Artikel 17), für die Erhaltung der katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen (Artikel 19), die Errichtung neuer philosophischer und theologischer Lehranstalten für den Klerus (Artikel 20), die Anerkennung des katholischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen (Artikel 21), die Beibehaltung und Neueinrichtung von katholischen Bekenntnisschulen (Artikel 23), den Schutz katholischer Organisationen und Verbände, "die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen" (Artikel 31, dessen konkrete Ausfüllung Verhandlungen mit dem deutschen Episkopat vorbehalten bleiben sollte), das Verbot einer Mitgliedschaft für Geistliche und Ordensleute in politischen Parteien (Artikel 32).

Ein geheimes Zusatzprotokoll regelte die Stellung der Geistlichen bei Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Gegen Preisgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des deutschen Katholizismus (4./5.7.33 Selbstauflösung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei) hoffte der Vatikan angesichts der fortschreitenden totalitären Gleichschaltungsbestrebungen des Regimes durch ein Konkordat dem drohenden Kirchenkampf Einhalt gebieten und eine rechtlich abgesicherte Verteidigungsstellung für die Selbstbehauptung der katholischen Kirche, ihre

Eigenständigkeit und den Schutz des wichtigen Laienelements schaffen zu können.

Die Vermutung, der Vatikan habe in einer Art "Dolchstoß" das Zentrum bereits im Wissen um einen bevorstehenden Abschluß eines Konkordats am 23.3.33 zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gedrängt, um es dann unmittelbar danach fallen zu lassen, ist nicht eindeutig zu belegen.

Für Hitler bedeutete das Konkordat außenpolitisch Anerkennung und Prestige v.a. gegenüber katholischen Ländern, eine völkerrechtliche Verbriefung seiner Vertragswürdigkeit und eine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands, innenpolitisch einen beachtlichen Legitimitäts- und Loyalitätsgewinn bei den Katholiken, eine Anerkennung des Regimes durch den Vatikan sowie die Zerschlagung des politischen Katholizismus und eine Entpolitisierung der Geistlichkeit.

Das Konkordat konnte sofort einsetzende einseitige Verstöße besonders gegen die Artikel 15, 17, 19, 23, 31 - Verfolgung der katholischen Jugendverbände und Landesorganisationen, Offensive gegen die katholische Bekenntnisschule, Prozesse gegen Ordensgeistliche (Priesterprozesse), Diskriminierung der "Caritas" u.a. - nicht verhindern. Sie führten trotz laufender Proteste des Vatikans zur Verschärfung des Kirchenkampfes und am 14.3.37 zur päpstlichen Enzyklika "Mit brennender Sorge".

Die Beurteilung des Konkordats ist zwiespältig: Es spielte zwar eine wichtige Rolle bei der inneren und äußeren Stabilisierung des Regimes und der Ausschaltung seiner Gegner; andererseits rettete es aber für die katholische Kirche einen gewissen Freiraum der Selbstverteidigung und Nichtanpassung gegenüber den Eingriffen und Ansprüchen des Regimes und eine Rechtsgrundlage im Kirchenkampf und setzte damit dem Prozeß der allgemeinen Gleichschaltung des gesellschaftlichen und religiösen Lebens doch gewisse Grenzen.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.3.57 ist das Konkordat für die Bundesrepublik weiterhin gültig.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Pius XI." (x051/445): >>Pius XI., ursprünglich Achille Ratti, geboren in Desio 31.5.1857, gestorben in Rom 10.2.1939, Papst; 1879 Priesterweihe; 1914 Präfekt der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 als Kardinal Erzbischof von Mailand, 6.2.22 Wahl zum Papst.

Der Beginn des Pontifikats von Pius XI. fiel mit dem Aufstieg des italienischen Faschismus zusammen und stand zugleich unter dem Schock der bolschewistischen Kirchenverfolgung in Rußland. Alle Maßnahmen kirchenpolitischer Art zielten daher auf vertragliche Absicherung der katholischen Positionen durch Konkordate mit den verschiedenen Ländern: u.a. Bayern (29.3.24), Preußen (14.6.29), Baden (12.10.32), Österreich (5.6.33).

In den Lateranverträgen (11.2.29) gelang auch ein Ausgleich mit Mussolini, dessen antikomunistische Haltung eine gewisse Sicherung gegen sozialistische Umstürzler versprach.

Auch die nationalsozialistische Machtergreifung betrachtete Pius XI., seit 1930 beraten von Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius II.), zunächst v.a. unter diesem Gesichtspunkt, drängte den deutschen Episkopat zur Aufgabe der anti-nationalsozialistischen Haltung und erreichte am 20.7.33 auch mit dem Deutschen Reich ein Konkordat unter Opferung des politischen Katholizismus und um den Preis einer erheblichen internationalen Aufwertung des Dritten Reiches.

Hatte er in Italien den Verlust der politischen Position noch durch die Belebung der Katholischen Aktion zum Teil wettmachen können, so wurde das als Schutz geplante Konkordat im Deutschen Reich Auftakt einer sich steigernden Kirchenverfolgung.

Lange ließ es Pius XI. bei Protestnoten (bis 1936: 34) bewenden, bis er in der Enzyklika "Mit brennender Sorge" (14.3.37) mit seinen Klagen an die Öffentlichkeit trat, ohne allerdings mehr als eine dramatische Verschärfung des Kirchenkampfes zu erreichen.<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über den Jesuitenorden und das NS-Regime (x1.001/126-133): >>... **Die Gestapo und die Gesellschaft Jesu**

Blieb Pius' des XI. und Pius' des XII. Wohlwollen und Freundlichkeit gegenüber dem Führer, den sie an die Macht gebracht hatten, nie aus, so müssen wir zugeben, daß letzterer sämtliche Bedingungen des Abkommens, durch das er dem Vatikan verpflichtet war, erfüllte. Da er ausdrücklich versprochen hatte, die Antiklerikalen zu "ersticken", folgten jene den Liberalen und Juden alsbald in die KZs. Wie der Chef des Dritten Reichs über das Schicksal der Juden entschieden hatte, ist bekannt: sie wurden schlichtweg vernichtet oder, wo vorteilhafter, zur Arbeit bis zur Erschöpfung gezwungen und dann liquidiert. In welchem letzteren Falle sich die "Endlösung" lediglich verzögerte.

Schauen wir aber zunächst, wie die besonders "autorisierte", mit dem Christusorden ausgezeichnete Persönlichkeit Franco die gemeinsame Sache zwischen Vatikan und Nazis unmißverständlich bestätigte.

"Réforme" (französische Zeitschrift) zufolge hatte die Presse des spanischen Diktators (Franco) am 3. Mai 1945 ... das Folgende veröffentlicht:

"Der Sohn der katholischen Kirche Adolf Hitler starb in der Verteidigung des Christentums. Es ist daher nur verständlich, daß Worte, derer sich der Würdigung seines Lebens so viele fanden, für die Trauer um seinen Verlust nicht hinreichen. Über seinen sterblichen Überresten steht seine siegreiche tugendhafte Gestalt. Mit der Märtyrerkrone verlieh Gott ihm die Siegeslorbeeren."

Diese Grabrede des Naziführers, eine Herausforderung für die siegreichen Alliierten, wird - unter dem Deckmantel von Francos Presse - vom Heiligen Stuhl höchstselbst ausgesprochen. Es ist eine vom Vatikan via Madrid gehaltene amtliche Pressemitteilung.

Natürlich hatte dieser nunmehr fehlende Held die Dankbarkeit der römischen Kirche mehr als verdient, und sie versucht es auch nicht zu verbergen. Er diente ihr in Treue: alle jene, die ihm besagte Kirche als ihre Gegner herausstellte, bekamen die Konsequenzen zu spüren. Und dieser gute "Sohn" scheute sich nicht, zuzugeben, was er seiner Heiligsten Mutter (der katholischen "Himmelskönigin") und vor allem den sich zu ihren Weltsoldaten gemacht Habenden schuldete.

Zitat Hitler: "Vor allem habe ich von den Jesuiten gelernt. ... Die Welt hat niemals etwas annähernd so großartiges gesehen, wie die hierarchische Struktur der katholischen Kirche. Es gibt da so einige Dinge, die ich den Jesuiten für die Partei abgeschaut habe. ... Ich will Ihnen ein Geheimnis sagen: Ich gründe einen Orden. ... In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. ... Aber es gibt noch Grade, von denen ich nicht sprechen darf."

Ein weiterer hoher Hitler-Funktionär, Walter Schellenberg (1910-1953), früherer Chef der deutschen Spionageabwehr, hat nach dem Kriege diese Vertraulichkeit des Führers vervollständigt:

"So wurde die SS-Organisation (die Organisation der Sicherungs- und Überwachungsformation der NSDAP) von ihm nach den Grundsätzen des Jesuitenordens aufgebaut. Als Grundlagen dienten die Dienstordnung und die Exerzitien des Ignatius von Loyola: das oberste Gesetz war das des absoluten Gehorsams, die Ausführung eines jeden Befehls ohne Widerspruch. Himmler (Heinrich Himmler, 1900-1945) selbst, als Reichsführer SS, war der Ordensgeneral.

Der Aufbau der Führerschaft lehnte sich an die hierarchische Ordnung der katholischen Kirche an. Bei Paderborn in Westfalen hatte er eine mittelalterliche Burg, die sogenannte Wewelsburg ausbauen lassen - sie war sozusagen das große "SS-Kloster", wohin der Ordensgeneral einmal jährlich das Geheimkonsistorium (Geheimtreffen der obersten Ordensführung zur Abhaltung von geistigen und Konzentrationsübungen) einberief."

Ihrerseits demonstrierten die besten theologischen Federn die Ähnlichkeit zwischen katholischen und nationalsozialistischen Lehren. Und in dieser Arbeit waren die Söhne Loyolas die Eifrigsten. Schauen wir beispielsweise, wie der Jesuitentheologe Michael Schmaus eine Reihe von Studien zu diesem Thema der Öffentlichkeit präsentierte:

"Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. ... Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. ... Zwischen katholischem Glauben und liberalistischem Denken gibt es keinen ideenmäßigen Ausgleich. ... Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins. ...

Der heute wieder erwachte Sinn für eine straffe Autorität öffnet von neuem das Verständnis für die kirchliche Autorität. ... In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Mißtrauen in die Freiheit begründet. ... Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative (Moralgebote) stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung. ..."

Dieses Ziel war das Europa von Hitler versprochene "neue Mittelalter". Die Ähnlichkeit zwischen dem leidenschaftlichen Antiliberalismus dieses Münchner Jesuiten und dem ebenbürtigen, bei dem "Weiheakt der FNC in der Montmartre-Kirche" zum Ausdruck gebrachten Fanatismus ist offensichtlich. Während der Besatzung schrieb Léon Merklen (1875-1949, La Croix-Leiter): "Dieser Tage scheint die Freiheit nicht mehr länger irgendeines Ansehens würdig."

Zitate wie dieses ließen sich in die Tausende fortsetzen. Ist nicht dieser Haß auf die Freiheit in allen seinen Formen das Wesen schlechthin des römischen Meisters? Leicht ist auch zu verstehen, wie die katholische "Lehre" und die "NS-Lehre" derart gut harmonisieren konnten. Der "Jesuit Michael Schmaus", der diese Übereinstimmung fähig demonstrierte, wurde zehn Jahre nach dem Kriege von "La Croix" der "große Münchner Theologe" genannt und es wird keinen mehr verwundern, zu erfahren, daß ihn Pius XII. zum "Kirchenfürsten" erhob.

Was angesichts dessen aus der "erbärmlichen" Enzyklika "Mit brennender Sorge" aus der Feder des angeblich den Nationalsozialismus verdammen Pius XI. wird? Uns das zu sagen, bemühte sich kein Kasuist ... wie auch anders!

Der "große Theologe" Michael Schmaus hatte viele Rivalen - so ein deutscher Autor, der im "Katholisch-konservativen Erbgut" das sonderbarste je von deutschen katholischen Verlagen herausgegebene Buch sah:

"Diese Anthologie bringt Texte von den wichtigsten katholischen Theoretikern Deutschlands zusammen, von Görres bis Vogelsang; sie macht uns glauben, daß der Nationalsozialismus schlicht und einfach aus katholischen Ideen geboren wurde."

Dem Autoren war, als er dies schrieb, nicht klar, welche perfekte Beschreibung er gab.

Eine weitere wohlinformierte Person und Triebfeder des Pakts zwischen Heiligem Stuhl und Berlin - der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen - wurde noch deutlicher:

"Das Dritte Reich ist die erste Macht, die nicht nur die hohen Prinzipien des Papstes anerkennt, sondern auch praktiziert."

In Ergänzung hierzu das Ergebnis dieses "Praktizierens": 25 Millionen KZ-Opfer - die von den Vereinten Nationen herausgegebene offizielle Ziffer.

Hier finden wir es notwendig, etwas Gesondertes hinzuzufügen - für die Offenherzigen, die sich aber nicht darauf einlassen können, daß die organisierten Massenmorde eines der päpstlichen "hohen Prinzipien" gewesen seien. An der einen Offenheit hält man freilich sorgsam fest:

- "Derartige Barbarentaten gehören der Vergangenheit an!"

Wie es einige Apostel der Einfachheit halber sagen - achselzuckend - vor Nichtkatholiken, "für die die Feuer der Heiligen Inquisition immer noch brennen".

So sei es! Legen wir die überreichlichen Beweise der kirchlichen Grausamkeit vergangener Jahre beiseite, um das 20. Jahrhundert zu betrachten.

Wir wollen weder an die Heldentaten von Männern wie Stepinatz und Marcone in Kroatien, noch Tisos in der Slowakei erinnern, sondern uns auf die Untersuchung der Denkweise von gewissen "hohen Prinzipien" beschränken, die man so wunderbar "praktiziert" hatte.

Sind sie wirklich heutzutage veraltet - diese Prinzipien - verstoßen von einer "aufgeklärten Lehre", offiziell abgelehnt vom Heiligen Stuhl samt weiteren Fehlern einer dunklen Vergangenheit? Das ist leicht herauszufinden.

Schlagen wir doch beispielsweise die "Grande Apologétique" ("Große Rechtfertigung") von Abt Jean Vieujean auf, die, ist sie doch mit "1937" datiert, kaum als mittelalterlich beschrieben werden kann. Was lesen wir?

"Um das Prinzip der Inquisition zu akzeptieren, braucht man allein eine christliche Einstellung, und das ist es, was vielen Christen fehlt. ... Die Kirche hat eine derartige Scheu nicht."

Besser kann es nicht formuliert werden.

Wird ein weiterer, nicht weniger konservativer und moderner Beweis gebraucht? Hören wir Hw. P. Janvier, einen berühmten Tagungsreferenten in Notre-Dame:

"Sollte die Kirche kraft ihrer indirekten Macht über zeitliche Fragen nicht das Recht haben, von katholischen Staaten zu erwarten, Ketzer selbst bis in den Tod hinein zu unterdrücken, um sie dieserart zu bekämpfen?"

Hier meine Antwort:

Ich befürworte es freilich - selbst bis in den Tod hinein! ... Und ich stütze mich zuvorderst auf die Praxis und alsdann auf die Lehre der Kirche schlechthin; und bin überzeugt, daß kein Katholik, ohne sich gewaltig zu irren, das Gegenteil sagen würde."

Eine Rätselsprache kann man dem Theologen nicht vorwerfen. Seine Rede ist klar und verständlich. Mehr mit weniger Worten kann man nicht sagen. Was das Recht betrifft, das sich die Kirche anmaßt, um jene, deren Glauben nicht dem ihrigen entspricht, auszurotten, so ist alles darin vorhanden: die sie zwingende "Lehre", das sie per Tradition legitimierende "Praktizieren", und sogar der "Aufruf an die christlichen Staaten", von dem der Hitlerfeldzug ein perfektes Beispiel gab.

Genauso wenig sind die folgenden, alles andere als zweideutige Worte in der Finsternis des Mittelalters ausgesprochen worden:

"Die Kirche kann Ketzer zum Tode verurteilen, da sich jegliche Rechte, die sie haben, in unserer Nachsicht begründen, und offensichtlich sind diese Rechte keine wirklichen."

Der dies verfaßte, war Franz Wernz (Jesuitengeneral von 1906-1915), und die Tatsache, daß er außerdem Deutscher war, macht diese Erklärung um so gewichtiger.

Ebenfalls im 20. Jahrhundert schrieb der bekannte Kirchenfürst Kardinal Lépicier (1863-1936): "Bekundet jemand öffentlich, Ketzer zu sein oder versucht, andere durch sein Reden oder Beispiel zu verderben, so kann er nicht nur exkommuniziert, sondern auch zu Recht getötet werden. ..."

"Ich verwandle mich in eine Pfeffermühle, wenn das kein klassischer Mordaufruf ist", so ... Georges Courteline (französischer Bühnenschriftsteller, 1858-1929).

Den Beitrag des Oberhirten noch? Hier ist er, von einem modernen Papst, dessen "Liberalismus" kompromißlose Kleriker kritisierten, von Jesuitenpapst Leo XIII.: "Verdammt ist die Ansicht, der Heilige Geist wolle nicht, daß wir den Ketzer töten."

Welche höhere Autorität könnte nach dieser angerufen werden, außer dem Heiligen Geist?

Mag es auch jenen, die die Rauchwand (den Hinweis auf die während einer Papstwahl Rauch-

zeichen Ausgebenden) manipulieren, den Beschwichtigern unruhiger Gewissen, mißfallen, aber die "hohen Prinzipien" des Papsttums bleiben unverändert, und, neben anderem, ist die Ausrottung für den Glauben heute genauso gültig und kanonisch (und den Bestimmungen der katholischen Kirche entsprechend) wie ehemals. In Anbetracht der Geschehnisse in Europa zwischen 1939 und 1945 - ein Schluß von größter "Erleuchtung" - um ein Lieblingswort der Mystiker (gefühlbetont nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten Streben) zu gebrauchen.

"Hitler, Goebbels, Himmler und die meisten Mitglieder der "alten Garde" der Partei waren Katholiken." wie Frédéric Hoffet (französischer Pfarrer und Psychoanalytiker) uns wissen läßt. Nicht durch Zufall war es, daß, durch die Religion ihrer Chefs, die nationalsozialistische Regierung die katholischste war, die Deutschland je hatte. ... Diese Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus ist, wo wir uns eingehend mit den Propagandamethoden und der inneren Organisation der Partei befassen, nur zu auffällig. Zu diesem Thema ist nichts aufschlußreicher, als Joseph Goebbels' Werke.

Er genoß seine Erziehung in einem Jesuitenkolleg und war, ehe er sich der Literatur und Politik zuwendete, Seminarist (Priesteramtsauszubildender). ... Jede Seite, jede Zeile seiner Schriften erinnert an die Lehre seiner Meister; und so betont er Gehorsam ... die Mißachtung der Wahrheit. ... "Manche Lügen sind nützlich wie Brot!" verkündete er kraft eines den Schriften des Ignatius von Loyola entnommenen moralischen Relativismus (eine absolute Gültigkeit moralischer Werte ablehnenden Denkens). ..."

Die Lorbeeren des Jesuitismus verlieh Hitler seinem Propagandachef nicht, wohl aber, wie er es seinen Lieblingen erzählte, dem Chef der Gestapo: "Ich sehe Himmler als unseren Ignatius von Loyola an."

Um derart zu sprechen, mußte der Führer gute Gründe gehabt haben. Zuvorderst müssen wir bemerken, daß der Reichsführer von SS, Gestapo und Polizei - Heinrich Luitpold Himmler -, unter den katholischen Mitgliedern von Hitlers Gefolge das vom Klerikalismus imprägnierteste zu sein schien. Sein Vater war Direktor einer katholischen Schule in München, dann Erzieher des Prinzen Ruprecht von Bayern (1869-1955). Sein Bruder, ein Benediktinermönch, lebte im Kloster Maria Laach, einem der alldeutschen hohen Orte. Und er besaß einen Onkel, den Jesuiten Himmler, der am bayrischen Hof den nicht geringen Posten eines Domkapitulars (Kirchenbezirksgeistlichen) innehatte.

Der deutsche Autor Walter Hagen gibt uns zudem diese diskrete Auskunft: "Ein sehr verständnisvoller Förderer dieser Bestrebungen war der General des Jesuitenordens Graf Włodzimierz Halke von Ledochowski. Dieser hatte auf Grund der Informationen, die sein weitverzweigter Orden zu sammeln in der Lage war, einen viel besseren Überblick über die weltpolitische und auch über die militärische Lage als die meisten anderen der hohen kirchlichen Würdenträger.

Er besaß eine lebendige Vorstellung von der Weltgefahr des Bolschewismus und machte sich keine Illusionen darüber, daß die Sowjetunion im Falle einer totalen Katastrophe Deutschlands das ganze westliche Europa unmittelbar bedrohen würde. Daher war er bereit, auf der gemeinsamen Grundlage des Antikommunismus eine Art Zusammenarbeit zwischen dem Jesuitenorden und dem deutschen Geheimdienst einzurichten."

Im Ergebnis dessen schuf man innerhalb des SS-Reichssicherheitshauptamtes eine Organisation, deren wichtigste Posten in schwarze SS-Uniformen gekleidete katholische Priester besetzten. Einer dieser übergeordneten Offiziere war Jesuitenpater Himmler.

Dieser wurde nach der Kapitulation des Dritten Reichs verhaftet und in Nürnberg inhaftiert. Seine Anhörung durch den internationalen Strafgerichtshof wäre offensichtlich höchst interessant gewesen, doch da hatte die Vorsehung ein wachsames Auge: der Onkel Heinrich Himmlers erschien niemals vor jenem Gericht. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden, eines Morgens,

ohne daß der Grund seines Ablebens je öffentlich bekannt wurde.

Wir werden nicht das Andenken dieses Geistlichen beleidigen durch die Mutmaßung, er habe seine Tage, entgegen den reinen Lehren der römischen Kirche, willentlich beschlossen.

Nichtsdestotrotz war sein Tod so plötzlich und gelegen wie der ihm vorausgegangene eines anderen Jesuiten, des nicht wahrgenommenen "Mein Kampf-Verfassers" Pater Staempfle. Ein in der Tat seltsamer Zufall. ...

Kommen wir aber zurück auf den Gestapo-Chef Heinrich Luitpold Himmler, der meinte, er habe des Regimes grundlegende Macht in den Händen. Waren es seine persönlichen Verdienste, die ihm einen derart hohen Posten einbrachten? Sah Hitler in ihm, als er ihn mit dem Schöpfer des Jesuitenordens verglich, einen überlegenen Genius? Das freilich implizieren die Zeugenaussagen jener, die ihn kannten, nicht, da diese in Himmler nichts anderes als Mittelmäßigkeit wahrnahmen.

Schien jener Stern damals mit geliehener Helligkeit? War es wirklich Heinrich Luitpold Himmler, der als angeblicher Chef die Gestapo und die Geheimdienste eigentlich beherrschende? Wer war es, der damals Millionen von aus politischen Gründen Deportierten und Juden in den Tod schickte? War es der flachgesichtige Neffe - oder war es sein zu Ledochowskis Lieblingen und den übergeordneten SS-Offizieren zählender und vormaliger Domkapitular am bayrischen Hofe sowie Jesuitenpater gewesener Onkel?

Einen derart indiskreten Blick hinter die Geschichtskulissen zu werfen, mag tollkühn und sogar vermessen erscheinen. Das Stück läuft auf der Bühne, vor den Beleuchtungseinheiten der Vorder-, der Ober- und der Seitenlichter. So ist das normal bei jeder Show; und wer die Requisiten sehen will, kann leicht als lästig und schlecht erzogen angesehen werden.

Und doch ist der Ort, von dem die fesselnden Schauspieler kommen, an denen der Blick der Öffentlichkeit haftet, die Hinterbühne. Da, wo wir diese "Kirchenmonster" studieren und uns klar wird, daß sie weit entfernt davon sind, den Persönlichkeiten, die sie angeblich darstellen, zu gleichen, ist das nur zu offensichtlich.

Und so scheint es auch im Falle Himmler gewesen zu sein. Aber wäre es nicht richtig, selbiges von dem zu sagen, dessen rechte Hand er war - von Hitler?

Als wir Hitler gestikulierend auf den Leinwänden sahen oder seine hysterischen Reden brüllen hörten, hatten wir da nicht den Eindruck, die Bewegungen eines schlecht eingestellten Roboters mir überdehnten Federn zu sehen? Selbst seine einfachsten und ruhigsten Bewegungen erinnerten uns an eine mechanische Marionette. Und erst seine dumpfen und grobschlachtigen Augen, fleischige Nase, aufgedunsene Physiognomie (Erscheinung), deren Derbheit hinter jenem berühmten Haarteil und scheinbar unter seine Nüstern geklebten Bürstenbart nicht zurücktrat.

War dieser Kampfhund öffentlicher Versammlungen wirklich ein Chef?, der "wahre" Herr über Deutschland, ein "echter" Staatsmann, dessen Genialität im Begriffe war, die Welt aus den Angeln zu heben?

Oder war er nur ein schlechter Ersatz für all jenes? Eine schlaue aufgebauschte Deckhaut, ein Massenausnutzungsphantom, ein Aufwiegler?

Er selbst gab es zu, als er sagte: "Ich bin nur ein Bote." Francois-Poncet (André Francois-Poncet, 1887-1978), damaliger französischer Botschafter in Berlin, bestätigt, daß Hitler sehr wenig arbeitete, kein Leser war und seinen Mitarbeitern ihren Willen ließ.

Den gleichen Eindruck von Leere und Unwirklichkeit vermittelten seine Gehilfen. Deren erster, der 1941 nach Schottland geflohene Rudolf Heß (NS-Politiker, 1894-1987) sah seiner eigenen Verurteilung in Nürnberg als gänzlich Fremder zu und wir haben nie erfahren, ob er vollständig geisteskrank oder nur ein Irrer war. Der zweite war der groteske, eitle und fette, die ungewöhnlichsten Phantasieuniformen tragende Vielfraß, Gemäldeäuber und - als Krönung: morphiumsüchtige - Göring.

Die anderen maßgeblichen Parteipersönlichkeiten bargen dieselbe Ähnlichkeit und bei den Nürnberger Prozessen war die für die Journalisten überraschendste Meldung, daß diese NS-Helden - abgesehen von ihren persönlichen Macken - weder intellektuell noch charakterlich glänzten und sie mehr oder weniger unscheinbar waren.

Der einzige - nicht seines moralischen Wertes, sondern seines Scharfsinnes wegen - über jener rohen Horde Stehende war der Kämmerer Seiner Heiligkeit, Franz von Papen, "der Mann für alles" ... der freilich freigesprochen werden mußte.

Kommt der Führer als merkwürdige Marionette daher, war da der, dem er sich nachempfand, konsequenter? Rufen wir uns die lächerlichen Auftritte jenes "karnevalsreifen Cäsaren" (Mussolini) zurück, der seine großen schwarzen Augen unter jenem seltsamen mit Vorhangquasten geschmückten Hute funkeln lassen wollte! Und jene für die Propaganda gemachten Fotografien von seinen Füßen, und die alleinig seine gen Himmel weisenden Kinnladen zeigen, den Wundermann als unverrückbaren Felsen - Darstellung eines Willens, der keine Hindernisse kannte!

Was für ein Wille!

Aus den Vertraulichkeiten einiger seiner Gefährten bekommen wir das Bild eines stetig Unentschlossenen; dieser "furchterregende Mann", für den es hieß, mit Urgewalt "in alles eindringen" (um Kardinal Rattis, Achille Ratti, des späteren Pius XI. Begriffe zu verwenden), hat den ihm vom Jesuitenkardinal und Staatssekretär Gasparri im Namen des Vatikans gemachten Annäherungsversuchen nicht widerstanden.

Nach nur wenigen geheimen Treffen war der Revolutionär dazu überredet, unter des Heiligen Vaters Flagge mit Sack und Pack anzuheuern und die uns derart gut bekannte glänzende Karriere einzuschlagen - und so konnte der ebenfalls gut bekannte frühere Minister Carlo Sforza schreiben:

"Eines Tages, wenn die Zeit den Groll und Haß abgeschwächt haben wird, wird man - so hoffen wir - erkennen, daß die Orgie der grausamen Brutalitäten, die Italien zwanzig Jahre lang in ein Gefängnis verwandelte, und der Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs ihren Ursprung in einem nahezu einzigartigen historischen Fall genommen hatten: dem völligen Mißverhältnis zwischen der künstlich geschaffenen Legende um einen Namen und den wahren Eigenschaften der diesen Namen tragenden armseligen Kreatur, eines Mannes, dem Kultur kein Hindernis war."

Diese perfekte Formel ist anwendbar auf Hitler und Mussolini gleichermaßen: gleiches Mißverhältnis zwischen Legende und Eigenschaften, gleiche "Kulturlosigkeit" in jenen beiden mittelmäßigen Abenteurern mit nahezu identischen Vergangenheiten; erklären lassen sich ihre Blitzkarrieren letztlich nur durch ihre Gabe der sie ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit rückenden Massenagitation.

Wenn man weiß, daß die Erscheinung des Führers auf den deutschen Leinwänden aus heutiger Sicht nichts weiter als ein großes Lachen hervorruft, dann zweifelt man an der "künstlich geschaffenen" Legende um so weniger.

War aber nicht gerade die Minderwertigkeit dieser "Männer der Vorsehung" der Grund, weshalb man sich dafür entschied, eben diese beiden an die Macht zu hieven? Tatsache ist, daß der gleiche Mangel an persönlichen Qualitäten in allen jenen, die das Papsttum zu seinen Verfechtern wählte, zu finden ist.

Es gab in Italien und Deutschland einige "echte" Staatsmänner, "echte" Chefs, die - unter Verzicht auf dieses wahnsinnige "Mystische" (gefühlbetonte Streben nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) - die Fähigkeit, das Ruder zu übernehmen, durchaus gehabt hätten. Nur war deren Intellekt zu aufgeweckt und zu unfügsam. Der Vatikan und insbesondere der "schwarze Papst" von Ledochowski konnte diese - der feurigen Formel entsprechend - nicht "als Stab in seiner Hand" halten und um jeden Preis bis zum Eintreten der Katastrophe

seinen Zielen dienen lassen.

Wie der Revolutionär Mussolini von den Abgesandten des Heiligen Stuhls gleichsam einem Handschuh vollends umgekrempelt wurde, haben wir gesehen.

Als genauso formbar sollte sich der eiserne Hitler erweisen. Ledochowskis Plan bestand ursprünglich darin, eine Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa zu schaffen, in der Bayern und Österreich (regiert vom Jesuiten Seipel) die Vorrangstellung haben würden. Bayern galt es, von der deutschen Weimarer Republik zu separieren - und wie durch Zufall war der österreichischstämmige Agitator Hitler damals bayrischer Separatist.

Die Chance aber, diese Föderation zu verwirklichen und einen Habsburger an ihre Spitze zu setzen, wurde immer geringer, während sich der von München nach Berlin gezogene Nuntius Monsignore Pacelli infolge der kläglichen Unterstützung, die ihr die Alliierten gewährten, der Schwäche der Deutschen Republik immer bewußter wurde. Und so wurde im Vatikan die Hoffnung geboren, sich Deutschlands in seiner Gänze zu bemächtigen, und der Plan entsprechend geändert:

"Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte - um den Föderalismus der Deutschen abzuwenden - galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten."

Das war ausreichend. Samt seinen "Braunhemden" völlig aufräumend, wurde der bis dahin bayrische Separatist Hitler über Nacht zum motivierten Verfechter des Großreichs.<<

Hitlers Außenpolitik und Reaktionen der Westalliierten

14.10.1933

NS-Regime: Als Hitlers Wunsch nach Rüstungsgleichheit abgelehnt wird und das Deutsche Reich weitere 4 Jahre warten soll, gibt Hitler am 14. Oktober 1933 seinen Beschluß bekannt, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Hitler fordert damals eigentlich nichts, was man dem Deutschen Reich im Rahmen der internationalen Gleichberechtigung gerechterweise längst hätte zugestehen müssen, denn die Deutschen werden seit dem Ersten Weltkrieg militärisch wehrlos gehalten und sind fast unbewaffnet. Das Deutsche Reich ist seit Jahren von hochgerüsteten Staaten "eingekreist" und hat keine Verbündeten.

Hitler erläutert am 14. Oktober 1933 in einer Rundfunkrede den Austritt aus dem Völkerbund (x032/92): >>Als Kanzler des deutschen Reiches und Führer der Nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß treten wird, die ebensowohl der Liebe zu unserem Volk und der Achtung seiner Ehre entspringen, wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der tragbaren Anwendung der gleichen Lebensrechte aller.<<

Nach dem Völkerbundsaustritt beginnt verstärkt die "heimliche Aufrüstung".

15.10.1933

USA: Die "New York Times" berichtet am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernahme" und würdigen die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<

1933

Großbritannien: Die Tageszeitung "Morning Post" kritisiert im Jahre 1933 das "Braunbuch vom Hitler-Terror", in dem der britische Schriftsteller Victor Gollancz über den NS-Polizeistaat und die ersten NS-Konzentrationslager informiert (x268/62): >>Alles, was nicht

bis ins letzte durch Nachrichten aus anderen Quellen bestätigt wird, muß selbstverständlich Zweifel erwecken und der vernünftige Leser wird geneigt sein, seine Sympathien eher Herrn Hitler zuzuwenden als seinen Anklägern. ...<<

1934

Frankreich: Außenminister Jean Louis Barthou lobt Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).

Großbritannien: Ab 1934 zeichnet sich bereits die Isolierung des NS-Reiches ab.

Stanley Baldwin (1867-1947, britischer konservativer Staatsmann) erklärt damals (x054/211):
>>Englands Grenze liegt am Rhein. ...<<

27.01.1935

Polen: Göring verhandelt in Warschau vom 27. bis zum 31. Januar 1935 über ein deutsch-polnisches Militärbündnis gegen die UdSSR.

Obwohl Polen die Ukraine als spätere Kriegsbeute erhalten soll, lehnt Polen das vorgeschlagene antisowjetische Bündnis ab (x032/187).

16.03.1935

NS-Regime: Die Reichswehr wird am 16. März 1935 in "Wehrmacht" umbenannt.

Hitler gibt am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<

Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht (Verstoß gegen den Versailler Friedensvertrag von 1919) wird das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich, Italien und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbünden sich gegen das NS-Regime und schließen entsprechende Militärabkommen.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Wehrpflicht" (x051/624): >>Wehrpflicht, unter Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages (Artikel 173) am 16.3.35 wieder eingeführte allgemeine militärische Dienstpflicht im Deutschen Reich (Gesetz "für den Aufbau der Wehrmacht"; ausgefüllt durch das Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.35).

Als vorläufige Friedenspräsenz der Wehrmacht waren 36 Divisionen und 550.000 Mann vorgesehen. Der Einführung der Wehrpflicht ging am 9.3. eine offizielle Erklärung über den Wiederaufbau der Luftwaffe voraus; das Gesetz bedeutete nur die amtliche Feststellung einer seit Jahren geheim laufenden Wiederaufrüstung.

Hitler nahm als Vorwand das britische "Verteidigungs-Weißbuch" vom 4.3.35, in dem die britische Rüstung mit der geheimen deutschen Remilitarisierung begründet wurde, und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich am 6.3.35 zusammen mit der Verlängerung des französisch-belgischen Militärabkommens von 1921 am 7.3.35.

In Wirklichkeit war die Wehrpflicht ein wichtiger vorbereitender Schritt im Übergang von der Revisions- zur Expansionspolitik und zugleich nach innen ein Mittel, um für das Regime durch dramatische außenpolitische Aktionen die Zustimmung des Volkes zu sichern.

Die englische Regierung protestierte am 18.3.35, um in derselben Note in Berlin gleich anzufragen, ob der am 7.3.35 wegen einer "Erkältung" Hitlers verschobene Staatsbesuch des Außenministers Simon und des Lordsiegelbewahrsers Eden noch genehm sei.

Am 18.6.35 sanktionierten die Briten im Zuge ihrer Appeasement-Politik durch das Deutsch-Britische Flottenabkommen die deutsche Wiederaufrüstung. Auch Frankreich, Italien, der von Paris angerufene Völkerbundsrat und die "Antirevisionsfront" von Stresa beließen es bei papierenen Protesten.

Die Westmächte ließen sich durch die "Friedensrede" Hitlers vom 21.5.35 mit dem Angebot zweiseitiger Nichtangriffspakte und die von ihm bewußt genährte Illusion täuschen, die

Wehrpflicht "legalisiere" einen im Grunde längst bekannten und allgemein mit großer Sorge verfolgten geheimen Vorgang und schaffe damit erst die Voraussetzung, um nunmehr von der deutschen Gleichberechtigung und der von Berlin angestrebten Rüstungsparität aus zu einer allgemeinen Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung durch Verträge zu kommen.<<

1935

Großbritannien: Winston Churchill lobt Hitler im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<

07.03.1936

NS-Regime: Am 7. März 1936 läßt Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und bricht damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung).

Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilt Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärspezialisten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestieren zwar, verhängen jedoch keine weiteren Sanktionen.

Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland berichtet Hitler am 7. März 1936 vor dem Reichstag (x149/88): >>Nach drei Jahren glaube ich so mit dem heutigen Tage den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung als abgeschlossen ansehen zu können. ...

Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen. Wir wissen vor allem, daß alle die Spannungen, die sich entweder aus falschen territorialen Bestimmungen oder aus den Mißverhältnissen der Volkszahlen mit ihren Lebensräumen ergeben, in Europa durch Kriege nicht gelöst werden können. ...

Ich kann diese geschichtliche Periode der Wiederherstellung der Ehre und Freiheit meines Volkes nicht abschließen, ohne das deutsche Volk nunmehr zu bitten, mir und damit allen meinen Mitarbeitern und Mitkämpfern die nachträgliche Zustimmung zu erteilen zu all dem, was ich in diesen Jahren an oft scheinbar eigenwilligen Beschlüssen, an harten Maßnahmen durchführen und an großen Opfern fordern mußte. Ich habe mich deshalb entschlossen, am heutigen Tage den Deutschen Reichstag aufzulösen. ...

Wenn mir aber heute von Seiten meiner internationalen Gegner aus vorgehalten wird, daß ich doch diese Zusammenarbeit mit Rußland ablehne, so muß ich demgegenüber folgendes erklären: Ich lehne und lehnte sie nicht ab mit Rußland, sondern mit dem auf die Herrschaft der Welt Anspruch erhebenden Bolschewismus. ...

Ich zittere für Europa bei dem Gedanken, was aus unserem alten, menschenüberfüllten Kontinent werden soll, wenn durch das Hereinbrechen dieser destruktiven und alle bisherigen Werte umstürzenden asiatischen Weltauffassung des Chaos der bolschewistischen Revolution erfolgreich sein würde.<<

Die Sozialdemokraten berichten später in einem Schreiben an den Exilvorstand der SPD, wie die deutsche Bevölkerung auf diese Rede Hitlers reagiert (x149/89): >>Es war (für) uns interessant, aus den verschiedenen Äußerungen, die man zu hören bekam, zu entnehmen, daß das nationale Empfinden in der Bevölkerung doch recht lebendig ist. Jeder empfand, daß in Hitlers Forderungen doch ein Stück Berechtigung steckt.

Der Geist von Versailles ist allen Deutschen verhaßt; Hitler hat nun diesen fluchwürdigen Vertrag doch zerrissen und den Franzosen vor die Füße geworfen.

"Recht hat Hitler, wenn er die Gleichberechtigung fordert. Recht hat Hitler, wenn er es den anderen einmal gründlich sagt."

Sehr beachtlich war ferner, daß niemand an sofortige kriegerische Verwicklungen glaubte. ...

"Es wird ein (bißchen) gekuhhandelt, und dann wird es bleiben, wie Hitler sagt. Aber ein Kerl ist er doch, der Hitler, er hat den Mut, etwas zu wagen."

So und ähnlich konnte man überall die Meinungen des Volkes hören.<<

Frankreich: Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland bittet der französische Ministerpräsident Albert Sarraut (1872-1962) vergeblich um britische Hilfe (x069/170):

>>Die ganze Welt, vor allem die kleinen Völker, richten heute ihr Augenmerk auf England. Wenn England jetzt handelt, kann es die Führung in Europa übernehmen.

Dann haben Sie eine Politik, die ganze Welt wird Ihnen folgen, und damit werden Sie den Krieg verhindern. Es ist Ihre letzte Chance. Wenn Sie Deutschland nicht jetzt Einhalt gebieten, ist alles verloren. Wenn Sie Deutschland nicht heute mit Gewalt zum Stillstand zwingen, ist der Krieg unvermeidlich, selbst wenn Sie eine vorübergehende Freundschaft mit Deutschland schließen.<<

22.03.1936

NS-Regime: Am 22. März 1936 betont Hitler nochmals, daß das französisch-sowjetische Bündnis den Locarno-Vertrag verletzen würde und deshalb hätte er die deutsche Souveränität über das Staatsgebiet am Rhein wieder herstellen müssen.

05.08.1936

Spanien: Am 5. August 1936 treffen die ersten deutschen Truppen in Cádiz ein.

Bis Ende 1936 transportiert die deutsche Luftwaffe bereits 15.000 Soldaten der nationalspanischen Truppen von Marokko nach Spanien.

Die Legion Condor nimmt ab 1937 an allen wichtigen Schlachten teil und trägt vielerorts entscheidend zum Sieg Francos bei. Die in Spanien eingesetzten deutschen Truppen erreichen eine Gesamtstärke von etwa 6.000 Soldaten, die in kurzen Abständen ausgetauscht werden, um möglichst vielen Soldaten Kampferfahrung zu verschaffen. Die Luftwaffe stellt das größte Kontingent. Sie nutzt den Spanischen Bürgerkrieg, um ihre neuesten Jagd- und Sturzkampfflugzeuge unter Kampfbedingungen zu erproben.

Ein Offizier der deutschen Luftwaffe schreibt später über seinen Einsatz im spanischen Bürgerkrieg (x191/80): >>Herrgott – ist das ein Leben! Spanien – Afrika – die Straße von Gibraltar. – Wer hätte sich das vor einem Monat träumen lassen. Das ist Fliegerleben! Dazu daß stolze Gefühl in der Brust: Wir holen Marokkaner für Franco auf dem Luftwege! – Jawohl! – Auf dem Luftwege! – Der Wasserweg ist doch durch den Gegner gesperrt. Wir Flieger – wir Lufttransporter – wir sind Francos Trumpf!

Das muß Tetuan sein – die weißen Häuser – die flachen Dächer – das ist Afrika. ... Da hocken sie, Afrikas Krieger, das Gewehr zwischen den Knien in drangvoll fürchterlicher Enge: Gepökelte Menschenfracht. Zurück nach Sevilla. – alles aussteigen!

Und später: Jetzt fängt der richtige Krieg erst an. Das Transportgeschäft ist mit Erfolg beendet: 12.000 "Moros" marschieren schon auf dem Festland. Aus der Transportstaffel wird eine Kampfstaffel. ... In Sevilla, Granada, Leon, Calares ... auf den Flugplätzen (sind) Brennstoff- und Bombenlager. ... Der Kampfflieger ersetzt die fehlende Artillerie.<<

25.08.1936

USA: Der evangelische US-Pfarrer Frank Buchmann (1878-1961, Führer einer christlichen "Bewegung für moralische Aufrüstung") erklärt nach seiner Rückkehr von den Olympischen Sommerspielen (x032/299): >>... Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Verteidigungslinie gegen die Antichristen des Kommunismus aufgebaut hat.<<

September 1936

Europa: Die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich wollen nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg kein Risiko eines weiteren Krieges eingehen. Sie bleiben neutral und bilden im September 1936 lediglich den "Londoner Nichteinmischungsausschuß".

Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme

von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärken Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Hitlers aggressive Innen- und Außenpolitik (x192/439-440): >>... Alle Maßnahmen, die der Beseitigung des Versailler Vertrages galten, wurden im Volk freudig begrüßt. Weimar verhandelte mühsam, Hitler setzte eigenmächtig Fakten und scherte sich keinen Deut um Verträge.

Das machte Eindruck – nicht nur in Deutschland, wo die Verehrung für den "Führer" ins Kul-tische wuchs, sondern sogar im Ausland, das allenfalls mit müden Protestnoten reagierte. Sei es die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, das Rüstungsprogramm für die Land-, See- und Luftstreitkräfte oder die Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlands - stets wußte die Propaganda diese politischen Schachzüge als patriotische Pflichterfüllung des "Führers" zu würdigen, der angeblich das deutsche Volk aus den Fesseln von Versailles befreite.

Wer sich allerdings von der Propaganda nicht benebeln ließ, konnte bald erkennen, daß es Hitler nicht um eine Revision von Versailles ging, sondern um Etappen auf dem Weg zu einem Weltanschauungskrieg zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus. ...

Nicht alle Beobachter beklagten diese unverhüllten Verletzungen der Friedensvereinbarungen von 1919, und auch die harten Maßnahmen der linken und rechten totalitären Regierungen wurden nicht einmütig verurteilt. Im Westen hatte man vielfach den Eindruck, daß die faschistischen und kommunistischen Diktatoren ihre Wirtschafts- und Sozialprobleme auf ähnliche Weise - und mit deutlich mehr Erfolg als die eigenen, demokratischen - zu lösen suchten, und beide Ideologien erfreuten sich in den meisten Demokratien einer nicht geringen Anhänger-schaft.

Die autoritären Methoden, die gegen Regimegegner eingesetzt wurden – wahllose Verhaftungen, Schauprozesse, Arbeits- und Konzentrationslager – waren zweifellos bekannt, doch viele entschuldigten sie mit dem Argument: "Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Wer zum Widerstand gegen den Kommunismus oder gegen die Aggression Hitlers und Mussolinis aufrief, wurde als Kriegstreiber abgestempelt ...<<

24.10.1936

NS-Regime: Hitler erkennt am 24. Oktober 1936 das italienische Kaiserreich Äthiopien offiziell an. Später folgen weitere Abmachungen mit Italien ("Achse Berlin-Rom").

25.11.1936

NS-Regime: Das NS-Regime und Japan schließen am 25. November 1936 in Berlin den "Antikominternpakt", der sich vor allem gegen den Bolschewismus bzw. die Kommunistische Internationale (Komintern) richtet (x041/94).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Antikominternpakt" (x051/28): >>Antikominternpakt, gegen die "kommunistische Zersetzung" durch die Kommunistische Internationale, sprich: gegen die Sowjetunion gerichtetes, auf fünf Jahre ausgelegtes Vertragswerk, das der japanische Militärattaché in Berlin, Oshima, angeregt und unter Umgehung der jeweiligen Außenminister mit Ribbentrop ausgehandelt hatte.

Der Antikominternpakt wurde am 25.11.36 von Japan und dem Deutschen Reich unterzeichnet, ein geheimes Zusatzprotokoll sah gegenseitige wohlwollende Neutralität für den Fall eines nicht provozierten sowjetischen Angriffs vor und verbot "ohne gegenseitige Zustimmung" gegen den Geist des Antikominternpakts gerichtete Verträge mit der Sowjetunion.

Dem Antikominternpakt traten weiter bei, ohne den Geheimzusatz zu kennen: Italien (6.11.37), Ungarn und Mandschukuo (Februar 39), Spanien (März 39) sowie Finnland, Dänemark, Slowakei, Rumänien, Kroatien, Bulgarien und die Nanking-Regierung am 25.11.41, an dem der Antikominternpakt um fünf Jahre verlängert wurde.

Er war die Vorstufe zum Dreimächtepakt, aber unwirksamer, denn selbst der Geheimzusatz

hinderte weder Hitler am Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag (23.8.39) noch Japan am Neutralitätsabkommen mit Moskau (13.4.41). Mit der deutschen Kapitulation (8.5.45) wurde der Antikominternpakt gegenstandslos.<<

1936

Großbritannien: Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnet im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa".

Für David Lloyd George (britischer Ex-Premierminister) ist Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).

27.01.1937

NS-Regime: US-Botschafter Dodd meldet am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/228): >>Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort.

Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben. Warum auch nicht – wenn Mussolinis damaliger Bundesgenosse, Papst Pius XI., der ihn schon mit an die Macht gebracht und diese dann wie keiner sonst gefestigt hatte, doch auch mit Morgan verbunden war?!

Denn soweit der größere Teil der vatikanischen Milliarden nicht bei der Crédit Suisse, Zürich, steckte, hatte man sie beim Bankhaus in New York deponiert, dessen nicht-katholischem Oberhaupt John P. Morgan, Papst Pius XI. denn auch für all seine Verdienste 1938, ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, einen hohen päpstlichen Orden verlieh.

Derselbe Papst, der auch Hitler die Diktatur ermöglichte, da er von ihm, wiederholt erklärt, die Zerstörung des Kommunismus und Bolschewismus erwartete, was ohne Krieg nicht möglich war.

... Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren.<<

August 1937

Großbritannien: Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) veröffentlicht im August 1937 sein Buch "Große Zeitgenossen".

In diesem Buch schreibt er z.B. über Hitler und Trotzki (x172/83): >>... Wer Herrn Hitler selbst begegnet ist von Staats wegen oder auf gesellschaftlichem Parkett, fand einen hochkompetenten, kühlen, gutinformierten Funktionär vor, mit angenehmen Umgangsformen und einem entwaffnenden Lächeln, und kaum jemand konnte sich seinem persönlichen Charme entziehen. ...

(Leo Trotzki alias Bronstein) besitze das Organisationstalent eines Carnot, die kühl-distanzierte Intelligenz eines Machiavelli, die Pöbelrhetorik eines Kleon, die Wildheit von Jack the Ripper und die Zähigkeit von Titus Oates. ... Er war Jude. Er war immer noch Jude. Nichts konnte darüber hinweghelfen.<<

November 1937

Großbritannien: Edward W. Halifax (1881-1959, von 1925-31 Vizekönig von Indien, 1938-40 britischer Außenminister) erklärt im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hitler (x073/176): >>Er und andere Mitglieder der Regierung (seien) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch

die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<

05.12.1937

Großbritannien: Der britische Politiker Edward W. Halifax (1881-1959) berichtet am 5. Dezember 1937 über ein Treffen mit Hitler (x172/89-90): >>... Ich fand alles, was er erzählte, furchtbar spannend und wollte ihn gar nicht gehen lassen.<<

11.03.1938

NS-Regime: Hitler erteilt am 11. März 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen (Befehl: "Unternehmen Otto").

Österreich: Bundeskanzler Schuschnigg muß am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.

Nach Schuschniggs Rücktritt wird der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildet ein nationalsozialistisches Übergangskabinett. Seyß-Inquart ruft danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.

12.03.1938

Österreich: Bundeskanzler Seyß-Inquart fordert am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

Der deutsche Einmarsch entwickelt sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschieren damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Der Wiener Rundfunk sendet am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Anschlußpolitik des NS-Regimes (x051/26-27): >>(Anschluß) ... Entschieden zu früh aber, obschon nicht ungewollt, kam Hitler der nationalsozialistische Putsch gegen die Regierung Dollfuß am 25.7.34 (Österreich). Mussolini ließ am Brenner italienische Truppen aufziehen und zwang Hitler zu eiliger Distanzierung vom Wiener Putschversuch.

Er zeigte ihm aber auch, daß der Schlüssel zum Anschluß in Rom lag. Italien hatte als einzige Großmacht eine gemeinsame Grenze mit Österreich und mußte zudem von einem Großdeutschland die Rückforderung Südtirols befürchten. Jede Anschlußpolitik war folglich zunächst Italienpolitik, die Hitler bei einem ersten Treffen mit dem Duce im Februar 34 noch nicht recht hatte in Gang bringen können.

Gelegenheit dazu bot ihm indes schon bald die imperialistische Politik des faschistischen Italien: Im Konflikt um Abessinien verpflichtete er sich Mussolini, im Spanischen Bürgerkrieg baute er die freundlichen Beziehungen zur Waffenbrüderschaft aus. Während Frankreich zunehmend mit innenpolitischen Problemen beschäftigt war und England auf Appeasement setzte, konnte Hitler im Rahmen der Achse wieder zu aktiver Anschlußpolitik übergehen. Die mußte zunächst darin bestehen, die Lage der österreichischen Nationalsozialisten zu verbessern, die seit 19.7.33 verboten waren und die Anhaltelager füllten.

Hier bot sich der Hebel für Hitler zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlands: Am 11.7.36 kam es unter deutschem Druck zum Juliabkommen mit der Regierung Schuschnigg, die aber die Einlösung der darin ausgehandelten Erleichterungen für die Nationalsozialisten schleppend behandelte.

Nach einigen Mahnungen ließ Hitler daher Schuschnigg am 12.2.38 auf den Obersalzberg laden und verlangte ultimativ die Hineinnahme seines Mannes in Wien, A. Seyß-Inquart, als

Innenminister in die österreichische Regierung, die Abstimmung der Außenpolitik auf die des Reiches, die Legalisierung der österreichischen NSDAP, eine allgemeine Amnestie u.a.

Im sogenannten Berchtesgadener Diktat akzeptierte Schuschnigg diese und weitere wirtschaftliche und militärische Bedingungen; Bundespräsident Miklas ernannte drei Tage später Seyß-Inquart und lieferte damit die österreichischen Sicherheitsorgane den Nationalsozialisten aus.

In einem verzweifelten letzten Versuch, den Anschluß abzuwenden, beraumte Schuschnigg am 9.3.38 überraschend für den 13. eine Volksabstimmung an für oder gegen ein "freies und deutsches, unabhängiges und soziales, christliches und einiges Österreich". Unregelmäßigkeiten bei den Wahlvorbereitungen (Heraufsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre, fehlende Wählerlisten) und zu kurze Frist beschleunigten aber nun die deutsche Intervention:

Hitler forderte am 11.3. die Absetzung der Abstimmung, den Rücktritt Schuschniggs zugunsten Seyß-Inquarts und erklärte, er beabsichtige, "wenn andere Mittel nicht zum Ziel führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken".

Unter "Ziele" verstand er jetzt offen den Anschluß und "andere Mittel" als den Einmarsch zog er auch nach Erfüllung seines Ultimatums - um Mitternacht zum 12.3. berief Miklas nach erheblichem Widerstand Seyß-Inquart zum Kanzler - nicht mehr in Erwägung. In den Morgenstunden des 12.3.38 überschritten Wehrmachtseinheiten nach telefonisch zwischen Göring und Seyß-Inquart vereinbartem Hilfeersuchen der österreichischen Regierung die Grenze.

...<<

13.03.1938

Österreich: Das österreichische Parlament löst am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschließt ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich ist danach ein Teil des Deutschen Reiches.

Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollen am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.

14.03.1938

Österreich: Hitler hält bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfängt Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubeln Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"

10.04.1938

NS-Regime, Österreich: Der Anschluß Österreichs wird am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen sind für den Anschluß und stimmen mit "Ja" (x032/438).

Nach dieser eindeutigen Zustimmung dankt Hitler während einer Ansprache "seinen Österreichern" für die "stolzeste Stunde seines Lebens" (x269/349): >>... Als Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte die Heimkehr meiner Heimat in das Deutsche Reich ...<<

11.04.1938

Großbritannien: Winston Churchill erklärt nach dem Anschluß Österreichs (x256/150): >>Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen oder wirksame Maßnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden.

Wenn wir weiterhin die Ereignisse abwarten – wie viele unserer Hilfsmittel werden wir uns verscherzen, wie viele Freunde werden sich uns entfremden, wie viele mögliche Verbündete werden wir einen nach dem anderen im grauenhaften Abgrund verschwinden sehen.

Wie oft noch wird der Bluff Erfolg haben, bis die hinter dem Bluff unablässig zunehmenden Kräfte sich zur Wirklichkeit zusammengeballt haben?<<

01.10.1938

NS-Regime, CSR: Gemäß dem "Münchener Abkommen" marschieren am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die sudetendeutschen Gebiete ein.

Hitler ernennt Konrad Henlein zum Reichskommissar des Sudetenlandes. Die jahrelang von den Tschechen benachteiligte und drangsalierte deutsche Minderheit begrüßt Hitler frenetisch als "Befreier".

Rund 40.000 deutsche Antifaschisten flüchten nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei.

In den folgenden Wochen weisen die Tschechen 20.000 deutsche Flüchtlinge aus.

Der "allmächtige Führer"

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938 ("Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes) herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den "Weg in den Zweiten Weltkrieg" (x853/...):

>>... In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die internationale Politik zunehmend von Spannungen beherrscht. Diese fanden ihren Ausdruck im Einfall Japans in Zentralchina, dem Krieg Italiens gegen Abessinien, der deutsch-italienischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, vor allem aber der Revision der Versailler Ordnung durch Deutschland.

Der deutsche Reichskanzler Hitler war ein typischer österreichischer Alldeutscher und ein ebenso typischer "Frontkämpfer" des Weltkrieges 1914/18. Sein erklärtes außenpolitisches Ziel war die Wiederherstellung jener Vormachtstellung, die Deutschland und Österreich-Ungarn bis 1918 in Mitteleuropa innegehabt hatten, diesmal aber unter dem Vorzeichen eines "Großdeutschland", in dem alle in Mitteleuropa lebenden Deutschen vereinigt sein sollten. Zwar sprach Hitler gelegentlich davon, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen müsse, aber es gab keinerlei konkrete Planung zur Verwirklichung dieses Zieles.

Bis 1941 gingen sämtliche deutschen Rüstungsprojekte nur von einem Krieg in Mitteleuropa aus. Die von Hitler angestrebte Restauration der Machtverhältnisse in Europa mußte alle Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zunichte machen, weshalb ein Interessenkonflikt mit den Siegermächten von 1918, vor allem mit England und Frankreich, unvermeidlich war.

Im Jahre 1938 erfolgte der Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets, der deutschen Kerngebiete des ehemaligen Österreich-Ungarn, an das Deutsche Reich. Im März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht die sogenannte "Resttschechei", die als "Protektorat Böhmen und Mähren" einen ähnlichen Status erhielt wie einstmals eine Provinz in der k.u.k. Monarchie.

England und Frankreich hatten die deutsche Revisionspolitik nur mit äußerstem Widerwillen hingenommen, aber der britische Premierminister Chamberlain hatte erkannt, daß ein neuer Weltkrieg den Ruin des britischen Weltreiches bedeuten würde und hatte daher alles getan, um einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Aufgrund der innenpolitischen Instabilität Frankreichs waren die Pariser Regierungen außenpolitisch nur begrenzt handlungsfähig und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als Chamberlain zu folgen.

Deutschland konnte sich beim Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets auf das Selbstbe-

stimmungsrecht der Völker berufen, und es wäre den Regierungen in England und Frankreich schwergefallen, ihre Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, nur um die Österreicher und die Sudetendeutschen daran zu hindern, sich an das Deutsche Reich anzuschließen. Dennoch war Chamberlains Konzeption der Befriedigung der legitimen deutschen Ansprüche und einer milden Eindämmung Deutschlands, der sogenannten "Appeasement-Politik", in England keineswegs unumstritten. Die britische Opposition gegen die "Appeasement-Politik", die in Winston Churchill ihren Wortführer fand, vertrat die Überzeugung, daß eine friedliche Koexistenz mit dem nationalsozialistischen Deutschland auf Dauer unmöglich und ein Krieg unvermeidlich sei.

Die "Anti-Appeaser" genossen die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und eines Teils der amerikanischen Presse, die in England erheblichen Einfluß besaß. Roosevelt betrachtete die autoritären Regime in Deutschland, Italien und Japan als eine Gefahr für den Weltfrieden, die beseitigt werden müsse. Als Fernziel schwebte ihm die Errichtung einer neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung vor, wobei er einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion große Bedeutung beimaß.

Roosevelt glaubte, daß die UdSSR sich langfristig zu einer Demokratie entwickeln würde. Die militärische Besetzung der "Resttschechei" im März 1939, die einen schweren Verstoß gegen das bisher von Deutschland angerufene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker darstellte, gab den "Anti-Appeasern" in England, Frankreich und den USA erheblichen Auftrieb.

...<<

04.10.1938

UdSSR: Der französische Botschafter in Moskau schreibt am 4. Oktober 1938 an den französischen Außenminister (x243/69): >>Die letzten Ereignisse ... haben gezeigt, daß weder Frankreich noch England bereit sind, sich einer deutschen Expansion in Mittel- und Osteuropa zu widersetzen. ...

Welcher Ausweg bleibt (der UdSSR) als auf die Politik einer Verständigung mit Deutschland zurückzukommen? ... Eine Zerstückelung Polens ... böte ... eine Notlösung, ... um das (deutsche) Reich von der Ukraine abzulenken – indem sie es nach Polen hineinführen, in der Hoffnung, es werde dort seinen Landhunger stillen. ...

Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Idee bereits jetzt die sowjetischen Machthaber beschäftigt. ... (Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagte mir) "Polen bereitet seine vierte Teilung vor". ...<<

1938

Großbritannien: Winston Churchill ist im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meint, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

USA: Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählt Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

15.03.1939

CSR: Die Tschechoslowakei wird nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha am 15. März 1939 kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistet und sofort bedingungslos kapituliert.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen geraten etwa 13.000 deutsche Antifaschisten und 20.000 Juden, die aus dem Deutschen Reich und dem Sudetenland in die CSR geflohen sind, in große Gefahr (x032/513).

Großbritannien, Frankreich: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) angeblich noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiten sich jetzt in fiebriger Eile auf den drohenden Krieg vor.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung.</u> 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur.</u> Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur.</u> Augsburg 1992.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945.</u> Freiburg/Würzburg 1981.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches.</u> München 1985.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte.</u> 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I.</u> Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte.</u> Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute.</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage.</u> Bindlach 1990.
x065	Zentner, Christian: <u>Der große Bildatlas zur Weltgeschichte.</u> Stuttgart 1992.

x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute.</u> 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit.</u> Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war.</u> Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): <u>So viel Anfang war nie.</u> Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute.</u> 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik. Heft 14.</u> Bonn 1996.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch.</u> Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit.</u> 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x198	Evangelisches Kirchengesangbuch. Hannover 1967.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand.</u> Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x286	Martin, Paul C.: <u>Zahlmeister Deutschland.</u> So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe).</u> Braunschweig 1975.

x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Freimaurer</u> . Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Spezial Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x361	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Wer finanzierte Hitler?</u> Das dunkle Geheimnis der Wall Street. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2021.

Internet

x844	Liebermann: http://de.wikiquote.org/wiki/Max_Liebermann - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021